

# Bericht des Landesvolksanwaltes

---

an den Vorarlberger Landtag  
gemäß Artikel 59 Absatz 6  
der Vorarlberger Landesverfassung  
über seine Tätigkeit im Jahre

**2003**

5. Beilage im Jahre 2005 zu den Sitzungsberichten  
des XXVIII. Vorarlberger Landtages

Landesvolksanwalt von Vorarlberg  
**Dr. iur. et phil. Felix Dünser**  
Jur. Mitarbeiter: Dr. iur. Josef Scherer  
Büro: Hannelore Vonach, Rosmarie Streibl  
Römerstraße 14, 6900 Bregenz  
T 05574 47027  
F 05574 47028  
buero@landesvolksanwalt.at  
www.landesvolksanwalt.at  
**Sprechstunden:**  
Montag – Freitag jeweils 8 –12 und  
14 – 16.30 Uhr; Dienstag bis 18 Uhr  
Vorankündigung empfohlen



## Vorwort

*Am 29.10.2003 endete meine erste Amtszeit als Landesvolksanwalt, gleichzeitig die 3. Periode dieser Einrichtung zum Schutz und zur Unterstützung der Bürger Vorarlbergs. Die Tätigkeitsberichte über diese ersten 18 Jahre zeigen auf, wie wichtig eine unabhängige Kontrolle für die Gewährleistung des Rechtsstaates und eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Verwaltung und Bürger ist. Dies beweist auch die – trotz eines leichten Rückganges im Jahre 2003 – große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, welche sich an den Landesvolksanwalt um Beratung und Hilfe wenden.*

*Stolz bin ich aber auch darauf, dass die Aufgabe des Landesvolksanwaltes von den Vertretern der Behörden nicht nur akzeptiert, sondern vielfach auch als Instrument zur Verbesserung ihres Verhältnisses zum Bürger genützt wird. Es freut mich, wenn auch Behördenvertreter sich an mich wenden oder mit mir zusammen im Interesse der betroffenen Bürger an einer Lösung arbeiten. Ich sehe meine Aufgabe als Volksanwalt nicht in erster Linie darin, Missstände aufzuzeigen (wenn dies auch oft notwendig ist), sondern zu einer menschlicheren Verwaltung beizutragen, die den Anforderungen des Rechtsstaates entspricht, in der aber auch die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ihren Platz finden.*

*(Wenn in weiterer Folge in diesem Bericht geschlechtsspezifische Bezeichnungen verwendet werden, gelten diese grundsätzlich für Männer und Frauen.)*

*Dass diese Arbeit auch über Parteigrenzen hinweg akzeptiert wird, zeigt sich wohl auch darin, dass der amtierende Landesvolksanwalt über gemeinsamen Antrag aller vier im Landtag vertretenen Fraktionen in der Landtagssitzung vom 08.10.2003 für eine zweite (und letzte) Amtszeit wieder gewählt wurde.*

*Ich bin dankbar für dieses Vertrauen und auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Vorarlberger Landtag in den ersten 6 Jahren. Stellvertretend darf ich dafür den beiden Landtagspräsidenten Dipl.-Vw Siegfried Gasser und Manfred Dörler, der leider viel zu früh verstorben ist, sowie den Vorsitzenden des Volksanwaltsausschusses Dr Gerhard Zechner und Dr Günther Keckeis danken.*

*Ich sehe dieses Vertrauen als Verpflichtung an, mich weiter für die Anliegen der Bürger und die Verbesserung der rechtsstaatlichen Verwaltung in Vorarlberg einzusetzen.*

*Bregenz, im Jänner 2005*

*DDr Felix Dünser, Landesvolksanwalt*

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	4
Abkürzungen .....	6
<b>1. Allgemeiner Teil</b>	<b>7</b>
<b>1.1. Rechtsgrundlagen .....</b>	<b>7</b>
1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes.....	7
1.1.2. Zuständigkeit .....	8
1.1.3. Aufgaben .....	8
<b>1.2. Büro, Mitarbeiter und Bürgerkontakte .....</b>	<b>9</b>
1.2.1. Vorsprachen und Telefonate.....	9
1.2.2. Form der Kontaktaufnahme .....	10
1.2.3. Persönliche Merkmale der Klienten .....	10
1.2.4. Herkunft der Klienten .....	11
1.2.5. Sprechtage und Ortsaugenscheine .....	11
<b>1.3. Institutionelle Kontakte und Öffentlichkeitsarbeit.....</b>	<b>12</b>
1.3.1. Berichte an den Landtag.....	12
1.3.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen .....	12
1.3.3. Internationale Kontakte.....	12
1.3.4. Öffentlichkeitsarbeit .....	13
<b>1.4. Geschäftsanfall.....</b>	<b>14</b>
1.4.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr .....	14
1.4.2. Langfristige Anfallsentwicklung.....	14
1.4.3. Betroffene Gebietskörperschaften und Behörden.....	15
<b>1.5. Erledigung der Misstandsprüfungen .....</b>	<b>17</b>
<b>1.6. Aufteilung der Fälle nach Rechtsmaterien .....</b>	<b>18</b>
<b>1.7. Arbeitsschwerpunkte .....</b>	<b>20</b>
1.7.1. Bauverfahren .....	20
1.7.2. Raumplanung .....	20
1.7.3. Straßenrecht, Straßenpolizei .....	20
1.7.4. Sozialhilfe .....	21
1.7.5. Wohnbauförderung und andere Beihilfen .....	21
1.7.6. Gemeindeverwaltung und Gemeindeabgaben .....	21
1.7.7. Verwaltungsstrafrecht .....	22
1.7.8. Dienstrecht.....	22
<b>1.8. Verfahrensdauer.....</b>	<b>22</b>

<b>2.</b>	<b>Besonderer Teil</b>	<b>23</b>
<b>2.1.</b>	<b>Anregungen zur Gesetzgebung</b>	<b>23</b>
2.1.1.	Weiterführung des Sozialhilfeverfahrens nach Tod des Antragstellers	23
2.1.2.	Staffelung der Zweitwohnsitzabgabe nach touristischem Angebot	24
2.1.3.	Kostenlose Übermittlung von Krankengeschichten an den LVA	24
2.1.4.	Anwendung der Bautechnikverordnung auf bestehende Gebäude	25
<b>2.2.</b>	<b>Anregungen zur Verwaltung</b>	<b>26</b>
2.2.1.	Verbesserung der Verkehrssicherheit	26
2.2.2.	Bessere Kontrolle der Haussammlungen	26
2.2.3.	Mitnahme von Begleithunden im öffentlichen Busverkehr	27
2.2.4.	Kein genereller Ausschluss von Lehrlingen von der Wohnbeihilfe	28
<b>2.3.</b>	<b>Verordnungsprüfung durch Verfassungsgerichtshof</b>	<b>28</b>
2.3.1.	Umwidmung eines Bauplatzes in öffentliches Grün	28
<b>2.4.</b>	<b>Förmliche Empfehlung</b>	<b>29</b>
2.4.1.	Rückzahlung eines zu Unrecht vorgeschriebenen Sozialhilfekostenersatzes	29
<b>2.5.</b>	<b>Berichtenswertes aus der Landesverwaltung</b>	<b>31</b>
2.5.1.	Sozialhilfeverfahren bis zum Tod verzögert und dann eingestellt	31
2.5.2.	Zwischen allen Stühlen – junge Familie wird zum Sozialfall	32
2.5.3.	Verbesserungen für Angehörige von Wachkomapatienten erreicht	33
2.5.4.	Trotz Rechtsanspruch Sozialhilfeantrag zurück gezogen	34
2.5.5.	Angemessene Begräbniskosten sind aus dem Nachlass zu bestreiten	36
2.5.6.	Vom Schicksal geschlagen – Amtsarzt zeigt wenig Sensibilität	37
2.5.7.	Pflegegeldverfahren wurden unnötig verzögert	39
2.5.8.	Ablehnung des Heizkostenzuschusses bleibt unverständlich	40
2.5.9.	Kleine Witwenpension, weil Unterhalt wegen Heimkosten des Exgatten gekürzt	40
2.5.10.	Herstellung des rechtmäßigen Zustandes rechtlich leider nicht möglich	41
2.5.11.	Trotz ausdrücklicher Genehmigung zum Fischen mit drei Schnüren bestraft	42
<b>2.6.</b>	<b>Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden</b>	<b>43</b>
2.6.1.	Altes Bauernhaus kann gemäß Bestandsregelung doch noch renoviert werden	43
2.6.2.	Nachbarrechte durch allzu vereinfachtes Bauverfahren missachtet	44
2.6.3.	Gartenhäuschen erst nach 17 Jahren bewilligt	45
2.6.4.	Gemeindestraße aufgelassen, Zufahrt zum Ferienhaus abgeschnitten	45
2.6.5.	Widmungszusagen von Bürgermeistern erwiesen sich als wertlos	46
2.6.6.	Nach Beschädigung eines Wohnhauses Flickwerk statt Sanierung angeboten	48
2.6.7.	Pflegeheimgebühren beim Sohn mit Rückstandsausweis exekutiert	49
2.6.8.	Rechtswidrig eingehobener Schulerhaltsbeitrag zurück erstattet	50
2.6.9.	Schulkosten für Privatschule einer Stadt sind leider zu bezahlen	50
2.6.10.	Kanalanschlussbeitrag bei Rechtsvorgängerin durch Inkassobüro eingetrieben	51
2.6.11.	Vorgeschriebener Kanalschließungsbeitrag war bereits verjährt	51
2.6.12.	Geheimniskrämerei trotz Auskunftspflicht	52
2.6.13.	Berufung landete unerledigt in der Aktenablage	52
2.6.14.	Mit 88 Jahren noch zum Frondienst verpflichtet	53
<b>3.</b>	<b>Anhang: Gesetzliche Grundlagen</b>	<b>55</b>
<b>3.1.</b>	<b>Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug)</b>	<b>55</b>
<b>3.2.</b>	<b>Gesetz über den Landesvolksanwalt</b>	<b>56</b>

## Abkürzungen

AbgVG	Abgabenverfahrensgesetz
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abs ( )	Absatz
aMP	amtswegige Missstandsprüfung (AZ)
AnGe	Anregungen zur Gesetzgebung (AZ)
AnVe	Anregungen zur Verwaltung (AZ)
Art	Artikel
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AuBe	Auskunft und Beratung (AZ)
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
AZ	Aktenzeichen
BauG	Baugesetz
BGBL	Bundesgesetzblatt
BH	Bezirkshauptmannschaft
bMP	beantragte Missstandsprüfung (AZ)
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
EKZ	Einkaufszentrum
EO	Empfehlungen an oberste Organe (AZ)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
FAG	Finanzausgleichsgesetz
G	Gesetz
GBedG	Gemeindebedienstetengesetz
GEG	Gerichtliches Einbringungsgesetz
GV	Gemeindevertretung
GVG	Grundverkehrsgesetz
GV-LK	Grundverkehrslandeskommission
idF, idgF	in der Fassung, in der geltenden Fassung
iVm	in Verbindung mit
KanalG	Kanalisationsgesetz
Kap	Kapitel
LGBL	Landesgesetzblatt
LH	Landeshauptmann
lit	litera (Buchstabe)
L-PGG	Landes-Pflegegeldgesetz
LReg	Landesregierung
LV	(Vorarlberger) Landesverfassung
LVA	Landesvolksanwalt
LVA-G	Gesetz über den Landesvolksanwalt
PA	Patientenanwalt, Patientenangelegenheiten (AZ)
RPG	Raumplanungsgesetz
S	Seite, Sonderregister (AZ)
SH, SHG	Sozialhilfe, Sozialhilfegesetz
StrG	(Vorarlberger) Straßengesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
UVS	Unabhängiger Verwaltungssenat
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VGKK	Vorarlberger Gebietskrankenkasse
VO	Verordnung
VP	Verordnungsprüfung (AZ)
VStG	Verwaltungsstrafgesetz
VwGH	Verwaltungsgerichtshof

# 1. Allgemeiner Teil

## 1.1. Rechtsgrundlagen

Die **verfassungsrechtliche Grundlage** für die Einrichtung des LVA von Vorarlberg wurde mit der Landesverfassung 1984 geschaffen (Art 59, 60 und 61 LV). Die **Unabhängigkeit**, auch gegenüber allen politischen Institutionen, wird durch die **6-jährige Amtsperiode** ohne Abwahlmöglichkeit und die weitgehende **organisatorische Selbständigkeit** (Einrichtung des Büros, Bestellung der Mitarbeiter, Verfügung über Haushaltsmittel) gestärkt. Nähere Regelungen enthält das **Gesetz über den Landesvolksanwalt**, LGBl Nr 29/1985 idgF. Die angeführten Artikel der Landesverfassung sowie das Gesetz über den Landesvolksanwalt sind im Anhang (Kap. 3) wiedergegeben.

### 1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes

Der LVA wird vom **Landtag** mit einer **Mehrheit von  $\frac{3}{4}$**  der abgegebenen Stimmen gewählt, einzige Voraussetzung ist die Wählbarkeit zum Landtag. Eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig, bei Verhinderung der Amtsausübung durch mehr als 6 Monate erfolgt eine Neuwahl. Mit der Novelle zum Gesetz über den Landesvolksanwalt LGBl Nr 14/1987 wurde die **öffentliche Ausschreibung** und die **Anhörung** der zur Wahl vorgeschlagenen Bewerber im **Volksanwaltsausschuss** festgelegt (§ 6a).

Am 30.10.1985 wurde **MMag Dr Nikolaus Schwärzler** zum ersten Landesvolksanwalt von Vorarlberg gewählt und 1991 für eine zweite Amtsperiode wieder gewählt. Seit 30.10.1997 ist **DDr Felix Dünser** Landesvolksanwalt von Vorarlberg. Er wurde am **08.10.2003** über Vorschlag aller vier im Landtag vertretenen Parteien mit 32 zu 3 Stimmen für eine zweite Amtsperiode (bis 29.10.2009) **wieder gewählt**.



**Volksanwalt Felix Dünser beim zweiten Ritt.**

Silvio Raos Karikatur in VN v. 11.10.2003

### 1.1.2. Zuständigkeit

Der LVA wird bestellt zur **Beratung** der Bürger und **Prüfung ihrer Beschwerden** betreffend die **Verwaltung des Landes**. Dazu gehören gemäß § 2 Abs 5 LVA-G:

- Alle Verwaltungsangelegenheiten des **selbständigen Wirkungsbereiches des Landes** einschließlich der Tätigkeit des Landes als **Träger von Privatrechten**, die von Organen des Landes selbst oder von **anderen Rechtspersonen** im Auftrag des Landes besorgt werden;
- die Angelegenheiten des **eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden**, soweit er Angelegenheiten aus dem Bereich der Landesvollziehung umfasst, und die Tätigkeit der Gemeinden als **Träger von Privatrechten**.

**Keine Zuständigkeit** besteht für **privatrechtliche** sowie für Angelegenheiten der **Bundesverwaltung** einschließlich der mittelbaren Bundesverwaltung, auch wenn diese durch Landesbehörden wahrgenommen werden. Der LVA leitet Anregungen und Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die in Betracht kommenden Organe, etwa die Volksanwaltschaft, weiter (Art 59 Abs 5 LV).

### 1.1.3. Aufgaben

**Auskunft und Beratung:** Der LVA hat jeden, der dies verlangt, in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen (Art 59 Abs 2, 1. Fall LV, § 2 Abs 1, 1. Satz LVA-G).

**Anregungen zu Gesetzgebung und Verwaltung:** Jedermann kann beim LVA Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen (Art 59 Abs 2, 2. Halbsatz LV). Der LVA hat diese entgegen zu nehmen und Anregungen betreffend die **Gesetzgebung** des Landes an den **Landtag** weiter zu leiten. Anregungen betreffend die Verwaltung des Landes sind an die **Landesregierung**, in Angelegenheiten der Gemeinden an den **Gemeindevorstand** weiter zu geben (§ 3 Abs 5 LVA-G).

**Beantragte Missstandsprüfung:** Jedermann kann sich beim LVA wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und soweit ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede solche Beschwerde ist vom LVA zu prüfen und dem Beschwerdeführer das Ergebnis mitzuteilen (Art 59 Abs 3 LV, § 2 Abs 2 LVA-G).

**Amtswegige Missstandsprüfung:** Der LVA ist berechtigt, von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen (Art 59 Abs 4 LV, § 2 Abs 3 LVA-G).

**Empfehlungen an oberste Organe:** Der LVA kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung anlässlich einer Prüfung Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte **Misstand** soweit als möglich **beseitigt** und künftig **vermieden** werden kann. Dieses hat den Empfehlungen möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten zu entsprechen und dies dem LVA mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird (Art 60 Abs 1 LV, § 3 Abs 2 LV-G).

**Ratschlag an die Allgemeinheit:** Der LVA kann in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch Ratschläge an die Allgemeinheit richten (§ 2 Abs 1, 2. Satz LVA-G).

**Anrufung des Verfassungsgerichtshofes:** Auf Antrag des LVA erkennt der VfGH über die **Gesetzwidrigkeit von Verordnungen**, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind (Art 60 Abs 2 LV), auf Antrag der Landesregierung oder des LVA auch über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem LVA und der Landesregierung über die **Zuständigkeit** des LVA (Art 60 Abs 3 LV). Die bundesverfassungsrechtliche Grundlage zur Anrufung des VfGH findet sich in Art 148i iVm Art 148e und 148f B-VG.



## 1.2. Büro, Mitarbeiter und Bürgerkontakte

Trotz des in den letzten Jahren stark gestiegenen Arbeitsanfalles hat sich am **Personalstand** mit einem **juristischen Mitarbeiter** und zwei Mitarbeiterinnen im **Sekretariat** nichts geändert. Dank des großen Engagements der Mitarbeiter konnten dennoch die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in vertretbarer Zeit geprüft und erledigt werden. Viele Bürger wenden sich in Notlagen und oft in Unkenntnis der Aufgaben an das Sekretariat des LVA, welches daher für viele Menschen **erster Ansprechpartner** ist.

Das **Büro** des LVA befindet sich in verkehrsgünstiger Lage gegenüber dem Vorarlberger Landhaus, an der Ausstattung hat sich im Berichtszeitraum nichts Wesentliches geändert.



Das Team des Landesvolksanwaltes

### 1.2.1. Vorsprachen und Telefonate

Neben **254** vereinbarten **Terminen** im Büro und **39 Sprechtagsterminen** gab es **164 Vorsprachen** ohne Termin, überwiegend von Männern (106) und aus dem Bezirk Bregenz. Deutlich weniger Anliegen als in den Vorjahren lagen außerhalb der Zuständigkeit, wie Probleme mit dem Privatrecht (23), mit Fremdenrecht (11), Steuern (7) oder Sozialversicherungen (2).

Zusätzlich zu den Telefonaten des LVA und des juristischen Mitarbeiters wurden im Sekretariat **2653 Anrufe** registriert (54 % männliche Anrufer). Auch viele dieser Anliegen lagen außerhalb der Zuständigkeit und betrafen unter anderem Familienrecht (35), Mietrecht (19), Erbrecht (25), Sachwalterschaft (10), Arbeitsrecht (5) und sonstige privatrechtliche Fragen (355), insbesondere Konsumentenprobleme.

Im **Auskunftsdienst** werden Besucher und Anrufer von den Mitarbeiterinnen grundsätzlich **nicht ab-, sondern** an die zuständige Behörde oder Rechtschutzeinrichtung **weiter verwiesen**. 489 Bürger wurden auf die Amtstage bei Gericht oder die (unentgeltliche) Beratungsmöglichkeit bei Rechtsanwälten, 14 auf den Patientenanwalt, 42 auf die Konsumentenberatung der Arbeiterkammer und 21 auf andere Beratungsstellen hingewiesen.

Zahlreiche Anrufe betrafen Angelegenheiten der **Bundesverwaltung** wie Sozialversicherung und Pensionen (32), Führerschein (11), Fremden- (9), Wasser- (7) und Kraftfahrrecht (6), die Gewerbeordnung (6) sowie Steuern und Bundesabgaben (42). 145 Anrufer und 14 Besucher wurden an die **Volksanwaltschaft** des Bundes verwiesen. In 22 Fällen waren Gerichtsurteile, in 18 Fällen Exekutivbeamte und in 13 Fällen Rechtsanwälte und ihre Kostennoten Anlass für Anfragen und Beschwerden.

### 1.2.2. Form der Kontaktaufnahme

Maßgebend für die Zuordnung ist die **Erstinformation**, die zur Einleitung des Verfahrens führt (nicht schon eine Terminvereinbarung). Erfolgt dies aufgrund eines Telefonates, ist dies maßgebend, auch wenn noch Briefe, Besprechungen oder Augenscheine folgen. Jeder Akt wird einer Kategorie zugeordnet. Mehr als 70% der Verfahren wurden aufgrund eines **mündlichen Vorbringens** eingeleitet, etwas öfter nach persönlichen Vorsprachen als bereits beim ersten telefonischen Kontakt. Schriftliches Vorbringen, insbesondere per **E-Mail**, hat gegenüber den Vorjahren an Bedeutung gewonnen.

<b>Tabelle 1: Anlass zur Einleitung des Verfahrens</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>
Persönliche Vorsprache im Büro	256	33,2
Vorsprache bei auswärtigem Sprechtag	39	5,1
Telefonat mit Beratung und Information	265	34,3
<b>Summe mündliches Vorbringen</b>	<b>560</b>	<b>72,5</b>
Briefliche Beschwerde oder Ersuchen	80	10,3
Beschwerde oder Ersuchen per Telefax	53	6,9
Beschwerde oder Ersuchen per E-Mail	62	8,0
<b>Summe schriftliches Vorbringen</b>	<b>195</b>	<b>25,2</b>
Überwiesen von VA oder anderer Institution	8	1,0
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	9	1,2
<b>Gesamtsumme</b>	<b>772</b>	<b>100</b>

### 1.2.3. Persönliche Merkmale der Klienten

Bürger wenden sich überwiegend mit **privaten Anliegen** und Problemen an den LVA. Es nehmen jedoch auch Vertreter von **Unternehmen, Sozialinstitutionen, Behörden** und **Bürgerinitiativen** die Dienste des LVA in Anspruch.

<b>Tabelle 2: Profil der Beschwerdeführer und Klienten</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>
Privatperson, männlich	359	46,5
Privatperson, weiblich	231	29,9
Ehepaar, Familienangehörige gemeinsam	83	10,7
Gruppe von Privatpersonen (Miteigentümer, Nachbarn, ..)	10	1,3
Unternehmen, Unternehmensvertreter	26	3,4
Bürgerinitiativen, wahlwerbende Gruppen	8	1,0
Sozialinstitutionen, Sozialarbeiter	24	3,1
Behörden, öffentlich rechtliche Körperschaften, deren Vertreter	22	2,9
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	9	1,2
<b>Insgesamt</b>	<b>772</b>	<b>100</b>

#### 1.2.4. Herkunft der Klienten

Sieht man von amtswegig eingeleiteten Verfahren, landesweiten Institutionen sowie Personen ab, deren Wohnort nicht zugeordnet werden konnte, wohnten in **Vorarlberg 718** Klienten, in anderen österreichischen **Bundesländern 13**, im europäischen **Ausland 21** und außerhalb Europas 2.

Der Anteil der aus dem politischen **Bezirk Bregenz**, aber auch dem vom Sitz des LVA am weitesten entfernten Bezirk **Bludenz** stammenden Klienten ist etwas **höher** als dies dem Bevölkerungsanteil entspricht; insgesamt ergibt sich eine relativ **gleichmäßige Verteilung**.

Tabelle 3: Regionale Herkunft (Bezirk)	Bevölkerung (31.12.2002)		Beschwerdeführer / Klienten	
	Personen	Prozentanteil (gerundet)	Personen	
Bludenz	68.070	18,3 %	20,5 %	147
Bregenz	127.947	34,4 %	35,7 %	256
Dornbirn	78.572	21,1 %	19,6 %	141
Feldkirch	97.770	26,2 %	24,2 %	174
<b>Vorarlberg gesamt</b>	<b>372.359</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>718</b>

Nicht nur aus den bevölkerungsreichsten Regionen **Rheintal** (445), **Walgau** (73) und **Bregenzerwald** (64) finden Bürger den Weg zum LVA, sondern auch aus **kleineren Talschaften** wie dem Brandnertal (9), dem Großen (14) und dem Kleinen Walsertal (8), dem Leiblachtal (28) sowie der Region Klostertal/ Arlberg (18). Im Vergleich zum Bevölkerungsanteil **überrepräsentiert** ist wiederum das **Montafon** mit 58 Klienten (8,1% gegenüber einem Bevölkerungsanteil von 4,8%).

#### 1.2.5. Sprechtage und Ortsaugenscheine

Vom LVA und dem juristischen Mitarbeiter wurden **9 Ortsaugenscheine** und **30 auswärtige Besprechungen** durchgeführt. Darüber hinaus stand der LVA auch bei den **Sprechtagen der Volksanwälte** des Bundes für Auskünfte und Beschwerden zur Verfügung.

Tabelle 4: Sprechtage der Volksanwälte in Vorarlberg

Datum	Ort	LVA mit Volksanwalt
25.03.2003	Bregenz, Büro LVA und LReg	Mag Ewald Stadler
26.03.2003	BH Bludenz	Mag Ewald Stadler
01.07.2003	BH Feldkirch	Dr Peter Kostelka
01.07.2003	Rathaus Bludenz	Dr Peter Kostelka
02.07.2003	BH Dornbirn	Dr Peter Kostelka
02.07.2003	Bregenz, Büro LVA	Dr Peter Kostelka
01.09.2003	Bregenz, Büro LVA	Rosemarie Bauer
01.09.2003	BH Feldkirch	Rosemarie Bauer
02.09.2003	BH Bludenz	Rosemarie Bauer

## 1.3. Institutionelle Kontakte und Öffentlichkeitsarbeit

### 1.3.1. Berichte an den Landtag

In den Sitzungen des **Volksanwaltsausschusses** vom 25.06. und 03.12.2003 berichtete der LVA über die eingeleiteten und abgeschlossenen **Prüfungsfälle**. Am 25.06.2003 fand auch das **Hearing** mit den **drei Bewerbern** für die neue Amtsperiode des LVA ab 30.10.2003 statt. In der **Landtagssitzung** vom **08.10.2003** wurde der amtierende LVA **DDr Felix Dünser** über Vorschlag aller 4 Landtagsparteien mit 32:3 Stimmen für eine zweite Amtsperiode **wieder gewählt**.

Gegenstand der Ausschuss-Sitzung vom 03.12.2003 waren auch die **Vorstellung** des neuen visuellen Erscheinungsbildes, des **Internet-Auftrittes** und der neuen **Informationsbroschüre** des LVA sowie des **Tätigkeitsberichtes** über das Jahr **2002**. Dieser wurde in der Landtagssitzung vom 11.12.2003 zur Kenntnis genommen.

### 1.3.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen

Nicht nur mit dem Landtag, sondern auch mit den meisten **Behördenvertretern** des Landes, der Gemeinden und des Bundes besteht eine gute und meist **problemlose Zusammenarbeit**. Angesichts der sich aus den Aufgaben des LVA ergebenden **Auffassungsunterschiede** ist ein guter Kontakt mit allen Behörden wichtig. **Persönliche Gespräche** mit Regierungsmitgliedern, Bürgermeistern, Behördenleitern und Sachbearbeiter sind oft **informativer** als langwierige Korrespondenzen und helfen manchen **Konflikt** leichter zu **lösen**.

Eine sehr gute kollegiale Zusammenarbeit besteht auch mit der **Volksanwaltschaft** des Bundes, dem **Tiroler LVA** sowie dem Vorarlberger **Patientenanwalt**. Mit dem **Kinder- und Jugendanwalt** wurde die Zusammenarbeit verstärkt und bei Problemen mit der Jugendwohlfahrt eine bessere Information und Aufgabenteilung vereinbart.

Über Einladung des **Landesamtsdirektors** legte der LVA am 03.06.2003 bei einer **Dienstbesprechung** der Abteilungsvorstände und Dienststellenleiter der Vorarlberger Landesverwaltung Gedanken zum **Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürger** aus Sicht des LVA dar (s Tätigkeitsbericht 2002, Kap 1, Vom Umgang mit dem Bürger).

Die Gelegenheit zur Befassung mit aktuellen Rechtsproblemen auf Grund neuer Erkenntnisse des EUGH bot die Teilnahme an der **Enquete der Volksanwaltschaft** zum Thema „Land- und forstwirtschaftliches Eigentum“ am 16.10.2003 in Wien.

### 1.3.3. Internationale Kontakte

Die Möglichkeit zum **Gedankenaustausch** mit anderen Ombudsleuten aus der Region und ganz Europa boten der Festakt „25 Jahre **Ombudsmann des Kantons Zürich**“ am 27.03.2003, das vom Europäischen Ombudsmann-Institut (EOI) und der Universität Innsbruck veranstaltete Seminar „**Ombudsleute in alten und neuen Demokratien**“ am 27.06.2003 in Innsbruck sowie die Konferenz der Petitionsausschüsse und **Volksanwälte im deutschsprachigen Raum** am 14. und 15.09.2003 in Kiel.

Bei der **IV.Konferenz der regionalen Ombudsleute** der Europäischen Union am 10. und 11.04.2003 in **Valencia** hielt LVA Dünser ein **Referat** zum Thema „**Zugang zu Dokumenten** der öffentlichen Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung von Umweltdaten“.

Als **Schatzmeister des EOI** nahm der LVA an den **Vorstandssitzungen** in Mainz (16./17.01.2003), Innsbruck (27.06.2003) und Sarajewo (27.10.2003) teil.

Das Arbeitstreffen in **Sarajewo** bot darüber hinaus Gelegenheit, die besonders **schwierige Arbeitssituation** der regionalen **Ombudsinstitutionen** (bestehend aus je einem Repräsentanten der drei Nationalitäten) der Föderation **Bosnien-Herzegowina** und der Republika Srpska kennen zu lernen. In Gesprächen mit dem Vorsitzenden des **Präsidentenrates** Dragan Covic, dem **Ministerpräsidenten** der Föderation Dr Hadžipašić sowie dem **Bürgermeister** der Stadt Sarajevo Prof Dr Muhidin Hamamdžić wurden vor allem die **Menschenrechtssituation** und die **Rolle von Ombudsinstitutionen** bei der Wahrung der Menschenrechte und der Unterstützung der Bürger, insbesondere bei der Wiederherstellung ihrer Rechte nach der Vertreibung und der Beendigung des Krieges, erörtert.

#### 1.3.4. Öffentlichkeitsarbeit

Ein großer **Bekanntheitsgrad**, das **Ansehen** in der Öffentlichkeit sowie die Möglichkeit, auf **Misstände** auch **öffentlich hinweisen** zu können, tragen wesentlich zur **Wirksamkeit** von Ombudsinstitutionen bei.

Anlass zur **Berichterstattung** bot vor allem die Ausschreibung und **Wahl des LVA**. Der **Tätigkeitsbericht 2002** wurde in einer Pressekonferenz sowie einer Medienaussendung vorgestellt und im Internet verfügbar gemacht sowie betroffenen Bürgern und Behörden, öffentlichen und privaten Institutionen, Bibliotheken und Amtskollegen übermittelt.

In der Österreichweit ausgestrahlten ORF-Fernsehsendung „**Volksanwalt-gleiches Recht für Alle**“ am 17.05.2003 wurden vom LVA die finanziellen Probleme bei der Unterbringung von **Wachkoma-Patienten** und die Belastung der Familienangehörigen (s Kapitel 2.5.3. Verbesserungen für Angehörige von Wachkoma-Patienten erreicht) sowie eine wiederholt **zugesagte**, jedoch **nicht durchgeführte Umwidmung** für ein Grundstück zwischen einem großen Industriebetrieb und einer Landesstraße dargestellt.

Die in Vorarlberg im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders rigorose Vorgangsweise bei der **Rückforderung von Sozialhilfe** gegenüber Familienangehörigen war auch Gegenstand ausführlicher Berichterstattung in der TV-Sendung „Vorarlberg Heute“ am 07.07.2003 sowie in den Printmedien.

Weitere Gegenstände der Berichterstattung auf Grund von Prüfungsfällen des LVA betrafen u.a. die **Rückforderung von Wohnbeihilfe**, die Vorschreibung von **Schülerhaltungsbeiträgen** gegenüber Schülereltern, die Einhebung von Abgaben durch **Inkassobüros** sowie die Beeinträchtigungen von Nachbarn durch ein **Sägewerk**.

Im Laufe des Jahres 2003 wurden ein **neues visuelles Erscheinungsbild**, eine eigene informative **Homepage** ([www.landesvolksanwalt.at](http://www.landesvolksanwalt.at)) sowie eine neue **Informationsbroschüre** erarbeitet und am 11.12.2003 im Landtag Vertretern des Landtages, der Behörden sowie der Medien **vorgelegt**.

## 1.4. Geschäftsanfall

### 1.4.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr

Gegenüber den bisher höchsten Anfallzahlen der letzten beiden Jahre gab es 2003 einen **leichten Rückgang**, vor allem bei den **Beratungen**. Die (mitunter zeitaufwendigen) **Prüfungsverfahren** sind allerdings kaum zurückgegangen und so **hoch** wie bisher nur in Jahren 1986 und 2002.

Im Vergleich zu den Vorjahren erfolgte nur eine förmliche Empfehlung, hingegen wurden wieder einige **Anregungen an die Gesetzgebung** an den Landtag weiter geleitet.

**Tabelle 5: Geschäftsanfall im Vergleich zu den beiden Vorjahren**

Verfahren	Aktenzeichen	Jahresanfall 2001	Jahresanfall 2002	Offen 31.12. 2002	Jahresanfall 2003	Erledigungen 2003	Offen 31.12. 2003
amtswegige Missstandsprüfungen	aMP	14	13	3	18	17	4
Anregungen zur Gesetzgebung	AnGe	8	0	0	4	4	0
Anregungen zur Verwaltung	AnVe	15	9	2	9	10	1
Auskunft und Beratung	AuBe	644	635	31	579	586	24
beantragte Missstandsprüfungen	bMP	112	148	23	138	134	27
Empfehlungen an oberste Organe	EO	3	5	0	1	1	0
Verordnungsprüfungen	VP	1	1	0	3	2	1
Sonderregister	S	5	5	0	20	20	0
<b>Insgesamt</b>		<b>802</b>	<b>816</b>	59	<b>772</b>	774	57

### 1.4.2. Langfristige Anfallsentwicklung

Nach Beendigung der 3. Amtsperiode eines LVA in Vorarlberg bietet sich ein **Vergleich** der einzelnen **Perioden** bei der **Entwicklung des Arbeitsanfalles** an. Dieser zeigt vor allem die **zunehmende Bedeutung der Beratungstätigkeit**, welche von der 1. auf die 2. Amtsperiode über 30% gestiegen ist und sich in der 3. Periode **nahezu verdoppelt** hat. Dabei besteht in diesem Bereich eine gewisse Unschärfe, da **viele** Auskünfte und kurze Beratungen gar nicht erfasst werden.

Hingegen ist die Prüfung behaupteter und vermuteter **Misstände** gegenüber den ersten Jahren, als offenbar ein gewisser Nachholbedarf bestand, zunächst deutlich **zurück gegangen** und erst in den letzten Jahren **wieder leicht angestiegen**.

In den nachfolgenden Tabellen wird der Arbeitsanfall der Jahre 1991, 1997 und 2003 jeweils auf die einzelnen Amtsperioden (bis 29./ab 30.10. dieser Jahre) aufgeteilt.

**Tabelle 6: Arbeitsanfall in den einzelnen Amtsperioden**

	1. Periode 1985-1991	2. Periode 1991-1997	3. Periode 1997-2003	Gesamt bis 29.10.2003
Prüfungen	1004	736	848	2588
Beratungen	1390	1809	3528	6727
Sonstige	268	133	180	581
<b>Insgesamt</b>	<b>2662</b>	<b>2678</b>	<b>4546</b>	<b>9886</b>

Berücksichtigt man die bis Ende 2003 noch anhängig gewordenen Verfahren (144, darunter 28 Prüfungen), so gab es **seit Schaffung der Institution** des LVA bis zum Ende des Jahres 2003 **über 10.000 Verfahren**, davon mehr als **2600 Missstandsprüfungen**.

Aus den o.a. Zahlen ergeben sich auch die **Durchschnittswerte pro Jahr** für die drei Amtsperioden und die ersten 18 Jahre. Diese zeigen, dass auch die etwas geringeren **Anfallszahlen** des Jahres **2003** noch deutlich **über dem bisherigen Durchschnitt** liegen.

**Tabelle 7: Durchschnittlicher Jahresanfall in den einzelnen Amtsperioden**

	Periode 1985-1991	2. Periode 1991- 1997	3. Periode 1997- 2003	30.10.1985 - 29.10.2003
Prüfungen	167	123	141	143
Beratungen	232	301	588	374
Sonstige	45	22	30	32
<b>Insgesamt</b>	<b>444</b>	<b>446</b>	<b>759</b>	<b>549</b>

### 1.4.3. Betroffene Gebietskörperschaften und Behörden

In der folgenden Tabelle sind jene **Gebietskörperschaften, Behörden** und Institutionen angeführt, welche von **Beschwerden** und **Auskunftsersuchen** betroffen waren, unabhängig davon, ob im Rahmen der **Hoheits-** oder der **Privatwirtschaftsverwaltung**. Mitunter trifft dies auf **mehrere Behörden** zu, wenn etwa eine Gemeinde und deren Aufsichtsbehörde oder eine BH und der UVS als Berufungsbehörde betroffen sind.

Fälle, welche **Bundesbehörden, Gerichte** oder im Rahmen der **mittelbaren Bundesverwaltung** tätige Landesbehörden betreffen, sind nur erfasst, wenn der **LVA** über die Abklärung der Zuständigkeit hinaus **tätig war** oder eingelangte Beschwerden an die Volksanwaltschaft **weiter geleitet** hat. Mitunter läuft auch ein Verfahren des Bundes (Gewerbe- oder Wasserrechtsverfahren) parallel mit einem Verfahren innerhalb der Zuständigkeit des LVA (etwa Bau- oder Landschaftsverfahren).

Während in den beiden Vorjahren fast zwei Drittel aller Angelegenheiten, die der LVA im Rahmen seiner Zuständigkeit zu bearbeiten hatte, auf die **Gemeindeverwaltung** entfielen, waren es 2003 etwas **über 60 Prozent** (445). Nahezu **40 Prozent** (287) betrafen die Verwaltung durch **Landesbehörden**, davon mehr als die  **Hälfte** (150) die vier **Bezirkshauptmannschaften**.

Hingegen entfielen nahezu **gleich viel Prüfungsverfahren** auf **Gemeinden** (84) wie auf **Landesbehörden** (82).

**Tabelle 8: Aufteilung der Verfahren auf Gemeinde-, Landes- und Bundesbehörden**

Behörde / Institution	Prüfungs- verfahren	Beratungs- verfahren	Summe der Verfahren
(Amt der) Landesregierung	30	71	101
Agrarbehörden (ABB, L-AS)	3	19	22
Grundverkehrsbehörden	-	5	5
Unabhängiger Verwaltungssenat	-	6	6
<b>Landesweite Behörden (Summe)</b>	<b>33</b>	<b>101</b>	<b>134</b>
Landeskrankenanstalten	2	1	3
BH Bludenz	9	17	26
BH Bregenz	16	43	59
BH Dornbirn	13	21	34
BH Feldkirch	9	22	31
<b>Bezirkshauptmannschaften (Summe)</b>	<b>47</b>	<b>103</b>	<b>150</b>
<b>BEREICH LANDESVERWALTUNG</b>	<b>82</b>	<b>205</b>	<b>287</b>
5 Städte	30	92	122
10 Marktgemeinden	17	85	102
81 Gemeinden	36	183	219
Gemeindeverbände	1	1	2
<b>BEREICH GEMEINDEVERWALTUNG</b>	<b>84</b>	<b>361</b>	<b>445</b>
LH/LR in Bundesangelegenheiten	1	1	2
Bezirkshauptmannschaft als Bundesbehörde	5	31	36
Gerichte, Staatsanwaltschaft	6	26	32
Andere Bundesbehörden, Sozialversicherung	8	20	28
Sonstige Bundeseinrichtungen (ÖBB, Post)	1	14	15
<b>BEREICH BUNDESVERWALTUNG</b>	<b>21</b>	<b>92</b>	<b>113</b>

Von allen Fällen **innerhalb der Zuständigkeit** betrafen **21%** die **Bezirkshauptmannschaften**, **18%** **landesweite Behörden**, **17%** **Städte**, **14%** **Märkte** und **30 %** **kleinere Gemeinden**.

Bei Aufgliederung der die **Gemeindeverwaltung** betreffenden Prüfungs- und Beratungsverfahren nach der **Gemeindegröße** wird zwischen den **5 Städten** (durchschnittliche Einwohnerzahl 26.283), den **10 Marktgemeinden** (8.964) sowie den **81 übrigen Gemeinden** (1.868) unterschieden.

Wiederum waren **kleinere Gemeinden überdurchschnittlich** von Prüfungs-, vor allem aber Beratungsverfahren **betroffen** und **Städte** bei den Beratungen (nicht mehr aber bei den Prüfungen) **unterrepräsentiert**. Die Zahl der Marktgemeinden betreffenden Verfahren entsprach weitgehend dem Bevölkerungsanteil.



**Tabelle 9: Gegenüberstellung Städte, Marktgemeinden und Gemeinden**

Gemeindetypus	Bevölkerung (31.12.02)		Prüfungen	Beratungen	zusammen
	Personen	Prozentanteil (gerundet)			
Städte	131.414	35,3 %	36,1 %	25,6%	27,5 %
Marktgemeinden	89.639	24,1 %	20,5 %	23,6 %	23,0 %
Sonst. Gemeinden	151.306	40,6 %	43,4 %	50,8 %	49,5 %
<b>Insgesamt</b>	<b>372.359</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>	<b>100 %</b>

## 1.5. Erledigung der Missstandsprüfungen

Wie in den Vorjahren wird unterschieden zwischen Verfahren, die an die Volksanwaltschaft **abgetreten** oder wegen Unzuständigkeit, Zurückziehung der Beschwerde etc **eingestellt** wurden, bei denen der **Beschwerdegrund** im Laufe des Verfahrens **beseitigt** oder nach Prüfung **kein Missstand** festgestellt werden konnte, sowie jenen Fällen, in denen eine Beseitigung nicht (mehr) möglich war und in denen eine **Beanstandung** oder **Misstandsfeststellung** erfolgte.

Erfreulich ist wiederum die **höhere Zahl** jener Fälle, in denen der **Beschwerdegrund** im Laufe des Verfahrens **beseitigt** werden konnte. Dadurch sowie aufgrund des geringfügigen Rückgangs der Prüfungen erfolgten auch **weniger Misstandsfeststellungen** und Beanstandungen als in den Vorjahren.

**Tabelle 10: Erledigung der Missstandsprüfungen**

Misstandsprüfungen	amtswegige	beantragte
Am 01.01.2003 offene Fälle	3	23
Im Jahr 2003 eingeleitete Fälle	18	138
<b>Im Jahr 2003 zu bearbeitende Fälle</b>	<b>21</b>	<b>161</b>
Abtretungen an die Volksanwaltschaft in Wien	0	15
Sonstige Unzuständigkeiten	0	3
Kein Fehler oder Missstand feststellbar	8	51
Beschwerdegrund im Laufe des Verfahrens beseitigt	5	27
Beanstandung, Misstandsfeststellung	2	21
Sonstige Verfahrenseinstellungen	2	17
<b>Summe der erledigten Fälle</b>	<b>17</b>	<b>134</b>
Zum 31.12.2003 offen gebliebene Fälle	4	27

Neben den in diesem Bericht geschilderten Einzelfällen betrafen Beanstandungen u.a. **Verfahrensverzögerungen** (3), die rechtswidrige Vorschreibung von **Schülerhaltungsbeiträgen**, die Unterbringung einer Minderjährigen in einer Wohngemeinschaft durch die **Jugendwohlfahrtsbehörde** ohne Information der Eltern, die **Nichtbeantwortung** von Schreiben an die Behörde, die **fehlende Verständigung** über die Zuteilung einer neuen Hausnummer, die Ablehnung eines **Behindertenausweises** sowie die **Verweigerung der Akteneinsicht**.

## 1.6. Aufteilung der Fälle nach Rechtsmaterien

Die Verfahren wurden nicht einem Schwerpunkt zugeordnet, sondern **alle** für einen Fall **wesentlichen Rechtsgebiete** erfasst. Angeführt sind die **wichtigsten**, über die Jahre **wieder kehrenden Materien** ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

<b>Tabelle 11: Anzuwendende Rechtsmaterien</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>
Abfallbeseitigung/Mülltrennung	11	17	5
Abgabenverfahren	10	26	38
Agrarförderung	1	-	4
ABGB, Zivilrecht allgemein	239	294	284
AVG, Verwaltungsverfahren allgemein	55	131	104
Amtshaftung	3	4	5
Auskunftsgesetz	5	2	2
Baugesetz und Verordnungen	220	202	193
Behindertengesetz	5	3	8
Bestattungsgesetz	4	3	2
Bienenzuchtgesetz	2	2	-
Bundesverfassung (B-VG)	3	33	7
Datenschutz	6	11	4
Denkmalschutz	1	-	4
Dienstrecht der Gemeinden	17	5	4
Dienstrecht des Landes	3	12	9
Dienstrecht der Landeslehrer	3	3	5
EU-Recht	7	4	11
Familienbeihilfe	-	1	3
Familienförderung	2	4	3
Feuerpolizei	3	3	2
Finanzverfassungs-, Finanzausgleichsgesetz	8	9	13
Flurverfassung (Agrargemeinschaft, Holzstatut)	6	5	10
Förderungswesen allgemein	6	4	3
Forstrecht	11	3	3
Fremdenrecht	6	7	9
Führerschein- und Kraftfahrwesen	10	23	8
Gefahrenzonenplan / Wildbach- Lawinenverbauung	7	6	2
Gemeindengesetz (Gemeindeverwaltung)	39	43	51
Gemeindegut	6	1	2
Gemeindeordnung 1935 (Hand- und Zugdienste)	1	-	4
Gemeindewahl	-	2	-
Gerichtsgebühren, Befreiung gemäß WBF 1984	15	22	6
Gewerbeordnung	34	35	22
Grundsteuer, Grundsteuerbefreiungsgesetz	7	8	12
Grundverkehr	14	8	9
Güter- und Seilwegegesetz	12	12	10
Hundesteuer	2	1	-
Jagdgesetz	2	2	2
Jugendwohlfahrt	13	14	15
Kanalisation, Abwassergebühren	38	50	37
Katastrophenhilfe	3	1	1
Kindergartengesetz	3	2	1
Krankenanstalten-, Spitalgesetz	2	4	3
Landesverfassung	1	3	3
LVA-Gesetz	2	1	11
Lärmstörung u. über d. Halten von Tieren, G gegen	16	25	16

<b>Tabelle 11: Anzuwendende Rechtsmaterien</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>	<b>2003</b>
Luftreinhaltegesetz	5	3	-
Meldegesetz	2	4	1
Mietrecht	1	6	7
MTD-Ausbildungsverträge	4	2	2
Naturschutz und Landschaftsentwicklung	18	26	22
Notariatsgebühren und Rechtsanwaltsstarif	2	2	4
Notwegegesetz	2	5	1
Parkplatzbewirtschaftung, Parkabgabe	3	3	3
Pflegegeldgesetz des Landes	2	8	13
Pflegegeldgesetz des Bundes	1	6	3
Raumplanungsgesetz	134	113	108
Rettungsgesetz	2	3	-
Sachwalterschaft	8	6	1
Schischulgesetz	2	-	2
Schulerhaltungsrecht, PflichtschulorganisationsG	3	3	5
Schulpflicht, Schulprobleme	6	2	6
Sicherheitspolizeigesetz	4	1	3
Sozialhilfegesetz, -verordnung	47	42	69
Sozialversicherung (ASVG)	7	10	8
Sportgesetz	2	1	2
Staatsbürgerschaftsgesetz	12	10	8
Strafrecht (StGB, StPO)	7	8	17
Straßengesetz des Bundes	2	3	-
Straßengesetz des Landes	74	72	91
Straßenverkehrsordnung	30	24	25
Tierschutz, Tierhaltung	2	1	1
Tierzuchtgesetz und -verordnung	2	2	1
Tourismusgesetz	1	3	3
Unterhaltsvorschussgesetz	2	2	2
Veranstaltungsgesetz	4	2	3
Vergabegesetz	-	2	2
Verkehrsverbund, öffentlicher Nahverkehr	-	8	7
Verwaltungsabgaben	1	7	2
Verwaltungsstrafrecht	27	32	27
Volksabstimmungen, Volksbegehren	1	2	2
Waffengesetz	1	-	-
Wasserrechtsgesetz	26	25	25
Wasserversorgung/Wassergebühren	7	11	11
Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Wohnbaufonds	26	36	43
Wohnungseigentumsrecht	6	7	3
Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz	-	3	5
Wohnungsvergabe durch eine Gemeinde	2	4	2
Zustellgesetz	1	2	-
Zweitwohnsitzabgabengesetz	9	4	3

## 1.7. Arbeitsschwerpunkte

### 1.7.1. Bauverfahren

Die Anwendung des **Baugesetzes** und seiner **Verordnungen** war mit **193 Fällen** (162 Beratungen, 24 beantragte, 5 amtswegige Missstandsprüfungen) wieder **häufigster Anlass** für Bürger, sich an den LVA zu wenden. Wichtigstes Anliegen, besonders von Nachbarn (69), waren die **Nachbarrechte** (82), vor allem wegen vorhandener oder befürchteter **Immissionen** (45) sowie Klärung des Bauabstandes (41). Anlass boten **Gewerbebetriebe** (21), **Handymasten** (7), **Tierhaltung** (5), **Landwirtschaften** (4), **Sportanlagen** (4) sowie ein Kinderspielplatz. **Einfriedungen** und Stützmauern warfen 13 Mal, schattenwerfende **Bäume** und Büsche 9 Mal (teilweise ohne Zusammenhang mit einem Bauverfahren) Probleme auf.

Die Vereinbarkeit von Bauwerken mit der **Flächenwidmung** (18), einem **Bebauungsplan** (10), der **Bau-nutzungszahl** (6) sowie dem **Orts- und Landschaftsbild** (24) wurden ebenso geprüft wie Fragen der Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes bei **Planabweichungen** (23) oder **konsenslosen Bauwerken** (8). Auch Probleme der **Zufahrt** (27), mit **Autoabstellplätzen** (6), der **geologischen Eignung** von Baugrundstücken (4), des Denkmalschutzes, der Feuerpolizeiordnung und bautechnischer Vorschriften (je 2) wurden thematisiert. 26 Verfahren betrafen die Verletzung der Entscheidungspflicht durch **Untätigkeit oder Säumnis** der Behörde, 5 die Verweigerung der **Akteneinsicht**, 3 die **Kosten** des Bauverfahrens.

### 1.7.2. Raumplanung

Auf diesen Rechtsbereich entfielen **108 Fälle**, davon 13 Prüfungen, 90 Beratungen sowie 3 erhoffte Verwaltungsprüfungen. 46 Anliegen betrafen **Bauvorhaben**, neben der **Vereinbarkeit** mit Flächenwidmung und Bebauungsplänen (s.o.) auch die **Bestandsregelung** (2).

27 Verfahren betrafen **Umwidmungen**: 18 Mal wurden Umwidmungen in der Nachbarschaft **beanstandet**, in 6 Fällen ging es um **erhoffte Baulandwidmungen** und je ein Mal wurden eine Rückwidmung sowie die eigene Baulandwidmung (wegen der höheren Grundsteuer) beanstandet. Weitere Anliegen betrafen **Umlegungen** (7), **Bebauungspläne** (11) sowie die Nichteinhaltung einer **EKZ-Widmung**.

### 1.7.3. Straßenrecht, Straßenpolizei

**91 Fälle** (10 Beschwerden, 78 Beratungen, 2 Anregungen) betrafen das **Straßengesetz** des Landes, 10 das **Güter- und Seilwegegesetz**, 25 die **Straßenverkehrsordnung**, 5 das **Führerschein-** und 3 das **Kraftfahrergesetz** (im Zuständigkeitsbereich des Bundes).

Häufigstes Anliegen war wieder die **Grundinanspruchnahme** (oder **Rückstellung**) bei **Verbreiterung**, Verlegung, Neuanlegung oder Auflassung von **Straßen** (20). Überwiegend betrafen sie **Gemeindestraßen**, aber auch öffentliche **Privatstraßen** (11), **Genossenschafts-** (6) und **Landesstraßen** (9). Dabei ging es um das Bestehen des **Gemeingebrauches** (8), die **Übernahme** in das öffentliche Straßennetz (3), die **Zufahrt** zu und von öffentlichen Straßen (8), einen **Sondergebrauch** (7) und die **Verkehrsregelung** (5).

In 8 Fällen war der **Grenzverlauf** zu öffentlichen Straßen strittig, in 5 Fällen das Bestehen einer **öffentlichen Dienstbarkeit** für Fahr- oder Fußwege über Privatgrundstücke. Weitere Probleme warfen auf die Beeinträchtigung durch **Oberflächenwässer** (4), **Schneeräumung** (8), **Splittstreuung** (1), **Straßenbau-maßnahmen** (5), **Verkehrslärm** (3), **Straßenbeleuchtung** (2), **Einfriedungen** entlang von Straßen (3) sowie der **Bauabstand** zu öffentlichen Straßen (5). 3 Mal wurde die Frage der **Haftung** wegen unzureichender Erhaltung öffentlicher Straßen aufgeworfen.

#### 1.7.4. Sozialhilfe

In diesem Bereich gab es mit **69 Fällen**, davon 21 Prüfungen und 45 Beratungen, eine **deutliche Steigerung** gegenüber den Vorjahren. 36 betrafen die **Gewährung** von Sozialhilfe bzw deren Höhe, 8 den **Rückersatz** (Einbehaltung) von Beziehern der Sozialhilfe, 14 den Rückersatz von **unterhaltspflichtigen Angehörigen** sowie 8 den Rückersatz auf Grund eines **Schenkungsverfalls** (§ 947 ABGB).

28 **Sozialhilfebezieher** bzw Antragsteller wandten sich selbst an den LVA, in 29 Fällen wurden die Probleme durch **Angehörige** oder **Sachwalter**, in 11 Fällen durch **Sozialarbeiter** und andere betreuende Personen vorgebracht.

#### 1.7.5. Wohnbauförderung und andere Beihilfen

Neben **3 Anregungen** erfolgten im Bereich Wohnbauförderung (einschließlich Wohnbeihilfe und Wohnbaufonds) **33 Beratungen** und **7 Prüfungen**.

Davon entfielen 32 auf die **Wohnbeihilfe**: In 19 Fällen wurde die **Ablehnung**, in 8 Fällen die **Einkommensberechnung** nicht verstanden. Dies betraf die Ablehnung oder Kürzung der Wohnbeihilfe wegen eines **Ausbildungsverhältnisses** (5), der **Ausgleichszahlung** bei Scheidung (4), der Anrechnung eines **fiktiven Unterhaltes** (4), der Hochrechnung von **Teilzeiteinkommen** (3), der Annahme einer **Lebensgemeinschaft** und weil ein **Darlehen noch offen** (2), die Ehe trotz **Trennung** noch aufrecht (2) oder die Miete nicht **ortsüblich** war.

Die eigentliche **Wohnbauförderung** war Gegenstand von 8 Anfragen. Diese betrafen die Nichtgewährung wegen einer **Ausgleichszahlung** bei Scheidung, der fehlenden Einkommenssteuerpflicht in Österreich und eines noch **offenen Förderungsdarlehens**, die Kürzung wegen des Verkaufes einer geförderten Wohnung sowie die Förderungen für **ökologischen Wohnbau** und **Althausanierung**.

Die Frage der Unterstützung von **Gastarbeitern** aus dem **Wohnbaufonds** war Gegenstand von 2 Beratungen, wegen der Vorschreibung von **Eintragungsgebühren** im Grundbuch trotz Wohnbauförderung wandten sich nur noch 6 Bürger an den LVA.

Neben Wohnbauförderung und Sozialhilfe waren noch andere Formen finanzieller Unterstützung Gegenstand von Bürgeranliegen: 13 betrafen das **Landespflegegeld**, 8 die **Behindertenförderung**, 4 **Agrarförderungen**, 3 die **Familienförderung**, 1 die **Katastrophenhilfe** und 3 andere Förderungen.

#### 1.7.6. Gemeindeverwaltung und Gemeindeabgaben

Regelungen des **Gemeindegengesetzes** (51) spielen sowohl im Bereich der Gemeindeverwaltung (etwa für die **Zuständigkeit** der Gemeindeorgane) eine Rolle wie bei Maßnahmen der **Gemeindeaufsicht** (5). Viele Fälle betreffen **zivilrechtliche Probleme** zwischen Bürgern und Gemeinden, andere die Verwaltung des **Gemeindegutes** (2).

Besonders häufig wirft die **Abwasserbeseitigung** (35) Probleme auf, wie beim **Kanalanschluss** (14) und der **Verlegung** von Kanälen (3), insbesondere aber bei Vorschreibung von **Gebühren** (18). Bei nachträglich geltend gemachten Anschlussbeiträgen musste 5 Mal die Frage der **Verjährung** geprüft werden.

Die **Wasserversorgung** warf weniger Probleme (11, davon 4 wegen Gebühren) auf. Beschwerden und Anfragen betrafen auch andere Gemeindeabgaben wie **Grundsteuer** (12), **Abfallgebühren**, **Zweitwohnsitzabgabe**, **Parkgebühren** und **Verwaltungsabgaben** (je 2) sowie den **Tourismusbeitrag**. **Verfahrensrechtliche Abgabenprobleme** (38) gab es vor allem in Gemeinden (36).

### 1.7.7. Verwaltungsstrafrecht

Bei 27 Fällen (davon 5 Prüfungen) standen Vergehen im **Straßenverkehr** (13) im Vordergrund, insbesondere **Parkvergehen** (6). Strafverfahren betrafen auch Verstöße gegen **Natur- und Landschaftsschutz** (4), das **Baugesetz** (2), das **Abfall-** und **Schischulgesetz**, die **Bodenseefischereiverordnung** sowie **Lärmstörungen**. **Anonymverfügungen** und deren Nichtbezahlung spielten in 6, der Vollzug der **Ersatzfreiheitsstrafe** in 4 Verfahren eine Rolle.

### 1.7.8. Dienstrecht

Von 18 dienstrechtlichen Anliegen betrafen 9 **Landesbedienstete**, je 3 **Gemeindeangestellte** und **Landeslehrer** sowie 2 **Pensionisten**. 5 Landesbediensteten und einem Lehrer wurde ein **dienstwidriges Verhalten** vorgeworfen, je ein Lehrer, Landes- und Gemeindebediensteter erhoben den Vorwurf des **Mobbing**.

Gegenstand von Prüfungen und Beratungen waren der **Verlust einer Leitungsfunktion**, eine **Versetzung**, die **Teuerungszulage** von Zusatzpensionen, die Höhe der **Witwenpension**, die Möglichkeit der **Beförderung** sowie die Verpflichtung zum **Schneeschaufeln** im Rahmen eines Dienstverhältnisses.

## 1.8. Verfahrensdauer

Mehr als **60%** aller im Berichtsjahr abgeschlossenen Verfahren konnte **innerhalb einer Woche** erledigt werden. Dies betraf vor allem **Beratungen** (435), **Anregungen** zur Verwaltung, die innerhalb weniger Tage **weiter geleitet**, sowie Beschwerden in **Bundesangelegenheiten**, welche unverzüglich an die Volkswirtschaft **abgetreten** wurden.

Mehr als 75% aller Verfahren wurden innerhalb eines Monats, nahezu **90% innerhalb von 3 Monaten** abgeschlossen. Bei Prüfungen hingegen muss die Stellungnahme der Behörde abgewartet werden und nimmt die Erforschung des Sachverhaltes und der aktuellen Rechtsprechung mitunter einige Zeit in Anspruch.

<b>Tabelle 12: Verfahren abgeschlossen innerhalb von</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>	<b>Kumuliert</b>
einer Woche	482	62,3	62,3 %
einem Monat	113	14,6	76,9 %
drei Monaten	96	12,4	89,3 %
sechs Monaten	52	6,7	96,0 %
einem Jahr	26	3,4	99,4 %
mehr als einem Jahr	5	0,6	100 %
<b>Insgesamt</b>	<b>774</b>	<b>100</b>	

## 2. Besonderer Teil

### 2.1. Anregungen zur Gesetzgebung

Der LVA leitete **drei Anregungen von Bürgern** und **ein eigenes Anliegen** an den Landtag weiter. Bisher wurde keiner Anregung entsprochen, in zwei Fällen aber eine **Umsetzung in Aussicht** gestellt.

In den vom Landtagspräsidenten übermittelten Stellungnahmen der Abteilung Gesetzgebung war immer wieder von „Anregungen des LVA“ die Rede, auch wenn diese vom LVA lediglich weiter geleitet wurden. Gegenüber Landtag und Landesregierung betonte der LVA deshalb, dass gemäß Art 59 Abs 2 LV **jedermann** beim LVA **Anregungen** betreffend Gesetzgebung und Verwaltung des Landes **vorbringen** kann und der LVA gemäß Art 59 Abs 5 LV bzw § 3 Abs 5 LVA-G die ihm vorgetragenen Anregungen betreffend die Gesetzgebung des Landes an den Landtag **weiter zu leiten** hat. Der LVA kann eine **Äußerung** anfügen, in der er sich mitunter der Anregung vollinhaltlich oder teilweise anschließt. Er ist jedoch auch dann verpflichtet, die Anregung weiter zu leiten, wenn er sie nicht für zielführend hält (wenn auch in diesen Fällen das Bürgeranliegen oft subjektiv verständlich erscheint).

#### 2.1.1. Weiterführung des Sozialhilfeverfahrens nach Tod des Antragstellers

Der Sachwalter einer Heimbewohnerin hatte im November 2002 einen **Antrag auf Gewährung von Sozialhilfe** gestellt, da die Heimkosten nach Ausschöpfung der Ersparnisse nicht mehr getragen werden konnten. Die Prüfung der **Zumutbarkeit einer häuslichen Pflege** nahm **lange Zeit** in Anspruch (siehe Kapitel 2.5.1.), die Pflegeheimbewohnerin **starb vor Entscheidung** über den Antrag. Die BH **stellte** darauf hin das **Verfahren** unter Hinweis auf zwei Erkenntnisse des VwGH **ein**. Wer die inzwischen aufgelaufenen **Heimkosten** bezahlen sollte, blieb **ungeklärt**. Der Sachwalter regte darauf hin eine **Änderung des Sozialhilfegesetzes** dahingehend an, dass auch **nach dem Tod** des hilfsbedürftigen Menschen **über einen Sozialhilfeantrag zu entscheiden** ist. (03 AnGe-001)

Der **Verwaltungsgerichtshof** hat in zwei Erkenntnissen vom 27.02. und 28.05.2002 festgestellt, dass nach dem Vorarlberger Sozialhilfegesetz der **Anspruch auf Sozialhilfe** ein **höchstpersönliches Recht** und der Eintritt eines Rechtsnachfolgers in ein anhängiges Verfahren auf Gewährung von Sozialhilfe nicht vorgesehen ist. In einer Sozialhilfe-Dienstbesprechung im Herbst 2002 wurde betont, dass im Hinblick auf diese Erkenntnisse des VwGH **kein Bescheid mehr zu erlassen** und das Verfahren einzustellen ist, **wenn die hilfsbedürftige Person vor Bescheiderlassung stirbt**.

In der ersten Stellungnahme gegenüber dem LVA wies die Landesregierung darauf hin, dass **Unterkunfts- und Verpflegskosten**, die in der Verlassenschaft **keine Deckung** finden, vom **Heimträger** lediglich gemäß § 13 SHG **geltend zu machen** sind. Da diese Bestimmung jedoch nicht für solche Fälle gedacht ist, könnte es sein, dass die Pflegeeinrichtung nicht alle Kosten ersetzt erhält. In der Praxis habe diese Rechtslage bisher jedoch **keine Probleme** bereitet. Bei einer allfälligen **Änderung des SHG** würde auf diese Problematik Rücksicht genommen.

Nicht nur der Verein für Sachwalterschaft, sondern auch ratsuchende andere Bürger machten den LVA darauf aufmerksam, dass es sich um **keine Einzelfälle** handelt und es immer wieder zu **Problemen** kommt. Der LVA betonte daher bei Weiterleitung der Anregung, dass es **nicht sachgerecht** erscheint, ein anhängiges **Sozialhilfeverfahren** beim Tod des Antragstellers einfach **einzustellen**. Dadurch können auch bereits aufgelaufene Aufwendungen und **Heimkosten** – außer im Wege eines Aufwandersatzes gemäß § 13 SHG – **nicht mehr geltend gemacht** werden.

Der LVA schloss sich der Anregung an, ein **anhängiges Sozialhilfeverfahren nach dem Tod** des Antragstellers **fortzusetzen** und über den Antrag zu entscheiden, wie dies in § 21 Landes-Pflegegeldgesetz

vorgesehen ist. Eine Lösung dieser Problematik sollte nicht erst in einigen Jahren bei einer umfassenden Überarbeitung des SHG gefunden werden.

In der im Wege des Landtagspräsidenten übermittelten **Stellungnahme** der **Abteilung Gesetzgebung** wurde bestätigt, dass es sich auf Grund einer tendenziell immer **kürzeren Verweildauer** in Pflegeheimen **nicht** mehr **nur** um **Einzelfälle** handelt und die Problematik jedenfalls **bei der nächsten Novellierung des Sozialhilfegesetzes** einer befriedigenden Lösung zugeführt werden sollte.

Um eine Verbesserung kurzfristig zu erreichen, wurde bis zur gesetzlichen Neuregelung im Wege eines **Erlasses** eine **Fortsetzung** des Verfahrens im Rahmen der **Privatwirtschaftsverwaltung** angeordnet. Auf diese Weise könnten die dem Leistungserbringer (Heimträger) entstandenen Kosten getragen werden, soweit diese übernommen worden wären, wenn die verstorbene Person die Entscheidung über den Sozialhilfeantrag noch erlebt hätte.

### 2.1.2. Staffelung der Zweitwohnsitzabgabe nach touristischem Angebot

Die Eigentümerin einer **Ferienwohnung** in einer Kleingemeinde (**Tourismusgemeinde** Ortsklasse A) fühlte sich durch die **Höhe der Zweitwohnsitzabgabe ungerecht** behandelt. Da die vom Gesetz für diese Ortsklasse vorgesehenen **Höchstbeträge zur Gänze ausgenützt** würden, sei die Abgabe genau so hoch wie in der Gemeinde Lech, welche ihren Gästen wesentlich mehr an Infrastruktur und Freizeitmöglichkeiten biete, insbesondere für ältere Gäste, Nichtschifahrer, Eltern mit Kindern etc. Es sei sachlich nicht zu begründen, in einer Kleingemeinde, die Nichtschifahrern **keinerlei Infrastruktur** biete, eine Abgabe in derselben Höhe vorzuschreiben. Sie regte daher an, die Festlegung der Höchstgrenzen der **Abgabe auf** die in der Gemeinde vorhandene **Infrastruktur abzustellen**. Dabei sollten neben Schipisten auch Langlaufloipen, Geh- und Wanderwege, Schwimmbad, Hallenbad etc in Form eines **Punktesystems** Berücksichtigung finden. (03 AnGe-002)

Die Gesetzgebungsabteilung betonte in ihrer Stellungnahme, dass die **Zweitwohnsitzabgabe** aus finanzverfassungsrechtlicher Sicht eine **Steuer** und **keine Gebühr** ist. Die Einhebung der Abgabe setzt daher keine unmittelbare Gegenleistung der Gemeinde voraus. Im Unterschied zu Tourismusbeiträgen, welche zur Deckung des Aufwandes für tourismusfördernde Maßnahmen und Einrichtungen einzuheben sind, sollen den Gemeinden durch die Zweitwohnsitzabgabe Kosten ersetzt werden, die nicht durch **Benützungsgebühren** abgedeckt werden. Auch würde das vorgeschlagene Punktesystem **zusätzlichen Verwaltungsaufwand** verursachen. Der Anregung wurde daher nicht entsprochen.

### 2.1.3. Kostenlose Übermittlung von Krankengeschichten an den LVA

Der Begutachtungsentwurf zum **neuen Spitalgesetz** sieht in § 47 Abs 8 vor, dass die Krankenanstalten u.a. dem **Patientenanwalt** und der Schlichtungskommission nach dem Patienten- und Klientenschutzgesetz, soweit dies zur Wahrung ihrer Aufgaben erforderlich ist, auf Verlangen **kostenlos** Kopien von **Krankengeschichten** und ärztlichen Äußerungen über den Gesundheitszustand von Patienten zu übermitteln haben. Da der **LVA nicht erwähnt** ist, wandte er sich mit einer entsprechenden Anregung an den Landtag.(03 AnGe-003)

Seit Einrichtung des LVA waren **Beschwerden von Patienten** der Landes- und Gemeindekrankenhäuser **Anlass für Prüfungsverfahren**. Dies wurde durch das Patienten- und Klientenschutzgesetz vom Gesetzgeber dadurch ausdrücklich anerkannt, dass der mit diesem Gesetz geschaffene Patientenanwalt seine Tätigkeit zu unterbrechen hat, wenn eine Prüfung des LVA stattfindet (§ 5 Abs 4).

Da es in den ersten Jahren **Probleme** mit der (kostenlosen) **Übermittlung von Krankengeschichten** gab, **regte** der **LVA bereits 1991 an**, in § 28 Abs 6 SpitalG betreffend die Übermittlung von Krankengeschichten den **LVA ausdrücklich zu nennen**. Eine entsprechende **Änderung** des Spitalgesetzes wurde vom da-



maligen Landtagspräsidenten **in Aussicht gestellt**, jedoch niemals beschlossen. In der Praxis gab es allerdings in weiterer Folge keinerlei Probleme mit der Übermittlung der Krankengeschichten.

Aus der vorgesehenen Neuregelung, welche den Patientenanwalt und die Schlichtungskommission ausdrücklich nennt, nicht jedoch den LVA, könnte auf den **Willen des Gesetzgebers** geschlossen werden, dass der **LVA nicht berechtigt** ist, in die **Krankengeschichten Einsicht** zu nehmen oder kostenlose Kopien davon zu erhalten.

In der vom Landtagspräsidenten übermittelten **Stellungnahme der Abteilung Gesetzgebung** wurde in Aussicht gestellt, in der Regierungsvorlage der Anregung durch ausdrückliche Anführung des **LVA Rechnung zu tragen**. Dadurch würden die Aufgaben des LVA nicht geändert, welche sich auf Angelegenheiten der „Verwaltung des Landes“ beschränkten. Sofern **Krankenanstalten** vom Land oder von Gemeinden auf private Rechtsträger **ausgegliedert** werden, sei aber auf Grund der Judikatur des VfGH davon auszugehen, dass **keine vom LVA überprüfbare Verwaltung** des Landes vorliegt.

#### 2.1.4. Anwendung der Bautechnikverordnung auf bestehende Gebäude

Der Miteigentümer eines Gebäudes aus dem 17. Jahrhundert konnte sich mit den anderen Eigentümern über die **Erneuerung des Eingangstores** nicht einigen und wandte sich an die Baubehörde. Diese stellte zwar **Alters- und Abnutzungserscheinungen** (Rost, lose Teile, Verklemmungen im Verriegelungs- und Schließmechanismus) fest, sah jedoch **keinen Anlass für ein Einschreiten**, da keine Gesundheitsgefährdung gegeben und das **Tor noch funktionsfähig** sei. Der Beschwerdeführer wandte sich darauf hin an die Landesregierung sowie den LVA und führte darüber Beschwerde, dass Menschen in Althäusern ohne baugesetzlichen und behördlichen Schutz Missständen ausgesetzt sind, die dem Baugesetz und der Bautechnikverordnung widersprechen. Man müsse das **Privilegium eines Neubaus** haben, um **menschenwürdig wohnen** zu können. (03 bMP-103)

Die Zurückhaltung der Baubehörde wurde vom LVA **nicht beanstandet**, da das Baugesetz zwar eine **Erhaltungspflicht** vorsieht, welche den Erfordernissen der Sicherheit und Gesundheit sowie dem Schutz des Orts- und Landschaftsbildes entspricht, **nicht jedoch einen Zustand gemäß Bautechnikverordnung**. Die Baubehörde hatte daher gar keine Möglichkeit, eine Erneuerung der Türe vorzuschreiben, und ist die Angelegenheit **zivilrechtlich zwischen den Miteigentümern** zu regeln. Nach diesem Hinweis des LVA auf die gesetzlichen Bestimmungen regte der betroffene Bürger die **Anwendbarkeit der Bautechnikverordnung** für alle Bauwerke im Lande, somit **auch für den Altbestand** an. (03 AnGe-004)

Gemäß der vom Landtagspräsidenten übermittelten **Stellungnahme** des für Gesetzgebung zuständigen Landesrates wurde vor Erlassung des Baugesetzes 2001 **geprüft**, inwieweit bei rechtmäßig **bestehenden Bauwerken nachträgliche Aufträge der Behörde** möglich sein sollten. Dies sei bewusst auf jene Fälle **beschränkt** worden, in denen die in einer Verordnung gemäß § 15 Abs 4 BauG festgelegten, zur Umsetzung von **EU-Recht** oder zwecks **barrierefreier Gestaltung** erforderlichen Anforderungen nicht eingehalten werden (§ 49 Abs 1 BauG).

Gemäß § 68 Abs 3 AVG könnten Bescheide in Wahrung des öffentlichen Wohles insoweit abgeändert werden, als dies zur Beseitigung von das **Leben** oder die **Gesundheit** von Menschen gefährdenden Missständen oder zur Abwehr **schwerer volkswirtschaftlicher Schäden** notwendig und unvermeidlich ist. Eine weitergehende, über § 68 Abs 3 AVG und § 49 BauG hinausgehende Durchbrechung der Rechtskraft von Baubescheiden werde **nicht für sinnvoll erachtet**.

## 2.2. Anregungen zur Verwaltung

Acht Anregungen von Bürgern wurden vom LVA entgegen genommen und je zur Hälfte an die **Landesregierung** sowie den betreffenden **Gemeindevorstand** weiter geleitet. Jeweils 3 Anregungen wurde weitgehend bzw teilweise entsprochen, 2 Anregungen brachten keine Änderung der Verwaltungspraxis.

### 2.2.1. Verbesserung der Verkehrssicherheit

Ein älterer **Radfahrer** wies nach einem Unfall im Bereich einer **Bahnunterführung** darauf hin, dass der gekennzeichnete und teilweise unterbrochene **Fahrradstreifen** an der Kante eines Gehsteiges endet, wohl aufgrund der eingeengten Fahrbahnbreite in der Unterführung. Bei ungünstigen Lichtverhältnissen sei diese **Gehsteigkante**, welche trotz Absenkung zur Fahrbahn immer noch einen Niveauunterschied von 2-3 cm aufweise, **kaum erkennbar**. Er regte an, diese **Gefahrenstelle für Fußgänger und Radfahrer** durch geeignete Maßnahmen **zu entschärfen**. (03 AnVe-002)

Die Gemeinde befasste den zuständigen Ausschuss mit dieser Problematik und veranlasste kurzfristig die **Entfernung einer Leitlinie** sowie die **Markierung der Gehsteigkante** mit einer weißen Sperrlinie, damit diese auch bei ungünstigen Sichtverhältnissen gut erkennbar ist. Darüber hinaus wurde die **Verlängerung des Gehsteigs** in Aussicht gestellt, damit unsichere Radfahrer nicht durch wechselnde Fahrbahnbreiten irritiert werden.

Eine Beschwerde über die regelmäßige **Missachtung einer Geschwindigkeitsbeschränkung** nach dem Ausbau einer Gemeindestraße (03 AnVe-003) führte zur Zusage, eine **Geschwindigkeitsmesstafel** aufzustellen (was erfahrungsgemäß das Verkehrsverhalten der Autofahrer ändere) und die Gendarmerie um häufigere **Geschwindigkeitskontrollen** in diesem Bereich zu ersuchen.

Eine weitere Anregung betraf die **Streckenführung eines Rad- und Fußweges**. Dieser weise unvermittelt einen **spitzen Winkel** auf, obwohl für eine geradlinige Verlängerung öffentliches Gut zur Verfügung stehe (03 AnVe-006). Die Gemeinde begründete diesen Trassenverlauf mit der Sicherstellung der künftigen Erschließung eines Baugebietes und den damit zusammen hängenden Verhandlungen mit einzelnen Grundeigentümern. Im Zuge eines Tauschvertrages sei es gelungen, den **Fahrradweg** von 80 cm auf 2 m bzw im Kurvenradius auf 5 m zu **verbreitern**. **Ausführungsmängel** wurden zugegeben, aber nach der vom LVA weiter geleiteten Anregung **behooben**.

### 2.2.2. Bessere Kontrolle der Haussammlungen

Ein Bürger beanstandete, dass bei **Haussammlungen** vielfach mit **losen Blättern** gearbeitet werde. Dadurch wäre eine **Kontrolle der Vollständigkeit** schlecht möglich und könnten Listen verloren gehen. Er regte deshalb an, die Spendenlisten in einem **gebundenen Heft** zu führen und vorzuschreiben, dass für jede Spende ein **Beleg** ausgestellt wird. (03 AnVe-004)

Die Landesregierung entsprach dieser Anregung. Künftig würden **Bewilligungen** für Haussammlungen nur unter der **Auflage** erteilt, dass sich die mit der Sammlung betrauten Personen **ausweisen**, einen nummerierten und **gebundenen Kassablock** über die getätigten Spenden mitführen und dem Spender einen **Beleg über die** getätigte **Spende** aushändigen.

Dies führte in weiterer Folge allerdings zu **Beschwerden** jener **gemeinnützigen Organisationen**, welche Haussammlungen durchführen. Der Vertreter einer dieser Organisationen betonte, diese Auflagen seien in der Praxis kaum durchführbar und stellten eine **erhebliche Erschwernis** dar. Nach Auskunft der Landesregierung seien die Auflagen vom LVA verlangt worden.

Der LVA stellte klar, dass es zu seinen gesetzlichen Aufgaben gehört, Anregungen entgegen zu nehmen und weiterzuleiten und von ihm keine bestimmte Vorgangsweise verlangt worden war. Vielmehr war es für den LVA **überraschend**, dass dieser **Anregung** so **schnell** und **darüber hinausgehend entsprochen** wurde, offenbar **ohne Rücksprache** mit den betroffenen **Organisationen**. Es wurde den Vertretern der Sammelorganisationen geraten, die Problematik mit den zuständigen Vertretern der Landesregierung zu besprechen, um eine **Lösung** zu finden, welche für die gemeinnützigen Organisationen und deren ehrenamtliche Sammler **praktikabel** ist, jedoch auch die **erforderliche Kontrolle** gewährleistet.

### 2.2.3. Mitnahme von Begleithunden im öffentlichen Busverkehr

Aufgrund ihrer **Behinderung** war eine Bürgerin auf einen **Rollstuhl** sowie einen **ausgebildeten Begleithund** angewiesen. Obwohl diese Hunde über eine spezielle Ausbildung verfügten, sich weder ablenken noch provozieren ließen und daher auch keine Gefährdung darstellten, hätten einzelne **Busfahrer** im Nahverkehr ihre **Mitnahme** mit der Begründung **verweigert**, ihr Begleithund trage **keinen Maulkorb**.

Während nach dem Personentarif der ÖBB im **Schieneverkehr** Partnerhunde, Führhunde und Blindenführhunde **vom Maulkorbzwang ausgenommen** sind, sahen die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den **Kraftfahrlinienverkehr** weiterhin eine **Maulkorbpflicht** auch für diese Hunde vor. (03 AnVe-005)

Der Vorarlberger **Verkehrsverbund** reagierte schnell und **änderte** per 01.08.2003 die **Tarifbestimmungen** so, dass bei Blinden bzw Behinderten, die eine Begleitperson bzw einen **Begleithund** brauchen, eine Begleitperson und ein Führhund/Partnerhund (**keine Maulkorbpflicht**) **gratis** befördert werden.

Trotz dieser erfreulichen Änderung der Bestimmungen **lehnten** einzelne Buslenker die **Mitnahme** der Rollstuhlfahrerin mit Begleithund **weiterhin ab**. Für sie seien die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Kraftfahrlinienverkehr maßgebend, die keine Ausnahme von der Maulkorbpflicht vorsehen.

Da es sich um eine **Verordnung des Bundes** handelt, wurde dieses Anliegen vom LVA **an VA** Dr Peter Kostelka **weiter geleitet** und setzte sich die betroffene Bürgerin auch selbst beim zuständigen Verkehrsminister für eine Änderung der Verordnung ein. Tatsächlich wurden die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Kraftfahrlinienverkehr mit BGBl II, 374/2004 dahingehend geändert, dass **Blindenführhunde** von der Maulkorbpflicht **ausgenommen** werden.

Hingegen wurde Partner- oder **Begleithunden** von mobilitätseingeschränkten Personen **keine Ausnahme** gewährt. Gemäß Mitteilung der VA geht das Verkehrsministerium zwar davon aus, dass diese Tiere ebenfalls eine qualifizierte Ausbildung zu absolvieren haben und ein selbstsicheres, konzentriertes und aggressionsfreies Verhalten aufweisen. Eine für die Praxis geeignete generelle Lösung sei jedoch dadurch erschwert, dass durch das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumenten bisher keine Definitionen, Anforderungen und Ausbildungsrichtlinien festgelegt sind. VA Dr Kostelka sagte jedoch zu, die Erstellung derartiger Richtlinien beim Ministerium zu urgieren.

## 2.2.4. Kein genereller Ausschluss von Lehrlingen von der Wohnbeihilfe

Der Vertreter einer Sozialinstitution betreute im Auftrag des Jugendamtes einen gerade **volljährig gewordenen Jugendlichen** mit einem Einkommen von ca € 740,-- im dritten Lehrjahr. Auf Grund der familiären Problematik könne er nicht zu Hause wohnen, wegen seines Einkommens und ihrer finanziellen Situation seien die Eltern von der Unterhaltspflicht befreit. Solange er noch minderjährig war, sei die **Abdeckung des Wohnungsaufwandes** möglich gewesen, bei einem Volljährigen könnten Jugendwohlfahrtsmittel aber nicht mehr in Anspruch genommen werden. Obwohl sein **Einkommen** dem eines **Hilfsarbeiters** entspricht, sei er als **Lehrling** von der **Wohnbeihilfe ausgeschlossen**. Er regte eine Ausnahme von der generellen Regelung der Wohnbauförderungsrichtlinie betreffend den Ausschluss von Lehrlingen in jenen Fällen an, in denen ein **eigener Haushalt** aus sozialarbeiterischer oder erzieherischer Sicht **geboten** ist. (03 AnVe-007)

Landesrat Rein verwies auf den starken Druck, Wohnbeihilfemittel verstärkt auch Teilzeitkräften, Studenten und Lehrlingen zu gewähren. Auf Grund der **Präcedenzwirkung** solle in die **Richtlinie keine** Bestimmung aufgenommen werden, dass in berücksichtigungswürdigen Fällen **Ausnahmen** gewährt werden können. Hingegen könnte wie in der Vergangenheit der **Wohnbauförderungsbeirat** oder das Kuratorium des Landeswohnbaufonds **Ausnahmen gewähren**, was in Einzelfällen auch geschehen sei. Auch wenn formal somit dieser Anregung auf Änderung der Richtlinien nicht entsprochen wurde, besteht in der Praxis die Möglichkeit derartiger Ausnahmen.

Grundsätzlich **abgelehnt** wurde eine Anregung betreffend **Änderung** der Richtlinien hinsichtlich des **Ausschlusses von Studenten** von der Wohnbeihilfe sowie der Hochrechnung des Einkommens von **Teilzeitbeschäftigten**. (03 AnVe-009)

## 2.3. Verordnungsprüfung durch Verfassungsgerichtshof

### 2.3.1. Umwidmung eines Bauplatzes in öffentliches Grün

Ein **Privatgrundstück** wurde im ersten Flächenwidmungsplan als **Baufläche/Wohngebiet** gewidmet. Auf der angrenzenden Gemeindeliogenschaft wurde damals gerade die **Hauptschule** errichtet. Andere angrenzende Liegenschaften wurden ebenfalls als Baufläche/Wohngebiet oder Bauerwartungsfläche gewidmet und teilweise verbaut. Bei der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes zwischen 1997 und 2001 wurde die **Hälfte** des Baugrundstückes trotz Einspruches des Eigentümers in Vorbehaltsfläche/**öffentliches Grün umgewidmet**. (03 bMP-010, 03 VP-001)

Bei Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes wurde ein **räumliches Entwicklungskonzept** erstellt, welches die **Sicherung von öffentlichen Flächen** und Anlagen vorsah, auch für den Bereich der Hauptschule. Davon wurde auch der Grundeigentümer mit der Begründung verständigt, dass sein Grundstück im öffentlichen Interesse für zukünftige Erweiterungen der Schule als Vorbehaltsfläche gewidmet werden soll. Die **Einsprüche des Grundeigentümers** führten dazu, dass nur noch die Hälfte seines Grundstückes als Vorbehaltsfläche gewidmet wurde.

Bei Vorlage des Flächenwidmungsplanes wurde diese Umwidmung von der Landesregierung **zunächst nicht genehmigt**, da das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei.

Der Sachbearbeiter der Gemeinde erstellte darauf hin einen Aktenvermerk, in welchem die Umwidmung in Vorbehaltsfläche/öffentliches Grün mit der **geänderten Nutzung der Hauptschule** begründet wurde. Diese werde auch von verschiedenen **Vereinen** und zu **Veranstaltungen** genutzt, was zu **Beschwerden der Anrainer** geführt hätte. Aus diesem Grunde sei die Errichtung neuer Wohnbauten direkt an der Grundgrenze zur Hauptschule nicht sinnvoll.

Mit der **Vorbehaltsflächenwidmung** solle zum Schutze der Nachbarschaft ein **Pufferbereich** zwischen Hauptschule und künftigen Wohnbauten geschaffen werden. Mit dieser neuen Begründung wurde auch dieser Teil des Flächenwidmungsplanes von der Landesregierung genehmigt.

Der LVA stimmte der rechtlichen Beurteilung der Landesregierung beim ersten Antrag auf Genehmigung zu, dass die **Planänderung unzureichend begründet** ist. Umso weniger war nachvollziehbar, dass die Umwidmung dann doch genehmigt wurde. Zwischen Ablehnung der Umwidmung und der neuerlichen Beschlussfassung der Gemeindevertretung fanden **keinerlei Ermittlungen** im Sinne einer Grundlagenforschung statt.

Die **Begründung** der Umwidmung, soweit sie sich aus dem Aktenvermerk des Sachbearbeiters nachvollziehen lässt, steht in einem auffallenden **Widerspruch** zu jener **Begründung**, welcher **der ersten Beschlussfassung** zu Grunde gelegen war. Sie findet auch in den zuvor angestellten Ermittlungen keine Deckung. Im räumlichen Entwicklungskonzept ist von der Festlegung geeigneter Flächen für öffentliche oder im öffentlichen Interesse gelegene Standorte (Erweiterungen) die Rede; auch bei der ersten Beschlussfassung des Änderungsentwurfes wurde die Umwidmung noch mit einem konkreten Gemeindebedarf zur Sicherung von Erweiterungsmöglichkeiten begründet.

Dem **zweiten Beschluss** mit einer völlig **neuen Begründung** lagen mit Ausnahme eines AV des Sachbearbeiters **keinerlei Ermittlungen** zu Grunde. Mangels einer nachvollziehbaren Grundlagenforschung war eine **Interessenabwägung** gemäß § 3 RPG **nicht möglich** und wurde der Grundsatz der möglichsten **Schonung des Privateigentums** bei der Planung nicht berücksichtigt. Schließlich lag auch **kein wichtiger Grund** für die Umwidmung vor, insbesondere keine wesentliche Änderung der für die Raumplanung bedeutsamen Verhältnisse. Bereits zum Zeitpunkt der ersten Widmung wurde die Schule errichtet und ist es in Vorarlberg **üblich**, dass öffentliche **Schulgebäude** auch für **außerschulische Veranstaltungen** (Veranstaltungen, Abendkurse, Sporttraining etc) Verwendung finden. Aus diesen und weiteren formalen Gründen erachtet der LVA die **Umwidmung als rechtswidrig** und **beantragte** deshalb beim VfGH, diese **wegen Gesetzwidrigkeit aufzuheben**. Das Verfahren ist anhängig.

## 2.4. Förmliche Empfehlung

### 2.4.1. Rückzahlung eines zu Unrecht vorgeschriebenen Sozialhilfekostenersatzes

Die **Heimkosten** für einen pflegebedürftigen Mann wurden ab Juli 1997 von der **Sozialhilfe** übernommen, soweit sie aus seinem Einkommen nicht bestritten werden konnten. Da dieser seine Wohnung und ein **Grundstück** vor längerer Zeit seinen 3 Kindern **geschenkt** hatte, machte die BH diesen gegenüber gemäß § 947 ABGB einen **Kostenrückersatz** in Höhe von jährlich 4% des Wertes der Liegenschaften geltend. Zunächst war nur eine Tochter bereit, diesen Beitrag zu leisten.

Nachdem die andere Tochter zur Sachwalterin des Vaters bestellt worden war und Einsicht in seine Unterlagen hatte, stellte sie fest, dass er auch eine **Pension der AUVA** bezog, und teilte dies der BH mit. Da dieses zusätzliche Einkommen auf dem Konto verblieben war und sich mit dem frei bleibenden Anteil an Pension und Pflegegeld ein erhebliches **Guthaben** ergeben hatte, schrieb die BH dem Heimbewohner als **Ersatz** für die von Juli 1997 bis Jänner 1998 aufgewendeten Kosten einen Betrag von ca ATS 150.000,-- vor und stellte ausdrücklich fest, dass damit der **Sozialhilfeaufwand bis einschließlich Jänner 1998 abgegolten** ist. Trotzdem wurde gegenüber den beiden Kindern, welche den Zinsanspruch gemäß § 947 ABGB bisher nicht geleistet hatten, weiterhin ein **Rückersatz ab Juli 1997 geltend gemacht**. (03 bMP-049)

Als sich der Sohn des Sozialhilfebezieheres weiterhin weigerte, den geforderten Kostenersatz zu leisten, wurde Ende 1999 der Zinsanspruch gemäß § 947 ABGB vom Land Vorarlberg **gerichtlich** geltend gemacht. **Eingeklagt** wurden die **gesetzlichen Zinsen aus der Schenkung** von Juli 1997 bis zum Tod des Sozialhilfebezieheres im April 2000 (während des Gerichtsverfahrens). Der Rechtsvertreter des Landes

legte dem Gericht lediglich den **Sozialhilfebescheid** vom November 1997 vor, mit welchem rückwirkend ab Juli 1997 Sozialhilfe bewilligt worden war, **nicht** jedoch den **Bescheid** vom Februar 1999 betreffend den **Sozialhilfekostenersatz von Juli 1997 bis Jänner 1998**. Dadurch war den **Gerichten** erster und zweiter Instanz, welche den Sohn zum Rückersatz verpflichteten, **nicht bekannt**, dass aufgrund des Rückersatzes aus der Unfallpension und den Ersparnissen schon bei Klagseinbringung **bis Jänner 1998 kein offener Sozialhilfeaufwand** mehr bestand.

Vom LVA wurde sowohl die **Geltendmachung des Kostenersatzes bis Jänner 1998** wie auch die **Täuschung des Gerichtes** über entscheidungswesentliche Tatsachen (Verschweigung der teilweisen Abdeckung des Sozialhilfeaufwandes) als **Misstand** in der Verwaltung festgestellt.

Darüber hinaus wurde beanstandet, dass dem zum Kostenersatz Verpflichteten die **Einsicht** in den **Sozialhilfeakt** seines inzwischen verstorbenen Vaters **verweigert** wurde. Dadurch hatte dieser nicht einmal die Möglichkeit, von der inzwischen erfolgten teilweisen Abdeckung des Sozialhilfeaufwandes Kenntnis zu erhalten. Auch wenn es gerechtfertigt sein mag, gewisse Aktenteile (etwa betreffend die Vermögensverhältnisse seiner Schwestern) aus Datenschutzgründen von der Akteneinsicht auszunehmen, war die generelle **Verweigerung der Akteneinsicht nicht gerechtfertigt**.

Die **BH** stellte sich auf den Standpunkt, der mit Bescheid vom Februar 1999 (nach Bekanntgabe der Unfallpension) vorgeschriebene Kostenersatz beziehe sich richtigerweise auf den Zeitraum vom Juli 1997 bis einschließlich März 1999 und werde für diesen Zeitraum die **anteilige Pension (80%)** als Kostenersatz angesprochen. Nur **versehentlich** sei im Bescheid die vollständige **Abdeckung der Sozialhilfeaufwendungen** für den Zeitraum Juli 1997 bis Jänner 1998 **ausgesprochen** worden. Aus diesem Grunde sei doch von einer **Hilfsbedürftigkeit** des Heimbewohners **ab Juli 1997** auszugehen und der Anspruch zu Recht ab diesem Zeitpunkt geltend gemacht worden.

Eine derartige **Uminterpretation** des rechtskräftigen Bescheides durch die Sozialhilfebehörde war für den LVA jedoch **nicht akzeptabel**, da sowohl im Spruch wie in der Begründung ausdrücklich festgehalten ist, dass dieser Kostenersatz eine Ersatzleistung für die aufgewendeten Kosten von Juli 1997 bis Jänner 1998 darstellt. Auch ergab sich aus der Aufstellung der BH, dass die Inanspruchnahme von 80 % der Unfallpension von Juli 1997 bis März 1999 lediglich einen Betrag von ca. ATS 62.000,-- ergeben hätte, während tatsächlich ein Rückersatz von nahezu ATS 150.000,-- vorgeschrieben wurde. Die nachträgliche Uminterpretation des eigenen rechtskräftigen Bescheides durch die BH war somit **rechnerisch falsch** und auch grundsätzlich unzulässig.

Da die **Sozialhilfebehörde nicht bereit** war, auf die (vom Gericht rechtskräftig zugesprochenen) Ersatzbeträge bis Jänner 1998 zu verzichten, richtete der LVA an die Landesregierung die **Empfehlung**, dem Sohn des verstorbenen Sozialhilfebeziehers von dem mit Gerichtsurteil vorgeschriebenen Kostenersatzbetrag einen **Teilbetrag** von ca ATS 19.000,-- samt Zinsen sowie die anteiligen Kosten des Gerichtsverfahrens **zu ersetzen** (03 EO-001). Andernfalls drohe eine **Wiederaufnahmsklage**, da das Land Vorarlberg dem Gericht gegenüber **wesentliche Umstände verschwiegen** und den **Kostenersatzbescheid nicht vorgelegt** hat und der Sohn des Sozialhilfebeziehers infolge **Verweigerung der Akteneinsicht** von diesem Umstand **nicht früher Kenntnis** erlangen konnte.

Die Landesregierung schloss sich zwar der Rechtsmeinung des LVA nicht an, erklärte sich jedoch ohne Anerkennung eines Rechtsanspruches bereit, auf den zu diesem Zeitpunkt noch offenen Betrag von etwas mehr als € 2.000,-- zu verzichten. Damit wurde im Ergebnis **der Empfehlung** – wenn auch ohne konkrete Berechnung der Zinsen und Prozesskosten – **entsprochen** und erklärte sich auch der Beschwerdeführer mit dieser **außergerichtlichen Regelung** einverstanden.

## 2.5. Berichtenswertes aus der Landesverwaltung

### 2.5.1. Sozialhilfeverfahren bis zum Tod verzögert und dann eingestellt

Im Jahre 2000 war eine **89jährige Frau** über fachärztliche Empfehlung in ein **Pflegeheim** aufgenommen und ein **Sozialhilfeantrag** auf Kostenübernahme gestellt worden. Zuvor war sie von ihrem Sohn zu Hause gepflegt und betreut worden. Gemäß Übergabevertrag war dieser dazu verpflichtet, „soweit dies **im häuslichen Rahmen** möglich und zumutbar ist“; über die **Zumutbarkeit** hatte der **Hausarzt zu entscheiden**. Dieser bestätigte, dass den Familienangehörigen die Pflege zu Hause nicht zugemutet werden kann und eine Heimpflege erforderlich ist.

Die **Amtsärztin** sah die Unterbringung im Seniorenheim als zweckmäßig an, jedoch **keine medizinische Notwendigkeit**, da eine Pflege im häuslichen Rahmen durchführbar wäre. Zur Zumutbarkeit nahm sie nicht Stellung. Der Sachwalterschaftsrichter betonte, gemäß vertraglicher Vereinbarung entscheide über die Zumutbarkeit der häuslichen Pflege der Hausarzt, dies sei maßgebend. Wegen eines nachträglich aufgefundenen Sparbuches wurde der **Sozialhilfeantrag zurück gezogen**.

Nach Erschöpfung der Ersparnisse **beantragte** der **Sachwalter** im November 2002 die Übernahme der **Heimkosten** aus Mitteln der **Sozialhilfe**. Obwohl ärztliche Bestätigungen bereits vorlagen, wurde ein neues Attest verlangt und darin bestätigt, dass die Frau nach wie vor **auf Pflege im Altersheim angewiesen** ist. Am 22.01.2003, mehr als 2 Monate nach Einlangen des Antrages, forderte die Sozialhilfeabteilung eine amtsärztliche Stellungnahme an.

Erst am 06.03.2003 suchte die **Amtsärztin** die Frau im Heim auf und wies in ihrer kurzen Stellungnahme vom 24.03.2003 auf ihren Befund vom Jänner 2002 hin. Der Allgemeinzustand habe sich nicht wesentlich verändert, eine **Pflege im häuslichen Rahmen** sei durchaus noch **möglich** und zumutbar und bestehe keine medizinische Notwendigkeit für eine Unterbringung in einem Heim. **Drei Tage** nach dieser Stellungnahme **starb** die 92-jährige **Pflegeheimbewohnerin**, worauf die BH das Verfahren ohne Entscheidung einstellte. (03 bMP-073)

Wegen der Einstellung des Verfahrens leitete der LVA eine Anregung an den Landtag weiter (s Kapitel 2.1.1.), das **Sozialhilfeverfahren** wurde vom LVA in mehrfacher Hinsicht **in Kritik gezogen**. Im November 2002 befand sich die **91jährige Heimbewohnerin** seit mehr als **zwei Jahren im Pflegeheim**, eine **häusliche Pflege** wurde vom Sohn unter Hinweis auf das Attest des Hausarztes **abgelehnt**, sie selbst konnte die Heimkosten nicht bestreiten, allfällige **Ansprüche** gemäß § 947 oder 143 ABGB gegenüber den Kindern waren **nicht kurzfristig realisierbar**. Unter diesen Umständen wäre die Sozialhilfebehörde verpflichtet gewesen, die Heimkosten zu übernehmen und Ersatzansprüche aufgrund des Übergabevertrages oder des Unterhaltes danach zu prüfen und allenfalls geltend zu machen.

Nicht verständlich war die Anforderung weiterer ärztlicher Atteste, da sich im Akt schon über 10 ärztliche Stellungnahmen und Gutachten (darunter drei Atteste des Hausarztes) befanden. Allein das **amtsärztliche Gutachten** nahm wieder **mehr als zwei Monate** in Anspruch, wodurch sich das Verfahren **bis zum Tod der Heimbewohnerin** verzögerte. Auch wenn die Verfahrenseinstellung durch Entscheidungen des VwGH gedeckt ist, muss es von den betroffenen Angehörigen sowie dem Heimträger als Zynismus empfunden werden, wenn ein **Sozialhilfeverfahren** so lange **hinausgezögert** wird, bis die Antragstellerin stirbt, und dann unter Hinweis auf deren Tod **eingestellt** wird **ohne Klärung**, wer für die inzwischen aufgelaufenen **Heimkosten** aufkommt.

In Verkennung der Rechtslage wurde die **Zumutbarkeit der häuslichen Pflege** durch amtsärztliche Gutachten zu überprüfen versucht, obwohl gemäß Erbübereinkommen darüber der **Hausarzt zu entscheiden** hat. Dies wurde ebenso ignoriert wie der Hinweis des Sachwalterschaftsrichters und des hauptamtlichen Sachwalters (ebenfalls Jurist) auf die vertragliche Regelung. Dabei muss Zumutbarkeit unterschieden werden von der Möglichkeit einer häuslichen Betreuung und kann nur aufgrund der persönlichen und räumlichen Situation sowohl auf Seite der Pflegebedürftigen wie auch der zur Pflege verpflichteten Personen beurteilt werden. Wie die **Amtsärztin**, welche die familiären und häuslichen Verhältnisse nicht

überprüft und die betroffene Person zweimal im Abstand von zwei Jahren kurz gesehen hat, **drei Tage vor deren Tod** zum Schluss kommt, die **häusliche Pflege** sei **zumutbar**, bleibt **unerfindlich**.

Trotz **Misstandsfeststellung** blieb die **BH** auch nach dem Erlass, wonach über die allfällige Gewährung von Sozialhilfe auch nach dem Tod der Antragstellerin (wenn auch nicht mehr durch Bescheid) zu entscheiden ist, bei ihrem Standpunkt und **lehnte eine Übernahme der Heimkosten ab**. Nach Einschaltung eines Rechtsanwaltes kam es schließlich zu einer Vereinbarung zwischen Heimträger und den Kindern der verstorbenen Heimbewohnerin.

### 2.5.2. Zwischen allen Stühlen – junge Familie wird zum Sozialfall

Eine **in Österreich geborene** und aufgewachsene ausländische Staatsangehörige hatte seit ihrem 18. Lebensjahr **regelmäßig** im Gastgewerbe **gearbeitet**. 2001 **heiratete** sie einen Landsmann, welcher nur über eine Saisonbewilligung in Österreich verfügte, und hatte mit diesem ein **1-jähriges Kind**. Ihr **Ehegatte** erhielt **keine weitere Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung**, auch nicht als Saisonarbeiter. Da er zu Hause in der elterlichen Landwirtschaft mitarbeitete, konnte er seine Familie finanziell nicht unterstützen.

Die **junge Mutter** hatte zur Finanzierung der Wohnungskaution und dringender Anschaffungen wie ein Kinderbett einen kleinen **Kredit** aufnehmen müssen, welcher nun gerichtlich geltend gemacht wurde. Da sie **mangels Betreuungsmöglichkeit** für das Kind **nicht arbeiten** konnte, war sie nicht einmal mehr in der Lage, die Miete zu bezahlen. Anträge auf **Wohnbeihilfe** und **Sozialhilfe** seien mit der Begründung **abgelehnt** worden, dass sie von ihrem Ehemann nur getrennt lebt, aber nicht geschieden ist. Wenn ihr Ehegatte eine Arbeits- oder zumindest eine Aufenthaltsbewilligung erhielte, könnte sie oder ihr Gatte einer Arbeit nachgehen und sei sie auf keine öffentliche Unterstützung mehr angewiesen. (03 bMP-060)

Die **Wohnbauförderungsabteilung** teilte mit, die Verwaltungspraxis **kenne den Status getrennte Wohnsitznahme für Ehegatten nicht**, daher sei von einem **gemeinsamen Wohnsitz** auszugehen. Dies hätten das Kuratorium des Landeswohnbaufonds und der Wohnbauförderungsbeirat immer wieder bestätigt. Leider gebe es immer mehr getrennte Wohnsitze auch bei Eheleuten. Würde man diesen Status im Bereich der Wohnbauförderung akzeptieren, müssten mehr Mittel zur Verfügung stehen und für Eheleute zwei Wohnsitze gefördert werden. Eine geänderte Verwaltungspraxis für Nicht-EU-Bürger würde eine Diskriminierung gegenüber Inländern bedeuten. Deshalb müssten Förderungswerber **an die SH-Abteilungen verwiesen** werden.

Die **Verwaltungspraxis**, eine getrennte Wohnsitznahme von Ehegatten nicht anzukennen, war dem LVA bekannt und führt **in Scheidungssituationen** oft zu **Härten**. Vor allem aber zeigt sie einen **fehlenden Realitätsbezug** der Verwaltung, frei nach Christian Morgenstern: „Weil, so schließt er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf!“

Die BH bestätigte, dass ein **SH-Antrag gestellt** worden ist. Bei einer Vorsprache habe man darauf aufmerksam gemacht, dass die junge Mutter bei Auszahlung der Sozialhilfe die Möglichkeit auf eine **Familienzusammenführung** mit ihrem Gatten **verwirke**. Darauf hin habe sie den SH-Antrag **zurück gezogen**. Nach Kontaktaufnahme des LVA mit der BH wurde ihr jedoch **rückwirkend** ab dem Zeitpunkt der ersten Antragstellung **doch Sozialhilfe** gewährt.

Bemühungen außerhalb der Zuständigkeit des LVA, für ihren Gatten eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung zu erhalten, scheiterten jedoch. Dies wäre für die junge Familie die ideale Lösung gewesen, bei der sie auch nicht mehr auf öffentliche Hilfe angewiesen wäre.



### 2.5.3. Verbesserungen für Angehörige von Wachkomapatienten erreicht

Nach einem **Herzinfarkt** war ein Mann ins **Koma** gefallen. Als sich nach einiger Zeit keine Besserung seines Gesundheitszustandes abzeichnete, übernahm die **Krankenversicherung keine Kosten** des Krankenhausaufenthaltes mehr, obwohl er weiterhin auf intensive medizinische und pflegerische Betreuung angewiesen war. Auch die **Sozialhilfebehörde lehnte** zunächst eine Übernahme der **Pflegekosten** mit dem Hinweis ab, **zuerst** müssten die **Ersparnisse** aufgebraucht werden. Später werde der **Sozialhilfeaufwand** für einen allfälligen **Rückersatz auf der Liegenschaft** mit dem Reihenhause **sichergestellt**, in dem noch die Ehegattin des Wachkomapatienten mit einer Tochter wohnte.

Der Bruder des Komapatienten bemühte sich, in Vorarlberg einen **geeigneten Pflegeplatz** mit vertretbaren Kosten zu finden, und wandte sich deswegen auch an mehrere Politiker und schließlich an den LVA um Hilfe. (02 AuBe-184)

Die **Landesregierung** verwies auf die traditionell **wichtige Funktion** des **LKH Rankweil** bei der Versorgung **schwerer Pflegefälle**. Durch den Ausbau ambulanter und stationärer Pflegedienste konnten die meisten früher im Pflegebereich versorgten Patienten anderweitig untergebracht werden, für **Komapatienten** bestünden jedoch noch **keine dezentralen Einrichtungen**. Es gebe unterschiedliche **Gebühren** für den Akutbereich (täglich € 304,95) und für **Pflegefälle** (€ 223,59, monatlich nahezu € 7000,--). Da Patienten bei fehlender Aussicht auf Heilung und Rehabilitation aus der Leistungspflicht der Krankenversicherung „ausgesteuert“ werden, werde die Behandlung im LKH Rankweil als Pflegefall fortgesetzt und müssten die **Kosten** aus **Eigenmitteln** oder **subsidiär** aus der **Sozialhilfe** getragen werden. In absehbarer Zeit sei **keine andere Unterbringung realistisch**. Auch bei Schaffung dezentraler Einrichtungen für die Langzeitpflege von Komapatienten seien kaum niedrigere Pflegegebühren zu erwarten.

Gegenüber der Sozialhilfebehörde wies der LVA darauf hin, dass die **außerordentlich hohen Kosten** bisher aus Ersparnissen bestritten wurden, weil die **Ehegattin** des Patienten bei zwei Vorsprachen **informiert** worden war, erst **nach Erschöpfung der Ersparnisse** könne mit Erfolgsaussicht ein **Sozialhilfeantrag** gestellt werden. Vom LVA wurde kritisiert, dass dabei **nicht berücksichtigt** wurde, dass es sich um **gemeinsame eheliche Ersparnisse** zur Altersversorgung und nicht ausschließlich um Vermögen des Komapatienten handelt.

Die **fehlenden Betreuungsmöglichkeiten** für Wachkomapatienten in Vorarlberg und die **finanzielle Belastung** der Familienangehörigen, vor allem von Ehegatten, war schließlich Gegenstand der Österreichweit ausgestrahlten **Fernsehsendung** „Volksanwalt – Gleiches Recht für Alle“ am 17.05.2003 und der **Berichterstattung** in Vorarlberger Medien.

Der Bruder des Patienten gründete zusammen mit anderen betroffenen Familienangehörigen (in Vorarlberg gibt es etwa 30 Wachkomapatienten) eine **Bürgerinitiative**, die Unterschriften sammelte und über eine Homepage informiert: <http://members.e-media.at/wachkomapatient.vorarlberg.in.not/>.

Die Betreuung von Wachkomapatienten sowie die Frage des Kostenersatzes durch Angehörige von pflegebedürftigen Menschen blieb längere Zeit Gegenstand **öffentlicher** und **politischer Diskussionen** sowie mehrerer **Landtagsanfragen**. Schließlich wurde die Errichtung einer eigenen **Pflegestation für Wachkomapatienten in Rankweil** in Aussicht gestellt und im Frühjahr 2004 realisiert. Die Kosten wurden dadurch etwas verringert, können jedoch weiterhin selbst bei überdurchschnittlichem Einkommen kaum aufgebracht werden.

Die Regelung des **Sozialhilfe-Rückersatzes** durch **Angehörige pflegebedürftiger Menschen** machte der LVA zu einem **Schwerpunkt** seines Berichtes im **Volksanwaltsausschuss** des Landtages und war auch Gegenstand von Stellungnahmen des LVA in der ORF-Sendung „**Vorarlberg Heute**“ sowie in Zeitungsberichten. Der LVA betonte dabei, dass gemäß einer Studie von Prof Pfeil der **Sozialhilfe-Rückersatz in Vorarlberg besonders rigoros gehandhabt** wird. So sieht Vorarlberg als einziges Bundesland bei allen Formen der Sozialhilfe die Möglichkeit eines Rückersatzes vor und gibt es **keine Härtefallregelung**. Nur in Vor-

arlberg ist eine Ersatzpflicht zwischen Großeltern und Enkelkindern im Rahmen der gesetzlichen Unterhaltsregelung vorgesehen.

Auch die **zeitliche Begrenzung** der Ersatzpflicht ist mit **10 Jahren** wesentlich länger als in allen anderen Bundesländern (3 Jahre). Diese wird oft dadurch noch verlängert, dass der Rückersatz **im Grundbuch sichergestellt** wird. Dies erfolgt selbst bei kleinen Eigenheimen und Wohnbedarf von Familienangehörigen, weil diese entgegen der Formulierung des § 7 Abs 3 lit c SHVO nicht „außer Ansatz gelassen“, sondern nur als „**Schonvermögen**“ vorläufig nicht verwertet werden (s nachfolgendes Kap 2.5.4. sowie Tätigkeitsbericht 1999, Kap 4.5. Verpfändung eines Eigenheimes).

Besonders bei **Ehepartnern** führt die Regelung des Rückersatzes oft zu **Härtefällen**. Diesen verbleibt neben dem einfachen Sozialhilferichtsatz zuzüglich Wohnungsaufwand (= Anspruch eines Sozialhilfebeziehers) nur 20% des darüber liegenden Einkommens, 80% werden als Sozialhilfebeitrag verlangt. Dadurch werden auch die **Ehepartner pflegebedürftiger Menschen** auf das **Niveau von Sozialhilfebeziehern** zurück gestuft, soweit nicht ein besonders hohes eigenes Einkommen oder Ersparnisse vorhanden sind.

Mit **Erlass vom 15.07.2004** wurde der **Kostenersatz** durch Angehörige **neu geregelt** und der **Kritik teilweise Rechnung getragen**. So wurde die Ersatzpflicht für Großeltern und Enkelkinder gestrichen und der **Kostenbeitrag von Ehegatten verringert**. Neben Wohnungsaufwand und Betriebskosten wird nun der 1,5-fache statt wie bisher der einfache SH-Richtsatz vom Einkommen abgezogen und davon 40% statt wie bisher 80% Kostenbeitrag verlangt. Weiter wurde festgelegt, dass ein **kleines Eigenheim** bzw eine Eigentumswohnung künftig als **geschütztes Vermögen** gilt, wenn Ehegatten oder Kinder dafür einen **Wohnbedarf** haben. Bei Vorschreibung des Kostenersatzes ist künftig darauf zu achten, dass **keine unbilligen Härten** für die **unterhaltspflichtigen Angehörigen** entstehen. Zur Vereinheitlichung des Vollzuges und Verhinderung von Härtefällen wurde ein **Beirat** eingerichtet.

#### 2.5.4. Trotz Rechtsanspruch Sozialhilfeantrag zurück gezogen

Nach der **Scheidung** hatte die Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern das Glück, von ihren Eltern ein **kleines Einfamilienhaus** geschenkt zu bekommen, sodass die Wohnung der Familie gesichert war. Da der geschiedene Ehegatte jedoch kaum Unterhalt zahlte und sie wegen der Kinderbetreuung nicht berufstätig sein konnte, hatte sie außer **Familienbeihilfe** und **Kinderzuschuss kein Einkommen** und musste von ihren inzwischen pensionierten Eltern finanziell unterstützt werden.

Nach einem **Sozialhilfeantrag** habe sie ein BH-Mitarbeiter aufgesucht und einen Anspruch von € 400,-- ausgerechnet. Allerdings müsste die **Sozialhilfe pfandrechtlich** auf der Liegenschaft **sichergestellt** und später **zurück bezahlt** werden. Wenn es ihr finanziell besser gehe, könne sie ja die Sozialhilfe zurückzahlen, damit das Grundstück nicht in Anspruch genommen wird. Nach Aussage dieses Beamten könne es ihr gleichgültig sein, was mit dem Grundstück nach ihrem Tod geschieht. Dies habe sie veranlasst, doch **keine Sozialhilfe** in Anspruch zu nehmen. (03 AuBe-445)

Die BH bestätigte, dass sie bei Vorhandensein von **Liegenschaftsvermögen** grundsätzlich **Zurückhaltung** übt. Sozialhilfegewährung **als zinsloses Darlehen** gegen grundbücherliche Sicherstellung stelle **keine** besondere **Härte** dar. Es könne davon ausgegangen werden, dass sie nach Erreichen des arbeitsfähigen Alters der Kinder einer Vollbeschäftigung nachgehen und das Darlehen zurück zahlen kann.

Nach dieser Stellungnahme und Einsicht in den SH-Akt stellte der LVA fest, dass die Antragstellerin gemäß SHG ohne Zweifel **Anspruch auf Sozialhilfe** hat. Die Höhe des Anspruches ist in der SHVO festgelegt und nach dem Aufwand für die Unterkunft sowie Richtsätzen zu bemessen, die **Familienbeihilfe** ist gemäß § 7 Abs 1 lit a SHVO **außer Ansatz zu lassen**.

Wie aus dem Aktenvermerk des Leiters der SH-Abteilung hervor ging, hat die Antragstellerin auf seine Frage erklärt, sie sei eine sparsame Lebensführung gewohnt und komme mit € 900,-- aus. Da sie **mit** Alimenten, **Familienbeihilfe** und Kinderabsetzbetrag etwa € 500,-- hätte, betrage ihr monatlicher Bedarf

noch € 400,--. Dazu stellte der LVA fest, dass offenbar versucht wurde, den **gesetzlichen Rechtsanspruch** auf Sozialhilfe im persönlichen Gespräch und unter **Einrechnung der Familienbeihilfe herunter zu handeln**, wie dies auch schon in anderen Fällen beobachtet werden musste. Derartige **Bazarmethoden** sind **mit den Grundsätzen einer ordentlichen Verwaltung**, welche an die Gesetze gebunden ist, **nicht vereinbar**.

Gemäß § 7 Abs 3 lit c SHVO ist bei der Gewährung der Sozialhilfe **ein kleines Eigenheim**, das dem Hilfsbedürftigen oder dessen Familie als **Unterkunft** dient, **außer Ansatz zu lassen**, wenn die Verwertung eine **besondere Härte** darstellen würde. Diese auf eine **Entschließung des Landtages** beruhende Einschränkung beim Einsatz der eigenen Mittel wird entgegen der Rechtsansicht von Pfeil (Österreichisches Sozialhilferecht, S 405) und der früher geübten Praxis seit einigen Jahren **nicht mehr als geschütztes Vermögen**, sondern nur noch als **Schonvermögen** angesehen und vielfach der SH-Rückersatz pfandrechtl. sichergestellt.

Dies erscheint in jenen Fällen nachvollziehbar, in denen es **zweifelhaft** ist, ob der Sozialhilfebezieher und dessen Familienangehörige **längerfristig auf die Wohnung angewiesen** sind, was bei älteren Bürgern und Heimunterbringung zutreffen mag. Bei einer **jungen Frau mit zwei schulpflichtigen Kindern** ist hingegen davon auszugehen, dass diese längerfristig auf das Eigenheim angewiesen sein werden. Auch hatte sie das Haus anlässlich der Scheidung von ihren Eltern geschenkt bekommen zur Sicherstellung der Unterkunft für sie und die beiden Kinder.

Dass die Eltern als **Geschenkgeber ein Belastungs- und Veräußerungsverbot** eingetragen haben, ist unter diesen Umständen keinesfalls sittenwidrig. Vielmehr wird dadurch auch die **Sozialhilfe entlastet**, welche andernfalls einen wesentlich höheren Wohnungsaufwand (etwa für eine Mietwohnung) zu tragen hätte. Unter diesen Umständen erschien es **nicht gerechtfertigt**, die Gewährung der Sozialhilfe von einer **grundbücherlichen Sicherstellung** abhängig zu machen, zumal die Antragstellerin wegen des Belastungsverbot allein dazu keine Zustimmung geben kann.

Auch wurde die Antragstellerin (nicht nur nach ihren Angaben, sondern auch gemäß AV des Leiters der SH-Abteilung) über die **Rückzahlungspflicht falsch informiert**. Auf das Eigenheim kann selbst bei grundbücherlicher Sicherstellung nur dann gegriffen werden, wenn sie und ihre Kinder darauf nicht mehr zur Sicherstellung ihrer Unterkunft angewiesen sind. Andernfalls kommt gemäß § 9 Abs 1 lit a SHG eine Rückzahlung nur dann in Frage, wenn sie künftig ein ausreichendes Einkommen oder Vermögen erhält. Die Darstellung, es handle sich nur um ein **Darlehen**, welches später **in jedem Fall zurück zu zahlen** sein wird, war daher **nicht korrekt**. Es bestand der Eindruck, dass die Antragstellerin mit dieser **fehlerhaften** und zumindest unvollständigen **Information** zu einem **Verzicht auf den SH-Anspruch bewegt** werden sollte. Der LVA riet der alleinerziehenden Mutter, ihren SH-Antrag aufrecht zu erhalten, und ersuchte die BH, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend darüber zu entscheiden.

Die BH erklärte sich darauf hin bereit, ihren Standpunkt zu überdenken und sprach der Alleinerzieherin schließlich mit **Bescheid laufende Sozialhilfe** zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes zu. Gleichzeitig kündigte sie an, dass die **Sozialhilfe von ihren Eltern zurück gefordert** wird und sie spätestens **bei Antritt der Erbschaft** von ihren Eltern die allenfalls noch nicht zurück erstattete Sozialhilfe jedenfalls zurück zahlen muss. Im Hinblick auf diese Aussichten **verzichtete** sie schließlich trotz Anspruch und positivem Bescheid **auf Sozialhilfe** und verließ sich lieber auf die fallweise Unterstützung ihrer Eltern.

### 2.5.5. Angemessene Begräbniskosten sind aus dem Nachlass zu bestreiten

Der Bewohner eines Pflegeheimes verfügte bei seinem Tod über ein **Guthaben** von € 3.770,-- aus dem von der Sozialhilfe nicht in Anspruch genommenen Teil seiner Pension. Die **Todfallskosten** einschließlich Grabstein von € 5.760,-- waren bis auf € 918,-- durch eine **Sterbeversicherung** gedeckt. Auf Grund von **Zusagen** ihres Gatten erwartete die ebenfalls pflegebedürftige und **auf Sozialhilfe angewiesene Witwe**, das restliche Guthaben für eine benötigte Prothese zu erhalten.

Zur Verlassenschaftsabhandlung waren die Angehörigen nicht geladen. Die **BH erkannte** die verzeichneten **Begräbniskosten nicht an** und erhielt für den bisherigen Sozialhilfeaufwand die gesamten **Ersparnisse „an Zahlungsstatt“** zugesprochen. Die **Witwe** bekam nicht nur **kein Geld** für die Prothese, sondern **wusste nicht** einmal, wie sie die inzwischen eingemahnten **Kosten des Grabsteins bezahlen** sollte. (bMP-063)

Zum Versprechen ihres verstorbenen Gatten, ihr die Ersparnisse zukommen zu lassen, musste der LVA darauf hinweisen, dass **keine gültige letztwillige Verfügung** vorliegt, sie aber bei entsprechendem Bedarf einen SH-Antrag auf Finanzierung der Prothese stellen kann.

Nach Mitteilung der **BH** wird bei Gewährung von Sozialhilfe üblicherweise ein Betrag von € 2.900,-- zur Abdeckung der Todfallskosten freigelassen. Da erfahrungsgemäß ein **ortsübliches Begräbnis** bis zu € 4.360,-- kostete, werde trotzdem dieser deutlich höhere Betrag anerkannt. Da die **Kosten € 1.400,-- über dem Richtwert** lagen, könne die Sozialhilfe trotz des Umstandes, dass der größere Teil durch eine Versicherung gedeckt ist, auf Grund des **Sparsamkeitsgrundsatzes nicht** auf diesen Kostenersatz **verzichten**. Wenn sich durch den „**Nichtverbrauch**“ des **Taschengeldanteiles** der Pension ein Vermögen ergebe, könne dieses – spätestens im Zuge der Verlassenschaft – als **Kostenersatz** für die Sozialhilfe in Anspruch genommen werden.

Gemäß **§ 549 ABGB** sind die **Kosten eines ortsüblichen**, dem Stande und Vermögen des Verstorbenen angemessenen **Begräbnisses aus dem Nachlass** des Verstorbenen **zu bestreiten**. Nur soweit dieser nicht ausreicht, haben jene Personen dafür aufzukommen, die dem Verstorbenen gegenüber unterhaltspflichtig waren. Wenn auch auf diese Weise die Bestattungskosten nicht gedeckt werden können, besteht die **Leistungspflicht der Sozialhilfe**, die aber **nur** die Kosten **einer einfachen Bestattung** zu tragen hat (§ 7 SHG). Diese Einschränkung gilt nur, wenn die Sozialhilfe tatsächlich dafür aufzukommen hat, was hier nicht zutraf, da diese im Nachlass (samt Versicherung) Deckung fanden. Angesichts der verzeichneten Todfallskosten konnte zwar nicht von einem „Armenbegräbnis“, ebenso wenig aber von einem unangemessenen „Luxusbegräbnis“ ausgegangen werden. Gemäß **§ 549 ABGB** sind die **Kosten somit aus dem Nachlass zu bestreiten**.

Gemäß **§ 11 Abs 3 SHG** hat die **BH** über den Kostenersatz nach **§ 9 und 10 SHG** – soweit kein Vergleich zustande kommt – im Verwaltungsweg zu entscheiden. Für den **Sozialhilfe-Rückersatz** lag **kein rechtsgültiger Titel** vor und wurde die Forderung auch von den in Frage kommenden Erben nicht anerkannt. Die **Vorgangsweise der BH** im Verlassenschaftsverfahren – Geltendmachung einer Forderung ohne Entscheidung über die Höhe des Rückersatzes sowie Bestreitung der Todfallskosten – war daher **gesetzlich nicht gedeckt**. Zur Beseitigung des festgestellten Missstandes schlug der LVA vor, den von der Versicherung nicht gedeckten Teil der Todfallskosten zur Bezahlung der offenen Rechnung zu überweisen.

Die **BH überwies** nach Erwirkung eines Gerichtsbeschlusses schließlich den Betrag von € 918,-- an die Witwe zur Bestreitung der **offenen Rechnung für den Grabstein**. Einen finanziellen Zuschuss zum Selbstbehalt der Prothese und einer Brille lehnte sie jedoch ab unter Hinweis auf die frei bleibenden Anteile der Pension der Witwe.

## 2.5.6. Vom Schicksal geschlagen – Amtsarzt zeigt wenig Sensibilität

Bei Überprüfung der mitunter wohlwollenden **Pflegegeldgutachten** mancher Hausärzte kam ein **Amtsarzt** mehrmals zu einer **niedrigeren Pflegeeinstufung**. Beschwerden betroffener Bürger betrafen nicht nur die Einstufung, sondern vor allem den **Umgang des Amtsarztes** mit vom Schicksal schwer getroffenen Menschen.

Einem Tischler war bei Holzarbeiten eine **Hand abgetrennt** und in einer aufwändigen Operation wieder **angenäht** worden, blieb aber in ihrer **Funktion** erheblich **eingeschränkt**. Er konnte weder seinen Beruf ausüben noch manche Verrichtungen zu Hause ausführen und benötigte Therapien, Lymphdrainagen und andere Behandlungen. Betreut wurde er zu Hause von seiner Gattin. Über Anraten des Hausarztes **beantragte** er die Gewährung eines **Pflegegeldes**.

Der Amtsarzt, dem die vom Hausarzt ermittelte **Pflegestufe 4 zu hoch** erschien, suchte ihn zu Hause auf und ging das Pflegegeldgutachten **in allen Details** durch. Im Ergebnis sah er nur ein Pflegegeld der **Stufe 2** als **gerechtfertigt** an. Der Tischler und seine Gattin fanden nicht nur die niedrige Einstufung ungerechtfertigt, sondern fühlten sich durch manche **Äußerungen** und allzu detaillierte Fragen erniedrigt. (03 bMP-020)

Der Bezirkshauptmann übermittelte eine ausführliche **Stellungnahme des Amtsarztes**, der sowohl seine Vorgangsweise wie auch das Ergebnis seines Gutachtens rechtfertigte. Der **Hausarzt** habe Positionen **doppelt berücksichtigt**, therapeutische Maßnahmen seien nach der Rechtsprechung nicht zu berücksichtigen. Aus **eigener Erfahrung** könne er beurteilen, dass manche Verrichtungen **auch mit einer Hand** möglich sind. Abschließend bemerkte er, dass die Leute zur **Selbstdefinition** ihrer **Pflegebedürftigkeit** und zu einer Selbsteinstufung nach ihrem Empfinden neigen und dann **aurasten**, wenn es nicht nach ihren Vorstellungen gehe, und führte dazu aus:

„Im übrigen wird der **allgemeine Trend** festgestellt, dass die **jüngeren Leute** (etwa ab Jg 1955) zunehmend **begehrlicher, frecher, hemmungsloser und respektloser** werden, aber auch **empfindlicher** und nicht mehr tragfähig. Sie mucken sofort auf, wenn ihnen etwas nicht passt oder wenn man ihrer Meinung nach versucht, sie in **vermeintlichen Rechten** zu beschneiden. Wenn man eine **Sache objektiv, wahrhaftig und gerecht** beurteilen will, werden sie oft persönlich und ungehalten, **drohen mit Hinz und Kunz, mit Medien und LVA**. Sie können nicht mehr unterscheiden und finden kein rechtes Maß.....“  
Der **LVA** werde „**gut beraten** sein, derartige Anzeigen sehr kritisch und mit Vorbehalt zu betrachten, um sich **nicht von dieser Art Menschen missbrauchen** zu lassen.“

Der **LVA** hat noch selten eine derart **überhebliche** und **selbstgerechte** Stellungnahme eines Behördenvertreter erhalten. Auch wenn öffentlich Bedienstete mitunter mit schwierigen Situationen und Menschen konfrontiert werden, stellt sich die Frage, ob eine derartige Einstellung gegenüber den Bürgern mit jenem **Leitbild** und Selbstverständnis zu **vereinbaren** ist, welches der **Vorarlberger Landesdienst** für sich in Anspruch nimmt.

Wenig Sensibilität zeigten mehrere, übereinstimmend angegebene Äußerungen des Amtsarztes: So erklärte er zum Hinweis, bestimmte Verrichtungen seien allein nicht möglich, das „**mache das Kraut auch nicht mehr fett**“; wenn er meinte, der Betroffene **vergeude** bei Beschwerden **nur seinen Krankenstand** oder er sich nach allen Details der Reinigungsmöglichkeit bei **Verrichtung der Notdurft** erkundigte. Auch wenn dies sachlich begründbar sein mag, erscheint auch ein **Vergleich nicht angebracht** zwischen seiner Erfahrung, als er vorüber gehend mit einer Hand im Gips bestimmte Tätigkeiten mit der anderen Hand verrichten musste, und der Situation jenes Mannes, der nach dem Verlust und dem Annähen einer Hand nicht weiß, ob er sie je wieder voll gebrauchen kann. Angesichts dieses Unfalles, welcher bei seinem Beruf zum **Verlust** oder wesentlichen Einschränkung **der wirtschaftlichen Existenz** führen kann, muss von einem öffentlich Bediensteten und gerade von einem Arzt ein verständnisvoller und **sensibler Umgang** erwartet werden.

Ein **krebskranker junger Mann** wurde zunehmend schwächer, litt an Schmerzen, Übelkeit und Brechreiz, musste künstlich ernährt und auf jedem Weg ins Krankenhaus oder zum Arzt begleitet werden. Die in Pension befindlichen Eltern mussten rund um die Uhr für ihn erreichbar sein, um auf telefonische Klopfzeichen zu reagieren, da er nicht mehr sprechen konnte. Die **Hausärztin** nahm auf Grund des tatsächlichen Zeitaufwandes der pflegenden Eltern Pflegestufe 3 an, schlug jedoch ein **Pflegegeld der Stufe 2** vor mit dem Hinweis, dass dies problemlos bewilligt werden müsste. Bei Unklarheiten möge der Amtsarzt mit ihr Kontakt aufnehmen.

Statt dessen suchte der Amtsarzt den schwerkranken jungen Mann zu Hause auf. Nach Darstellung der Eltern sei er vom Amtsarzt **eingehend untersucht**, von verschiedenen Seiten begutachtet und abgetastet worden, was mit großen **Schmerzen** verbunden gewesen sei. Hinsichtlich der für den Sohn möglichen Verrichtungen habe der Amtsarzt **Suggestivfragen** gestellt, zu denen dieser (da er nicht sprechen kann) **nur genickt** habe. Auf diese Art und Weise sei es zu einer **Rückstufung** in die Pflegestufe 1 gekommen.

Die Eltern wandten sich wegen des Verhaltens des Amtsarztes an den **Bezirkshauptmann**. Dieser erklärte, er könne wegen der Rückstufung nichts unternehmen, werde jedoch mit dem Amtsarzt sprechen.

Nachdem sie vom Bezirkshauptmann nichts mehr gehört hatten und das Verhalten dieses Amtsarztes Gegenstand medialer Berichterstattung war (zum oben geschilderten Fall), wandten auch sie sich an den LVA. Auf Grund der Verschlechterung des Gesundheitszustandes benötige ihr Sohn zur Schmerzbekämpfung morphinhaltige Medikamente, wofür die Bewilligung durch den Amtsarzt erforderlich sei. Sie **befürchteten**, dass dieser **Amtsarzt neuerlich ins Haus** komme und ihren Sohn wiederum auf diese Art und Weise behandle. Noch vor Abschluss der Prüfung (03 bMP-113) verstarb der junge Mann.

Der **Bezirkshauptmann** betonte, dass er nach der Vorsprache der Eltern, denen sein Respekt und Mitgefühl gelte, umgehend mit dem Amtsarzt gesprochen habe. Die fachlichen **Begründungen** seien **plausibel** und nachvollziehbar gewesen. Dieser **Amtsarzt nehme** seine **Aufgabe** sehr **ernst** und gehe nicht den bequemen Weg des geringsten Widerstandes. Zur Frage des Umganges habe er aufgezeigt, dass in solch tragischen Fällen die **Betroffenen besonders verletzlich** sind und eine **besondere Sensibilität** erforderlich ist. Auf seine Veranlassung habe der Amtsarzt bereits eine Stellungnahme verfasst.

Auch in dieser sah der **Amtsarzt keinen Grund für Kritik** an seinem Verhalten und **Fehlverhalten** nur bei den von ihm untersuchten **Bürgern**, deren **Angehörigen** und **Ärzten**. Auch wies er den Vorwurf von Suggestivfragen zurück; er habe vielmehr einfache mit Ja oder Nein zu beantwortende Fragen gestellt, weil der Patient nicht in der Lage gewesen sei zu sprechen, sich aber schriftlich habe verständigen können. Die Befragung sei nicht zu umgehen gewesen, um Klarheit über das Ausmaß der erforderlichen Hilfe zu schaffen. Ein sachliches Gespräch mit der **Hausärztin** sei nicht möglich gewesen, da diese **emotional** und **beleidigend** reagiert hätte. Es sei schwer, den Einwänden der sehr emotionalen Eltern und der offensichtlich für die Eltern Partei ergreifenden, ebenfalls emotionalen Hausärztin gerecht zu werden, wenn der **Betroffene selbst** sich **weniger pflegebedürftig** gibt als ihn die Eltern und die Hausärztin sehen wollen.

Der **LVA** appellierte angesichts dieser Einstellung an den Bezirkshauptmann darauf **hinzuwirken**, dass dieser Amtsarzt künftig ein **sensibleres Verhalten** an den Tag legt, und die Möglichkeit zu prüfen, durch amtsinterne Verteilung der Aufgaben dafür Sorge zu tragen, dass **in kritischen Fällen** ein **anderer Arzt** zur Befundaufnahme herangezogen wird, der sich in andere Menschen und persönlich schwierige Situationen besser einfühlen und entsprechend verhalten kann.

### 2.5.7. Pflegegeldverfahren wurden unnötig verzögert

Der Ehegatte, selbst bereits Mitte 70, hatte seine pflegebedürftige **Gattin jahrelang zu Hause betreut**. Als dies nach einem Unfall der Gattin und dem deutlich höheren Pflegebedarf nicht mehr möglich war, wurde sie in ein **Pflegeheim** aufgenommen und die **Erhöhung des Pflegegeldes** beantragt, gemäß Gutachten des Hausarztes auf Stufe 5. Der **Amtsarzt** war der Meinung, einzelne Punkte des Gutachtens seien **doppelt angekreuzt** worden, auf Grund der errechneten Stundenanzahl stehe **trotzdem ein Pflegegeld der Stufe 5** zu. Dennoch wurde „zur Vermeidung späterer Missverständnisse“ eine **Korrektur des Gutachtens** sowie eine ausdrückliche **Anerkennung** des Ehegatten hinsichtlich der angeblich falsch markierten Punkte **verlangt**. Der Ehegatte war jedoch der Ansicht, dass sogar noch ein höheres Pflegegeld gerechtfertigt wäre. (03 bMP-080)

Für den LVA war nicht nachvollziehbar, warum über den **Pflegegeldantrag nahezu 5 Monate nicht entschieden** wurde, obwohl der Amtsarzt die Einstufung (trotz Differenz in einzelnen Punkten) als berechtigt ansieht. Sowohl eine **ergänzende Stellungnahme** des Hausarztes wie auch das **Einverständnis des Ehegatten** zur Einrechnung von 2 markierten Punkten im Pflegegeldgutachten ist **irrelevant** angesichts des Umstandes, dass unabhängig davon jedenfalls die Pflegestufe 5 zusteht. Solange kein Antrag auf eine höhere Einstufung gestellt wird, was ohnehin durch ein ergänzendes Gutachten abzuklären ist, **reicht das Ermittlungsverfahren** für eine Entscheidung (ohne unnötigen Aufschub gemäß § 73 AVG) **aus**. Die allfällige Vermeidung späterer Missverständnisse kann kein Grund sein, die Entscheidung weiter zu verzögern. Einen Tag nach dieser Stellungnahme des LVA wurde endlich durch **Bescheid** das Pflegegeld (bisher Stufe 2) auf Stufe 5 erhöht.

Mit einem **Pflegegeldgutachten** des behandelnden Facharztes im LKH Rankweil wurde Anfang 2002 Landespflegegeld beantragt. Einen Monat später forderte der **Amtsarzt** den Gutachter auf, einzelne Punkte zu **ergänzen** und zu **überprüfen**. Dieser lehnte ab und verwies auf das bereits erstellte Gutachten. Darauf hin **forderte** die BH die **Antragstellerin auf**, ein **weiteres Pflegegeldgutachten** bei einem praktischen Arzt oder einem Facharzt für Psychiatrie/Neurologie einzuholen. Bis zum Einlangen des neuen Gutachtens werde das **Verfahren** zur Gewährung des Landespflegegeldes **ausgesetzt**.

Die psychisch kranke Antragstellerin legte **kein neues Gutachten** vor, erst über Nachfrage des LVA wurde die Hausärztin ersucht, ein weiteres Pflegegeldgutachten zu erstellen. Auch zu diesem verlangte die BH eine ergänzende Stellungnahme. (03 bMP-001)

Der LVA räumte ein, dass die **Verzögerung** des Verfahrens nicht ausschließlich der Behörde anzulasten ist, zumal die Antragstellerin auf die Aufforderung der BH nicht reagiert hatte. Gemäß § 15 L-PGG ist der Anspruchswerber verpflichtet, einer schriftlichen Aufforderung zum Erscheinen zu einer ärztlichen Untersuchung zu entsprechen, sich auf Verlangen einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen und die zur Durchführung eines Verfahrens unerlässlichen Angaben zu machen.

Das **Gesetz sieht** jedoch **nicht vor**, dass der Anspruchswerber selbst ein ärztliches Gutachten vorzulegen oder ein bereits vorgelegtes Gutachten zu ergänzen oder gar **mehrere Gutachten vorzulegen** hat. § 16 Abs 1 L-PGG sieht auch die Bestellung von Amtssachverständigen vor. Die Tatsache, dass die Antragstellerin zunächst kein zweites Gutachten vorgelegt hat, enthebt die Behörde nicht von ihrer Entscheidungspflicht.

Nach Ergänzung des zweiten Pflegegeldgutachtens teilte die BH schließlich **im April 2003** mit, dass der Antragstellerin nun ein **Pflegegeld** der Stufe 4 **rückwirkend** ab **November 2001** bewilligt wurde.

### 2.5.8. Ablehnung des Heizkostenzuschusses bleibt unverständlich

Eine **Mindestrentnerin** hatte 2 Jahre lang den **Heizkostenzuschuss** erhalten. Als sie im Spätwinter 2003 neuerlich deswegen vorsprach, wurde sie gefragt, ob sie Kinder habe. Obwohl ihre **zwei Kinder im Ausland** leben und sie in keiner Weise finanziell unterstützen, wurde der Zuschuss **abgelehnt**. Ihr Nachbar, ebenfalls Mindestrentner, jedoch ohne Kinder, bekam hingegen den Zuschuss. (03 bMP-029)

Die Gemeinde verwies auf die **Richtlinien** des Landes: Es dürften **keine unterhaltspflichtigen Angehörigen** (Ehepartner, Eltern oder Kinder) im selben Haushalt oder in einem anderen in- oder ausländischen Haushalt vorhanden sein, die in der Lage wären, einen Beitrag zu leisten. Da die beiden Söhne berufstätig seien, entspreche die Ablehnung den Richtlinien.

Die **Ablehnung** durch den Sachbearbeiter konnte vom LVA **nicht als Missstand festgestellt** werden, da sie tatsächlich den Richtlinien entsprach. Allerdings bedauerte der LVA, dass die Gewährung von **Heizkostenzuschüssen** an bedürftige Mitbürger gegenüber den Vorjahren so stark **eingeschränkt** wurde, dass viele nicht mehr in den Genuss des Zuschusses kommen.

Es entspricht der sozialpolitischen Linie des Landes, **Sozialhilfeleistungen** (wie auch den Heizkostenzuschuss) **nur subsidiär** zu gewähren, wenn der Lebensunterhalt weder aus ausreichendem Vermögen oder Einkommen noch im Rahmen der Unterhaltspflicht von Angehörigen bestritten werden kann. Die Regelung des Ausschlusses vom Heizkostenzuschuss geht jedoch über die im SHG sowie im ABGB festgelegte Unterhaltspflicht hinaus. Im Allgemeinen gelten Personen, die über ein Einkommen in Höhe des **Ausgleichszulagenrichtsatzes** verfügen und nicht außergewöhnliche Aufwendungen (wie etwa für Heimpflege) haben, als **selbsterhaltungsfähig** und haben Anspruch auf Unterhalt gegenüber Angehörigen nur dann, wenn diese über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügen.

Die Richtlinien zum **Heizkostenzuschuss** führen somit dazu, dass dieser **auch** in Fällen **verweigert** wird, in denen die betroffene Person gar **keinen durchsetzbaren Unterhaltsanspruch** auf Bezahlung der Heizkosten gegenüber Angehörigen hätte. Dennoch wurde diese Regelung auch in den Folgejahren beibehalten.

### 2.5.9. Kleine Witwenpension, weil Unterhalt wegen Heimkosten des Exgatten gekürzt

Die **geschiedene Gattin** eines **pensionierten Lehrers** erhielt gemäß gerichtlichem Vergleich 50% seiner Pension als **Unterhalt**. Als der Exgatte nach einem Hirnschlag in einem **Pflegeheim** untergebracht werden musste, klagte dessen Rechtsvertreter auf **Herabsetzung des Unterhaltes**. Zwischen den Rechtsanwältinnen wurde – in Abwesenheit der geschiedenen Eheleute – vor Gericht ein bedingter Vergleich geschlossen auf Herabsetzung des monatlichen Unterhaltes auf ATS 4.000,--. Nach einem Gespräch mit dem Familienrichter nahm die Gattin an, dass ihr Unterhalt nur so lange geringer ausfalle, als ihr geschiedener Mann im Pflegeheim ist, und sie **nach** dessen **Tod** die normale **Witwenpension** bekommen werde. Sie sah deshalb von einem Widerruf des Vergleiches ab, welcher rechtskräftig wurde.

Als sie nach dem Tod des geschiedenen Gatten um Pension ansuchte, wurde ihr von der Landesregierung nur eine **Pension** in der **Höhe des letzten Unterhaltes** von ATS 4.000,-- (€ 290,70) zugesprochen. (03 bMP-046)

Gemäß § 19 Abs 1 **PensionsG** gelten die Bestimmungen über den **Versorgungsanspruch** des überlebenden Ehegatten und über das Ausmaß seiner Versorgung sinngemäß für den früheren Ehegatten des verstorbenen Beamten, wenn dieser zur Zeit seines Todes auf Grund eines gerichtlichen Urteiles, eines gerichtlichen Vergleiches oder einer vor der Auflösung schriftlich eingegangenen Verpflichtung für den Lebensunterhalt seines früheren Ehegatten aufzukommen oder dazu beizutragen hatte. Gemäß § 19 Abs



4 PensionsG darf der **Versorgungsbezug** die **Unterhaltsleistung**, auf die der frühere Ehegatte gegen den verstorbenen Beamten an dessen Sterbetag Anspruch gehabt hat, **nicht übersteigen**.

Dem LVA ist bewusst, dass die **gesetzliche Regelung** der Versorgung von Ehegatten nach der Scheidung mitunter zu **großen Härten** führt. In diesem Falle war die geschiedene Gattin lange Zeit verheiratet, hatte die Kinder groß gezogen und nebenbei noch gearbeitet, um zum gemeinsamen Unterhalt beizutragen. Die Möglichkeit, **Pensionsansprüche** für geschiedene Ehegatten, welche bisher den Haushalt geführt haben, **zu splitten**, ist nur Gegenstand **politischer Diskussionen** und **nicht geltendes Recht**. Im konkreten Fall konnte die Landesregierung nur auf Grund der geltenden Gesetze entscheiden, auch die Rechtmäßigkeit des abgeschlossenen Vergleiches inhaltlich nicht überprüfen und ihr daher gar keinen höheren Versorgungsanspruch zuerkennen als er dem zuletzt geltenden Unterhaltsvergleich entspricht. Der LVA konnte daher die **Entscheidung** der Landesregierung **nicht in Kritik ziehen** und nur bedauern, dass die gesetzliche Regelung zu einer großen Härte führt.

Ob ihre Entscheidung, den letzten Unterhaltsvergleich zu akzeptieren, auf einer unrichtigen, unvollständigen oder falsch verstandenen **Rechtsbelehrung** des Familienrichters beruhte, konnte vom LVA nicht geprüft werden und lehnte auch die Volksanwaltschaft eine Überprüfung ab, da es sich um eine Angelegenheit der Rechtsprechung handelt. Die Bürgerin konnte nur auf die Möglichkeit hingewiesen werden, im Falle einer tatsächlich falschen Rechtsauskunft und eines dadurch entstandenen Schadens ein Amtshaftungsverfahren gegen die Republik Österreich einzuleiten.

#### 2.5.10. Herstellung des rechtmäßigen Zustandes rechtlich leider nicht möglich

Im Jahre 1987 wurde nach § 9 Landes-ForstG die **Aufforstung** eines Grundstückes mit der Auflage **bewilligt**, einen 3 m breiten **Grenzstreifen** von der Neubewaldung **frei zu halten**. Unter diesen Voraussetzungen hatten sich auch die Nachbarn mit der Aufforstung einverstanden erklärt. Tatsächlich hielt sich der Grundeigentümer nicht an den Bescheid und pflanzte bis an die Grenze hoch wachsende Bäume, deren Schatten die landwirtschaftliche Nutzung des Nachbargrundstückes beeinträchtigte. Als sich die Nachbarn deshalb an die Forstbehörde wandten, stellte der Waldaufseher fest, dass der vorgeschriebene 3-Meter **Streifen** an der Grundgrenze **nicht eingehalten** wurde und **Bäume** sowie Äste sogar **über die Grenze** ragten. Ohne **Rodungsbewilligung** könne aber eine Entfernung dieser Bäume nicht vorgeschrieben werden. (02 AuBe-493)

In ihrer Stellungnahme bestätigte die **BH** sowohl die Auflage hinsichtlich der Freihaltung des Grenzstreifens von der Neubewaldung wie auch die Tatsache, dass diese **Auflage nicht eingehalten** worden ist. Durch die inzwischen entstandene **Bestockung bis an die Grenze** sei die Aufforstung nunmehr jedoch als **Wald im Sinne des ForstG** des Bundes anzusehen. Eine Vorschreibung der **Wiederherstellung** des rechtmäßigen Zustandes gemäß Bescheid der **BH** (Freihaltung eines 3 m breiten Grundstreifens) sei daher **nicht möglich**, da hierzu eine Rodungsbewilligung nach dem ForstG des Bundes erforderlich wäre.

Im Ergebnis konnte der mit rechtskräftigem Bescheid nach dem Landes-ForstG vorgeschriebene rechtmäßige Zustand nicht hergestellt werden, weil das Roden der Bäume dem ForstG des Bundes widersprochen hätte. Dass es im **bundesstaatlichen System** mitunter zu derartigen **Widersprüchen** zwischen rechtlichen Regelungen auf verschiedenen Ebenen kommt, hat der LVA schon öfter festgestellt und dazu auch grundsätzliche Überlegungen angestellt (Tätigkeitsbericht 2001, Kap 1 „Das Scheuklappensyndrom“).

Der Waldbesitzer erklärte sich schließlich bereit, für einen **2 m breiten Grundstreifen** eine Rodungsanmeldung vorzunehmen, welche von der Forstbehörde nach § 17a des ForstG des Bundes zur Kenntnis genommen wurde. Dadurch konnte zumindest ein 2 m breiter Streifen gerodet und damit der Auflage wenigstens **teilweise entsprochen** werden.

### 2.5.11. Trotz ausdrücklicher Genehmigung zum Fischen mit drei Schnüren bestraft

Ein seit vielen Jahren begeisterter **Fischer** verfügte über Fischereikarten für mehrere Gebiete. In einer der **Fischereikarten**, ausgestellt vom Fischereiberechtigten, wurde ihm ausdrücklich die Erlaubnis erteilt „zur **Angelfischerei** vom Ufer aus (**nicht mehr als 3 Schnüre**)“ in einem bestimmten Gebiet. Nach anderen Fischereikarten dürfen Angelgeräte höchstens 2 Anrissstellen (Angelhaken) aufweisen.

Als er in jenem Uferbereich, für den die Erlaubnis des Fischereiberechtigten galt, mit 3 Schnüren fischte, wurde er vom **Fischereiaufseher** betreten. Dieser strich den Klammerausdruck „nicht mehr als 3 Schnüre“ durch und erstattete **Anzeige**. Die BH verhängte wegen des Verstoßes gegen § 17 Abs 5 der Verordnung über die Ausführung der Fischerei im Bodensee eine **Geldstrafe** von € 50,--. (03 bMP-055)

Gemäß ihrer Stellungnahme war der **BH** bekannt, dass ein Fischereiberechtigter seit längerer Zeit **Erlaubnisscheine** für das **Angelfischen mit 3 Ruten** ausstellt, obwohl dies im **Widerspruch** zur **Bodenseefischereiverordnung** steht. Trotz mehrfacher Aufforderung dies zu unterlassen, habe dieser weiterhin Anglerkarten mit gesetzwidrigen Hinweisen ausgegeben.

Aus diesen Gründen sei der **Fischereiaufseher** gezwungen, Angler in diesem Fischereirevier immer wieder **aufzuklären** und **abzumahn**en. **Anzeigen** erfolgten **nur im Wiederholungsfalle** oder bei Überzeugung, dass der beanstandete Angler die gesetzlichen Bestimmungen kennt und **bewusst dagegen verstößt**. Im konkreten Falle sei man auf Grund der langjährigen Erfahrung dieses Fischers, der auch Fischerkarten anderer Reviere und die Fischereiprüfung abgelegt habe, davon ausgegangen, dass er die gesetzlichen Bestimmungen kennt.

Der LVA betonte, dass die **Konflikte** zwischen Fischereibehörde und einem Fischereiberechtigten **nicht auf dem Rücken der einzelnen Fischer** ausgetragen werden sollten. Diese dürften auf die Genehmigung in der Fischerkarte **vertrauen**, selbst wenn diese der Verordnung widerspricht. Im Zweifelsfall liegt ein geradezu klassischer **Anwendungsfall** des § 29 Abs 1 VStG (**Ermahnung**) vor. Nach der vom betroffenen Fischer selbst eingebrachten Berufung begnügte sich die BH auch damit, eine Ermahnung auszusprechen.

## 2.6. Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden

### 2.6.1. Altes Bauernhaus kann gemäß Bestandsregelung doch noch renoviert werden

Ein vor Erlassung des Flächenwidmungsplanes errichtetes Wohn- und Wirtschaftsgebäude war **bis 1990 bewohnt**. Die als **Freifläche/Landwirtschaftsgebiet** gewidmete Liegenschaft übernahm nach dem Tod der Tante ein Landwirtehepaar. Die Liegenschaft bewirtschaftete es selbst, das Gebäude nutzte es nur teilweise. Als deren Tochter 1994 zur Hausstandsgründung mit ihrem Ehemann das Gebäude **renovieren** wollte, wurde dies auf Anfrage wegen der **Widmung** und der **fehlenden Kanalisation** sowie des schlechten (abbruchreifen) Zustandes **abgelehnt**, worauf das junge Ehepaar eine andere Wohnmöglichkeit suchte.

Nach Errichtung eines Abwasserkanals in unmittelbarer Nähe erkundigten sich die Eigentümer 2002 neuerlich nach der **Möglichkeit**, das **alte Bauernhaus** wieder **bewohnbar** zu machen. Die **ABB** stellte sich nach Rücksprache mit der Fachabteilung des Landes auf den Standpunkt, die Nichtbenutzung des Wohnteiles seit 1990 stelle angesichts der Weiterbenutzung des Wirtschaftsteiles samt Strom- und Wasserbezug **keine Unterbrechung der** rechtmäßig ausgeübten **Nutzung** dar. Die **Baubehörde** hingegen sah - ebenfalls unter Berufung auf eine Rechtsauskunft der LReg - die Voraussetzungen für eine **Wiederaufnahme** der Wohnnutzung als **nicht mehr gegeben** an, da das Gebäude seit mehr als 7 Jahren **unbewohnbar** sei. (03 AuBe-088)

Der LVA machte die Eigentümer auf die Möglichkeit der rechtlichen Klärung durch einen Antrag auf **Baugrundlagenbestimmung** (§ 3 BauG) aufmerksam, bot jedoch auch an, angesichts der **widersprüchlichen Auskünfte** verschiedener Dienststellen die rechtlichen **Voraussetzungen** für die Wiederaufnahme der Wohnnutzung gemäß **Bestandsregelung** (§ 58 RPG) **abzuklären**.

Nach einem **Ortsaugenschein** mit den Eigentümern sowie Vertretern der Baubehörde, der Raumplanungsabteilung des Landes, dem Amtssachverständigen des Landeshochbauamtes sowie einem Vertreter der ABB ging auch der LVA davon aus, dass die Voraussetzungen zur Errichtung eines landwirtschaftlichen Wohngebäudes gemäß § 18 Abs 3 RPG nicht vorliegen. Hingegen konnte der LVA die von der Baubehörde vertretene Rechtsansicht, durch das **bloße Nichtbewohnen** durch mehr als 7 Jahre käme die Bestandsregelung des § 58 RPG nicht mehr zur Anwendung, nicht teilen. Die Erläuternden Bemerkungen und die Beratungen im Landtag geben dazu keinen Aufschluss, der Gesetzestext führt hinsichtlich der Unterbrechung der rechtmäßig ausgeübten Nutzung als Beispiel ausdrücklich an: „Abbruch, Brand u. dgl.“ Dies ist ein klarer Hinweis, dass **nicht** auf die **Unterbrechung der tatsächlichen Nutzung** abgestellt wird, sondern auf die **Benützbarkeit**, welche nach einem Abbruch oder Brand nicht mehr gegeben ist.

Im vorliegenden Falle mag der **Zustand** des Hauses **schlecht** sein, das **Gebäude steht** jedoch. Einen Hinweis, dass **nicht nur** auf die **tatsächliche Wohnnutzung** abzustellen ist, gibt auch § 58 Abs 2 RPG, wonach sogar ein Ausbau des an den Wohnteil unmittelbar anschließenden Wirtschaftsteiles zulässig ist. Eine schlechte Optik für die Baubehörde ergab sich auch daraus, dass 1994, als die **Bestandsregelung** **jedenfalls anzuwenden** gewesen wäre, eine Baubewilligung für die Renovierung in den Beratungsgesprächen abgelehnt und nun damit argumentiert wurde, die 7-Jahresfrist des § 58 RPG sei abgelaufen.

Der **Amtssachverständige** bestätigte auf Grundlage des gemeinsamen Ortsaugenscheines, angesichts der vorhandenen (wenn auch sanierungsbedürftigen) **Bausubstanz** könne von einer **Bewohnbarkeit** ausgegangen werden. Darauf hin anerkannte auch die **Baubehörde**, dass die zur Zeit der Erlassung des Flächenwidmungsplanes stattgefundenene rechtmäßig ausgeübte Wohnnutzung nicht als unterbrochen anzusehen und daher eine **Renovierung** zur Nutzung als Wohngebäude **zulässig** ist.

## 2.6.2. Nachbarrechte durch allzu vereinfachtes Bauverfahren missachtet

Die Möglichkeit des **Verzichtes** auf eine **Bauverhandlung** nach dem neuen Baugesetz 2001 veranlasst manchen Bürgermeister allzu unbürokratisch vorzugehen, ohne die **Rechte der Nachbarn** zu beachten. So beschwerte sich ein Grundeigentümer, dass seinem Nachbarn für die Errichtung eines Gartenhauses sowohl eine **Abstandsnachsicht** (bis auf 58 cm) wie auch eine **Baubewilligung** erteilt, ihm jedoch nicht einmal die Möglichkeit eingeräumt wurde, Einwendungen vorzubringen. Es sei weder eine Bauverhandlung durchgeführt noch ihm die **Möglichkeit einer Stellungnahme** gegeben worden. (03 BMP-047)

Nachdem der LVA den **Bürgermeister** auf die gesetzlichen Bestimmungen zur **Wahrung der Nachbarrechte hingewiesen** hatte, bemerkte dieser in seinem Antwortschreiben, dass dieses Gartenhäuschen „**recht viel Juristerei ausgelöst**“ habe. Weniger die Verfahrensmängel bereiteten ihm Sorge als die Tatsache, dass mit dem Gesetz möglicherweise alte **Rechnungen privater Natur** beglichen werden. Er sei ein Verfechter von § 39 AVG - Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis - und sehe nicht, welche neuen Erkenntnisse eine Bauverhandlung an Ort und Stelle mit Ausstecken des Bauvorhabens bringen könnte.

Dem LVA ist bewusst, dass Baubehörden und LVA vielfach wegen **Nachbarschaftskonflikten** angerufen werden und **Bauverfahren** oder nicht bewilligte Bauten dazu den **Anlass** bieten. Dennoch ist die Vorgangsweise, im Hinblick auf die Kleinheit des Bauvorhabens grundlegende **Verfahrensvorschriften**, wie die Gewährung des Parteiengehörs, zu **missachten**, weder richtig noch zielführend. Gerade unter dem Aspekt der **Zweckmäßigkeit** und **Raschheit** des Verfahrens erscheint die Vorgangsweise verfehlt.

Gemäß Baubewilligungsbescheid hatte der Bürgermeister einen **Augenschein** durchgeführt, jedoch **ohne mündliche Verhandlung**. Unter Beachtung der Grundsätze von Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis wäre es wesentlich zielführender gewesen, den Augenschein mit einer mündlichen Verhandlung zu verbinden und die Nachbarn zu dieser Verhandlung einzuladen. Diese hätten die Möglichkeit gehabt, allfällige Einwendungen vorzubringen und andernfalls ihre Parteistellung verloren.

Eine **Verhandlung** an Ort und Stelle hätte die Möglichkeit eröffnet, auf **Einwendungen** einzugehen, allenfalls zwischen den Nachbarn **Kompromisse** zu schließen und ein **Einvernehmen** herzustellen und darüber verbindliche **Vereinbarungen** zu treffen. Gerade wenn es unsicher ist, ob ein Nachbar einem Bauvorhaben zustimmt und dadurch Nachbarrechte beeinträchtigt werden können – was im Falle einer erforderlichen Abstandsnachsicht jedenfalls anzunehmen ist – erscheint unter Berücksichtigung der Grundsätze des § 39 Abs 2 AVG die Durchführung einer **mündlichen Verhandlung** an Ort und Stelle meistens **zielführender**.

Ein Bauvorhaben zu bewilligen, den Nachbarn **nicht einmal Parteiengehör** zu gewähren und einer Miteigentümerin eines Nachbargrundstückes den **Bescheid nicht einmal zuzustellen**, erweckt leicht den Eindruck, die Baubehörde entscheide nicht nach objektiven Gesichtspunkten, sondern stelle sich in einem möglicherweise bestehenden Nachbarschaftskonflikt auf eine Seite. Auch wenn vom Bürgermeisters zugesagt wurde, im weiteren Verlauf den Verfahrensgrundsätzen zu entsprechen, hält es der LVA für wichtig, künftig bereits in erster Instanz die **Verfahrensgrundsätze** zu **beachten**. Diese entsprechen in den meisten Fällen eher den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Raschheit und Einfachheit als wenn durch Missachtung der Verfahrensgrundsätze ein aufwändiges Berufungsverfahren provoziert wird.

Auf Grund der vom Nachbarn erhobenen Berufung wurde der **Bescheid** des Bürgermeisters **aufgehoben**. Bei der nachfolgenden Bauverhandlung wurde ein **Kompromiss** hinsichtlich der Höhe des Gartenhäuschens erzielt und stimmten die Nachbarn einer **Abstandsnachsicht** zu, sodass schließlich im **Einvernehmen** mit allen Nachbarn für das geringfügig abgeänderte Gartenhäuschen eine **Baubewilligung rechtmäßig erteilt** werden konnte.

### 2.6.3. Gartenhäuschen erst nach 17 Jahren bewilligt

Im **Dezember 1985** beantragte ein Bürger eine Bewilligung zur Errichtung eines Geräte- und Gewächshauses. Im Jänner 1986 fand die **Bauverhandlung** statt, nach Zustimmung des Nachbarn wurde im März 1986 die **Abstandsnachsicht** erteilt. Als der Bürger im **März 2003** für dieses Gartenhäuschen einen **Baubewilligungsbescheid** erhielt und sich beim LVA erkundigte, ob die Vorschreibung der Gebühren für das seit 17 Jahren stehende Häuschen zu Recht erfolgt ist, sah sich der LVA veranlasst, die ungewöhnliche **Dauer** dieses Bauverfahrens zu überprüfen. (03 aMP-003)

Die Stadtverwaltung bestätigte, dass bereits im Dezember 1985 der Bauantrag eingebracht und Anfang 1986 nach einer Bauverhandlung vom Stadtrat die Abstandsnachsicht erteilt worden war. Es könne aber **nicht mehr nachvollzogen** werden, warum damals kein Bescheid erlassen wurde. Im Zuge der **Aufarbeitung von Altakten** im Bauamt sei der Bescheid im März 2003 erlassen worden.

Vom LVA wurde der Besitzer des erst jetzt rechtmäßig stehenden Gartenhäuschens darüber aufgeklärt, dass sich die Vorschreibung der **Verwaltungsabgaben zu Recht** auf den Zeitpunkt der Erteilung der Baubewilligung bezieht. Gleichzeitig wurde die **überlange Dauer** (17 Jahre) des Bauverfahrens als **Misstand** in der Verwaltung festgestellt, woran auch der Umstand nichts zu ändern vermag, dass der Bauwerber erst nachträglich um die Genehmigung angesucht hat. Immerhin hat die Bauverwaltung, wenn auch sehr spät, diese „Altlast“ in korrekter Weise rechtlich bereinigt.

### 2.6.4. Gemeindefraße aufgelassen, Zufahrt zum Ferienhaus abgeschnitten

Die **Zufahrt** zu einem nur zeitweise bewohnten Haus führte über den Seitenstrang eines öffentlichen Weges, der auch zu einem anderen Anwesen führte. Im Jahre 1979 **veräußerte** die **Gemeinde** diese **Zufahrtstraße** an den Eigentümer dieses Anwesens und **entließ** die Zufahrtstraße aus dem **öffentlichen Gut**. Um zu dem als **Ferienhaus** benützten ehemaligen Jagdhaus zu gelangen, mussten nun ca 10 m<sup>2</sup> der aus dem öffentlichen Gut entlassenen **Privatstraße mitbenützt** werden, was 24 Jahre lang ohne Beanstandung geschah. Nach Überschreibung des ehemaligen Jagdhauses an eine Nichte und Problemen zwischen den Nachbarn wegen einer Zaunerrichtung **versagten** die Eigentümer der Privatstraße die **weitere Benützung** des **früheren Gemeindefweges**, falls für die Abtretung des Grundstreifens oder Einräumung einer Dienstbarkeit nicht € 5.000,-- bezahlt würden. (03 bMP-078)

Der LVA musste die betroffene Hauseigentümerin zunächst darauf hinweisen, dass trotz jahrzehntelanger Benützung der Zufahrt von einer ersessenen Dienstbarkeit wohl nicht ausgegangen werden kann. Bis 1979 erfolgte die Zufahrt im Rahmen des **Gemeingebrauches** an der damals öffentlichen Straße, seither sind noch **keine 30 Jahre** vergangen. Ob eine ausdrückliche oder schlüssige Vereinbarung zwischen den früheren Eigentümern über die Einräumung einer Dienstbarkeit bestanden hat und in welcher Form nun eine Vereinbarung geschlossen wird, ist eine Frage der **privatrechtlichen Beziehung** zwischen den Grundeigentümern und damit außerhalb der Zuständigkeit des LVA.

Die Gemeinde wies der LVA allerdings darauf hin, dass die **Zufahrtsproblematik** durch die Veräußerung und **Auflassung des öffentlichen Weges** veranlasst wurde. Es liegt daher auch in der Verantwortung der Gemeinde, sich um eine Vermittlung zwischen den Nachbarn zu bemühen und einen Beitrag zu leisten, falls für die Einräumung der Zufahrt ein finanzieller Aufwand entsteht.

Der Bürgermeister räumte ein, dass der Gemeinde ein **Fehler** passiert ist, wenn auch vor seiner Amtszeit. Er habe bereits **Gespräche** mit den Nachbarn geführt und werde sich um eine **Vermittlung** bemühen. Tatsächlich führten die Vermittlungsbemühungen schließlich zu einer von beiden Seiten akzeptierten Lösung, wodurch die **Zufahrt** nun wieder **gewährleistet** ist.

## 2.6.5. Widmungszusagen von Bürgermeistern erwiesen sich als wertlos

Immer wieder wird der LVA mit Fällen konfrontiert, in denen Bürger mündliche oder schriftliche **Bestätigungen** über die **Bebaubarkeit von Grundstücken** erhalten, welche sich später als unrichtig oder **wertlos** heraus stellen.

Ein Bürger stellte über Ersuchen der Gemeinde einen Teil seines Grundstückes für die Verlegung der **Schlipiste** zur Verfügung. Die Gemeinde dankte und bestätigte, dass eine **Bauführung** dadurch **nicht beeinträchtigt** wird. Ein paar Jahre später wurden ohne Information des Grundeigentümers **Wasserleitungen** und ein **Abwasserkanal** über sein Grundstück **verlegt**.

Zu seinem Wunsch auf **Baulandwidmung** teilte die Gemeinde mit, dies sei derzeit nicht möglich. Durch die Verlegung der Wasserleitung und des Kanals bestünden aber **wesentliche Voraussetzungen**, sodass bei Neuauflage des Flächenwidmungsplanes dieser Widmung **nichts entgegenstehen** dürfte. Zur rechtlichen Absicherung werde der Gemeindevorstand beschließen, die Umwidmung bei Neuauflage des Flächenwidmungsplanes zu beantragen. Ein Jahr später bekräftigte die Gemeinde die Zusage und versicherte, dass die **amtliche Bestätigung** in kürzester Zeit zugehen wird. In einem weiteren Schreiben teilte der Bürgermeister der Tochter als Rechtsnachfolgerin mit, dass der **Gemeindevorstand einstimmig** beschlossen habe, die **Umwidmung** ihres Grundstückes bei Neuauflage des Flächenwidmungsplanes zu **beantragen**.

Bei Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes 1982 wurde allerdings die Frage der Widmung von Bauflächen in dieser Bergparzelle aufgeschoben und eine Umwidmung vorläufig abgelehnt. Obwohl die Grundeigentümerin 1998 weiteren Leitungsverlegungen über ihr Grundstück im öffentlichen Interesse zustimmte, wurde ein **Umwidmungsantrag** wieder **abgelehnt**. (03 bMP-087)

Derartige „Zusagen“ begründen zwar **keinen Rechtsanspruch**, erwecken aber falsche **Erwartungen**. Vom LVA wurde die Vorgangsweise, zunächst im Hinblick auf das Entgegenkommen eine Umwidmung in Aussicht zu stellen, diese dann zu versagen und keine anderen Lösungen anzubieten, als dem **Grundsatz von Treu und Glauben widersprechend** und somit als Missstand in der Verwaltung beurteilt.

In weiteren Gesprächen wurde vom Amtssachverständigen eine **Umwidmung ausgeschlossen**. Auch sah die Gemeinde keine Möglichkeit, ein Ersatzgrundstück zur Verfügung zu stellen. Die Eigentümerin hatte anlässlich der Ablehnung der Umwidmung 1982 ein derartiges Angebot wegen der für sie damals nicht leistbaren Aufzahlung nicht angenommen. Auch eine **finanzielle Entschädigung** für das Entgegenkommen der Grundeigentümer wurde von der Gemeinde **abgelehnt**.

Im Jahre 1975 **kaufte** ein Ehepaar ein neu gebildetes **Grundstück am Waldrand**, nachdem der **Bürgermeister** schriftlich **bestätigt** hatte, dass dieses im **Baugebiet** liegt und verbaut werden kann. Als anlässlich eines Umlegungsverfahrens festgestellt wurde, dass entlang des Waldrandes ein 20 m breiter Streifen als **Freihaltegebiet gewidmet** war, bestätigte der Bürgermeister 1978 und 1979 neuerlich schriftlich, dass dieses Grundstück im Baugebiet liegt. Noch 1994 wurde auf die vorhergehenden Bestätigungen der Bebaubarkeit hingewiesen.

Bei Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes im Jahre 2001 wurde bei einer Begehung durch den Raumplanungsausschuss und auf Grund einer Stellungnahme der Forstbehörde festgestellt, dass eine **Bebauung** grundsätzlich möglich, aber sehr **schwierig** ist, zumal der überwiegende Teil des Grundstückes entlang des Waldrandes als **Freihaltegebiet** gewidmet ist. (02 bMP-004)

Die **Gemeinde** verwies zu den Schreiben des (inzwischen verstorbenen) Bürgermeisters darauf, dass das tatsächliche **Ausmaß der Bauflächenwidmung** auf Grund des Maßstabes im Flächenwidmungsplan 1976 sehr **schlecht erkennbar** gewesen sei. Erst im neuen digitalen Informationssystem (GIS) könne der Flächenwidmungsplan in beliebigem Maßstab ausgedruckt werden und zeige sich, dass der **geringere Teil**

des Grundstückes **Baufläche** ist. Es sei deshalb der Raumplaner mit der Ausarbeitung eines Bebauungsvorschlages sowie eine Waldrandkartierung in Auftrag gegeben worden. Sobald diese Unterlagen vorliegen, werde sich der Raumplanungsausschuss neuerlich mit der Widmung befassen.

Nicht nur die für den Umwidmungswunsch **negativen Stellungnahmen** des Raumplanungs- und des forsttechnischen Sachverständigen, sondern auch ein starkes **Unwetter** Mitte des Jahres 2002, welches im Bereich dieses Grundstückes zu Windwürfen am Waldrand führte, veranlassten die Gemeinde, von einer auch nur teilweisen **Umwidmung** des Waldrandgebietes **Abstand** zu nehmen. Vom LVA wurde auf Grund der Vorgeschichte in Kritik gezogen, dass durch den früheren **Bürgermeister** auf diesbezügliche Fragen und Bedenken des Grundeigentümers die **problemlose und umfassende Bebaubarkeit** des Grundstückes **mehrfach schriftlich bestätigt** worden ist, zumal die Eigentümer dieses erst **nach** ausdrücklicher schriftlicher **Zusicherung** des Bürgermeisters **gekauft** hatten. Auch wenn die aktuellen raumplanerischen Überlegungen vertretbar erscheinen, ist es bedauerlich, dass lediglich auf den formalen Standpunkt verwiesen wird und **keine ernsthaften Bemühungen** der Gemeindeorgane erkennbar sind, die unbillige Härte bürgerfreundlich zu lösen.

Ähnlich erging es auch dem **Käufer** eines **Ferienhausgrundstückes**. Vor dem Kauf verlangte er eine **Bestätigung** der Stadtgemeinde, dass er auf diesem Grundstück ein Ferienhaus errichten könne, zumal dieses im Entwurf des Flächenwidmungsplanes als **Freihaltefläche** (FF) gewidmet werden sollte. Der Verkäufer ersuchte deshalb um **Umwidmung** seiner Liegenschaft in **Baugebiet für Wochenendhäuser** (BWF), zumal unmittelbar daneben bereits mehrere Ferienhäuser standen. Er selbst habe 1966 den Bauplatz für die Erstellung eines Wochenendhauses gekauft und dafür die erforderlichen Genehmigungen erhalten.

Nach Befassung des Raumordnungsausschusses beschloss die **Stadtvertretung**, die **Widmung** im Entwurf des Flächenwidmungsplanes **von FF in BWF abzuändern**. Im **Schreiben** vom 10.01.1979 bestätigte der **Bürgermeister**, dass dem Antrag auf Umwidmung in „Bauwohngebiet, in dem nur Ferienwohnhäuser errichtet werden dürfen“ (BWF) in der Stadtvertretung vom 25.08.1978 statt gegeben wurde. Mitte 1979 **kaufte** die Gattin des nunmehrigen Eigentümers das Grundstück zur Errichtung eines Ferienhauses im **Vertrauen auf** die vom Bürgermeister auf Grund eines Beschlusses des Stadtvertretung bestätigten **Bebaubarkeit**.

Zur Errichtung des Ferienhauses kam es in den nächsten Jahren jedoch nicht. Als der nunmehrige Eigentümer nach dem Tod seiner Gattin 2002 ein Ferienhaus errichten wollte, wurde ihm **mitgeteilt**, dass dies nicht möglich ist, weil sein **Grundstück seit 1981** als **Freihaltegebiet** gewidmet ist. (02 bMP-130)

Die recht aufwändige Rekonstruktion des Ablaufes ergab, dass die **Stadtvertretung** kurz vor Abschluss des Kaufvertrages einstimmig den neuen **Flächenwidmungsplan beschlossen** hatte, in welchem diese Liegenschaft als BWF gewidmet wurde. Die **Landesregierung lehnte die Genehmigung** mit der Begründung **ab**, dass die Bauflächenwidmung mangels Kanalanschluss unzulässig und nur im Rahmen der Verbalen Bestimmungen für den Bestand denkbar ist. Die Liegenschaften seien daher im Plan durchgehend **als Freifläche auszuweisen**. In Entsprechung dieser Einwände beschloss die Stadtvertretung Mitte 1981, sämtliche in diesem Bereich ausgewiesenen Bau- und Bauerwartungsflächen in **Freihaltegebiet umzuwidmen**, was von der Landesregierung genehmigt wurde. **Weder der frühere Eigentümer**, dem gegenüber die Bebaubarkeit bestätigt worden war, **noch die nunmehrige Eigentümerin** wurden von dieser Umwidmung **verständigt**.

Die Stadt stellte sich auf den Standpunkt, das Schreiben des Bürgermeisters mit der Information über die Umwidmung in BWF stelle **keine bescheidmäßige Erledigung** dar. Auch sehe das RPG für die Rechtswirksamkeit die **aufsichtsbehördliche Genehmigung** durch die Landesregierung vor, die nicht erteilt wurde. Unter welchen Zusagen des Verkäufers der Kaufvertrag abgeschlossen wurde und ob dieser allenfalls rückabgewickelt werden könnte, wäre nach **zivilrechtlichen Grundsätzen** zu prüfen. Eine Widmung als Baufläche komme nicht in Frage, auch wenn sich auf vier unmittelbar angrenzenden Grundstücken

Ferienhäuser befinden. Für die Ablehnung der Umwidmung in BWF spielte insbesondere eine Rolle, dass dieses – nicht gewidmete – Ferienhausgebiet mit etwa 20 vor Erstellung des Flächenwidmungsplanes errichteten Ferienhäusern über **keine Kanalisation** verfügt und kaum mit einer wasserrechtlichen Bewilligung für eine andere Abwasserbeseitigung (Klärgrube, Biokläranlage) gerechnet werden kann.

Gegenüber der Stadt wurde in Kritik gezogen, dass der damalige Bürgermeister in der Bestätigung **nicht** darauf **hingewiesen** hat, dass die Widmung **noch** einer **Genehmigung** durch die Landesregierung **bedarf**. Entgegen der von der Stadt vertretenen Ansicht konnten Grundeigentümer und Käuferin auf Grund dieser Bestätigung sehr wohl darauf **vertrauen**, dass es sich um ein **rechtsgültig gewidmetes Baugrundstück** zur Errichtung eines Ferienwohnhauses handelt. Dabei war bekannt, dass dieses Grundstück verkauft werden soll und es darum geht, dem **Käufer** dafür **Gewissheit** zu **verschaffen**. Es wurde nicht einmal darauf hingewiesen, dass lediglich der Entwurf zum Flächenwidmungsplan geändert wurde, welcher zu diesem Zeitpunkt weder beschlossen noch zur Genehmigung vorgelegt worden war.

Gemäß § 19 Abs 4 RPG 1973 war den betroffenen **Grundeigentümern** vor der Beschlussfassung **Gelegenheit zur Stellungnahme** zu geben, wenn im aufgelegten Entwurf festgelegte **Bauflächen nicht mehr** so **gewidmet** werden sollen. Gemäß § 21 Abs 2 RPG 1973 galt diese Bestimmung auch bei Änderungen des Flächenwidmungsplanes. Die Stadtgemeinde hätte vor Rückwidmung des Grundstückes gegenüber dem zunächst beschlossenen Flächenwidmungsplan somit die Eigentümerin davon verständigen und ihr die Gelegenheit zur Stellungnahme einräumen müssen.

Das **rechtswidrige Unterbleiben der Verständigung** hatte auch Konsequenzen hinsichtlich der Geltendmachung allfälliger **Entschädigungsansprüche**. Gemäß § 25 Abs 1 RPG 1973 wäre auf Antrag eine Entschädigung zu leisten, wenn durch die Wirkung des Flächenwidmungsplanes die **Bebauung** eines als Baufläche geeigneten Grundstückes **verhindert** wird und dadurch eine **Wertminderung** entsteht, die für den betroffenen Grundeigentümer eine **unbillige Härte** darstellt. Ein solcher **Antrag** hätte **innert eines Jahres** nach Inkrafttreten des Flächenwidmungsplanes gestellt werden müssen. Aufgrund der fehlenden Verständigung war ein derartiger Anspruch **längst verfristet** und konnte auch gegenüber dem Verkäufer **keine Rückabwicklung** des Kaufvertrages wegen Wegfall der Geschäftsgrundlage mehr verlangt werden.

Vom objektiven Erklärungswert her war das **Schreiben des Bürgermeisters falsch** bzw zumindest **missverständlich** und waren daher **Schadenersatzansprüche** nicht auszuschließen. Deshalb wirkte der LVA auf eine Abklärung mit der Haftpflichtversicherung hin, welche jedoch eine Leistung **ablehnte**. Im Ergebnis bleibt der Eigentümer auf dem durch die rechtswidrige Vorgangsweise der Stadtgemeinde entstandenen Schaden sitzen und kann nur hoffen, dass im Falle einer derzeit noch nicht aktuellen Erschließung dieses Ferienhausgebietes durch eine Abwasserbeseitigungsanlage eine Umwidmung später einmal möglich sein wird.

#### 2.6.6. Nach Beschädigung eines Wohnhauses Flickwerk statt Sanierung angeboten

Bei der Verlegung des Kanals kam es zu **Setzungen** eines angrenzenden **Wohnhauses** mit mehreren **Mauerrissen**. Zum Glück für den Besitzer war sein Haus vor Beginn der Arbeiten eingemessen worden und es daher unzweifelhaft, dass die Schäden **durch die Kanalarbeiten verursacht** waren. Der von der Gemeinde beauftragte Sachverständige schlug eine **Sanierung** durch dauerelastische **Fugen** sowie **Übermalen** vor, zog von den geschätzten Kosten (€ 490,--) noch 20% ab und schlug zur Abgeltung einen Betrag von € 390.-- vor. Ein vom Hausbesitzer befragter Baumeister sah diese **Sanierungsweise** als **nicht fachgerecht** und ausreichend an. (03 bMP-074)

Auch gegenüber dem LVA lehnte die Gemeinde eine höhere Entschädigung zunächst ab, zumal kein Gegengutachten vorliege. Dem LVA erschienen die Bedenken des Hausbesitzers hinsichtlich der vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen und der Berechnung der Abgeltungssumme nachvollziehbar. Der vom Sachverständigen vorgeschlagene Abzug von 20% wäre allenfalls bei einem neuen Putz (Abzug neu für alt) vorstellbar, nicht jedoch beim Auffüllen der entstandenen Risse. Vielmehr wäre **statt eines Abzuges eher** eine Abgeltung für **Wertminderung** gerechtfertigt.



Über Anraten des LVA holte der Hausbesitzer selbst einen **Kostenvoranschlag** ein, welcher für eine ordnungsgemäße Sanierung einen Betrag von € 2.790,-- ergab. Da in diesem Falle ein Abzug von 20% gerechtfertigt erschien, **einigten** sich **Hausbesitzer** und **Gemeinde** auf einen **Schadenersatzbetrag** von 2.200,--. Der Hausbesitzer bedankte sich beim LVA für den Einsatz, da ohne dessen Eingreifen die Angelegenheit wahrscheinlich niemals so positiv hätte beendet werden können. Nun könne er eine **fachgerechte Sanierung** in die Wege leiten.

### 2.6.7. Pflegeheimgebühren beim Sohn mit Rückstandsausweis exekutiert

Für den Bewohner eines gemeindeeigenen Pflegeheimes wurden in kurzer Zeit die **Pflegeeinstufung** und damit die **Heimgebühren** mehrmals **erhöht**. Sein Sohn, der sich um den Vater kümmerte, veranlasste dessen **Verlegung** in ein privates Heim, wo er in Pflegestufe 3 (statt bisher 5) eingestuft wurde. Er weigerte sich darauf hin, die letzten Heimrechnungen der Gemeinde zu bezahlen, da nicht nur die **Einstufung** in diesen letzten Monaten **zu hoch** gewesen sei, sondern auch die zuvor geltend gemachten und bezahlten Gebühren.

Der **Bürgermeister** erließ darauf hin gegen den Sohn des Heimbewohners einen **Rückstandsausweis** über € 9.858,-- und **bestätigte**, dass dieser keinem die Vollstreckbarkeit hemmenden Rechtszug mehr unterliegt, sowie die **Rechtskraft**, **Exekutionsfähigkeit** und Berechtigung zur Eintreibung dieser Abgaben auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes. Mit diesem Rückstandsausweis führte er gegen den Sohn des Heimbewohners **gerichtliche Exekution**. (03 bMP-138)

Der LVA stellte fest, dass die Vorgangsweise des Bürgermeisters in mehrfacher Hinsicht **grob rechtswidrig** ist. Gemäß § 96 AbgVG ist für die Vollstreckung von Abgabenschuldigkeiten ein Rückstandsausweis auszufertigen. **Heimkosten** sind jedoch **keine Abgaben**, sondern **Entgelt** für **Unterbringung**, Verpflegung und Betreuung im **Heim** auf Basis eines **Vertrages** zwischen Heimträger und Bewohner. Es **fehlte** somit die **rechtliche Grundlage** für die Erlassung eines Rückstandsausweises.

Im Rückstandsausweis wurde ausdrücklich die **Vollstreckbarkeit** der angeführten „Abgaben“ **bestätigt**. Da die Forderung zuvor weder gerichtlich noch – was auch nicht zulässig gewesen wäre – durch Verwaltungsbescheid geltend gemacht worden war, lag **kein rechtskräftiger und vollstreckbarer Titel** vor. Die **Beurkundung** der Vollstreckbarkeit erfolgte daher **zu Unrecht**.

**Bewohner** des Altersheimes war nicht die im Rückstandsausweis angeführte Person, sondern dessen **Vater**, der als Heimbewohner ausschließlich **zahlungspflichtig** ist. Dennoch wurde **gegen den Sohn** des früheren Heimbewohners nicht nur der Rückstandsausweis erlassen, sondern sogar **Exekution geführt**.

Rückstandsausweise sind **öffentliche Urkunden** über Bestand und Vollstreckbarkeit von Abgabenschulden. Wenn sie mit der Vollstreckbarkeitsbestätigung versehen sind, werden sie ohne vorangehende Prüfung ihrer materiellen Richtigkeit **Exekutionstitel**. Die Erstellung eines Rückstandsausweises auf Grund einer Forderung, die weder eine Abgabenschuld noch vollstreckbar ist und sich auch nicht gegen die im Rückstandsausweis angeführte Person richtet, ist somit auch in **strafrechtlicher Hinsicht** bedenklich.

Die Gemeinde stellte nach der Kritik des LVA die Exekution ein. Die Überprüfung der Pflegeeinstufung durch LVA und Aufsichtsbehörde ergab, dass innerhalb weniger Monate mehrere Heimbewohner von der (früheren) Heimleiterin **höher eingestuft** worden waren **ohne** entsprechende **Dokumentation**. Nach Einschaltung eines Rechtsanwaltes durch die Gemeinde kam es schließlich zu einer **vergleichswisen Regelung** auf Basis von **50%** der ursprünglich geltend gemachten Heimkosten.

## 2.6.8. Rechtswidrig eingehobener Schulerhaltungsbeitrag zurück erstattet

Aus persönlichen Gründen besuchte ein Pflichtschüler nicht die **Hauptschule** seines Schulsprenghels, sondern jene in einer anderen **Nachbargemeinde**. Diese schrieb den Eltern einen **Schulerhaltungsbeitrag** von € 1.000,-- vor, welchen sie in Unkenntnis der Rechtslage bezahlten. Die Heimatgemeinde ersetzte ihnen einen Teilbetrag von € 724,--, welchen sie auch beim Besuch der Sprengelhauptschule hätte erbringen müssen. Der Restbetrag von € 276,-- belastete die Eltern.

Zeitungsberichten anlässlich des Tätigkeitsberichtes des LVA 2002 entnehmen sie, dass die **Vorschreibung** derartiger Schulerhaltungsbeiträge **rechtswidrig** ist. Als im nächsten Schuljahr ein Beitrag von € 682,-- vorgeschrieben wurde, bezahlten sie nicht mehr. (03 BMP-050)

Der LVA teilte den Eltern mit, dass nach § 14 Abs 1 Pflichtschulerhaltungsgrundsatzgesetz des Bundes und § 19 Abs 1 Vorarlberger Schulerhaltungsgesetz der **Besuch öffentlicher Pflichtschulen** für alle Schüler **unentgeltlich** und die **Vorschreibung** von Schulerhaltungsbeiträgen gegenüber den Eltern sprengelfremder Schüler somit **rechtswidrig** ist.

Der Vater schickte darauf hin die neuerliche Vorschreibung an seine Heimatgemeinde. Diese übernahm den neuen Schulerhaltungsbeitrag zur Gänze, da er unter jenem Betrag lag, welchen die Gemeinde sonst an die Sprengelhauptschule zu bezahlen gehabt hätte. Die Nachbargemeinde als Schulerhalter der besuchten Hauptschule erklärte sich schließlich bereit, den von den Eltern im vorangegangenen Schuljahr bezahlten **Schulerhaltungsbeitrag**, soweit er nicht von der Heimatgemeinde übernommen worden war, **zurück zu erstatten**.

## 2.6.9. Schulkosten für Privatschule einer Stadt sind leider zu bezahlen

Bewohner einer ländlichen Gemeinde teilten mit, dass ihre Tochter eine **Haushaltungsschule** in der Stadt besuche, wofür ein monatlicher **Selbstbehalt** zu bezahlen sei. Zu ihrer Überraschung verlange man nun von den Eltern auch einen **Schulerhaltungsbeitrag** in Höhe von € 987,62, welcher sich aus einem Betriebsaufwand von € 485,52 und einem Investitionsaufwand von € 502,10 zusammensetze. (03 BMP-024)

Der LVA wies auf § 14 Abs 2 Pflichtschulerhaltungsgrundsatzgesetz des Bundes und § 19 Abs 1 Schulerhaltungsgesetz hin, wonach der Besuch der **öffentlichen Pflichtschulen** für alle Schüler **unentgeltlich** ist. Zumindest im ersten der drei Jahre Haushaltungsschule ist noch von einer Schulpflicht auszugehen.

Der **Bürgermeister** betonte, dass die 3-jährige Fachschule für wirtschaftliche Berufe eine **Privatschule** mit Öffentlichkeitsrecht ist, deren **Träger die Stadt** ist. Da für Privatschulen das **Privatschulgesetz** gelte und nicht die gesetzlichen Regelungen über die öffentlichen Pflichtschulen, sei das Rechtsverhältnis zwischen Schüler und Schule privatrechtlicher Natur. **Schüler mit Wohnsitz außerhalb** der Stadt hätten in der 9. Schulstufe **zusätzlich** zum Schulgeld ein **Schulerhalterbeitragsäquivalent** zu zahlen, dessen Höhe den bei öffentlichen Pflichtschulen von den Wohnsitzgemeinden zu zahlenden Schulerhalterbeiträgen entspricht. Dieses werde **meistens** (nicht jedoch in diesem Falle) von der **Wohnsitzgemeinde** übernommen. Darüber würden die Eltern der auswärtigen Schüler vor der Aufnahme informiert.

Diese Darlegung erwies sich bei Überprüfung als richtig. Die Stadt erklärte sich auch nicht zu einer Reduzierung der hohen Forderung bereit, bot den Eltern jedoch eine **Ratenzahlung** an. Vom LVA wurde an die Heimatgemeinde appelliert, der Familie zumindest einen Betrag in jener Höhe zu ersetzen, welchen die Gemeinde beim Besuch dieser Schülerin im Polytechnischen Lehrgang zu bezahlen gehabt hätte, wenn schon der konkrete Schulerhaltungsbeitrag nicht geleistet wird.

## 2.6.10. Kanalanschlussbeitrag bei Rechtsvorgängerin durch Inkassobüro eingetrieben

Im Jahre 1997 wurde einer Hauseigentümerin die Herstellung des **Kanalanschlusses** binnen 2 Monaten **vorgeschrieben**. Kurz darauf, noch vor Erstellung des Kanalanschlusses **verkaufte** diese ihr Haus. Dennoch schrieb die Gemeinde im Dezember 2002 den **Kanalanschlussbeitrag** in Höhe von € 2.860,-- der früheren Eigentümerin vor. Gegen diesen Bescheid erhob diese zunächst Berufung und dann Vorstellung und stellte sich auf den **Standpunkt**, sie sei zur Bezahlung dieses Betrages **nicht verpflichtet** und überdies bereits **Verjährung** eingetreten. Noch während des Vorstellungsverfahrens erhielt sie von einem **Inkassobüro** eine Zahlungsaufforderung über € 3.295,--. Ihr Rechtsvertreter führte beim LVA Beschwerde über die „**wucherische Eintreibungspraxis**“ sowie die Dauer des Vorstellungsverfahrens. (03 bMP-098)

Zwar haben im **Abgabungsverfahren** Rechtsmittel **keine aufschiebende Wirkung** hinsichtlich der Zahlungspflicht, in Kritik gezogen wurde jedoch die **Einschaltung des Inkassobüros** zur Eintreibung von Abgabenschulden, welche im Abgabengesetz **keine Deckung** findet. Vollstreckbar gewordene Abgaben sind gemäß § 94 AbgVG durch Zustellung eines **Mahnschreibens** einzumahnen, wofür gemäß § 95 AbgVG eine **Mahngebühr** zu entrichten ist. Die in manchen Gemeinden geübte **gesetzwidrige Praxis** der Einschaltung von Inkassobüros zur Durchführung von Mahnungen und Eintreibung von Abgabenschulden wurde vom LVA bereits mehrfach in Kritik gezogen (s Tätigkeitsbericht 1997/98, Kapitel 5.3.5.) und diese Rechtsansicht auch vom Gemeindeverband bestätigt.

Die **Gemeinde** teilte mit, dass sie in der Vergangenheit dieses Inkassobüro mehrfach mit der Eintreibung privatrechtlicher Forderungen erfolgreich beauftragt habe. Erst nach 4 erfolglosen Mahnungen habe sie im September 2003 das Inkassobüro mit der Eintreibung des Kanalanschlussbeitrages beauftragt, wobei es sich um einen **Einzelfall** handle. Im Hinblick auf die Rechtsausführungen des LVA wurde der **Auftrag an das Inkassobüro** jedoch mit sofortiger Wirkung **storniert** und zugesagt, bis zur Erledigung der Vorstellung **keine Eintreibungsmaßnahmen** mehr zu setzen.

Im November 2003 erging der (ablehnende) Vorstellungsbescheid der Landesregierung. Auch wenn eine schnellere Erledigung wünschenswert und möglich gewesen wäre, stellte der LVA bei einer **Erledigungszeit** von etwas mehr als **4 Monaten** noch **keinen Missstand** in der Verwaltung fest, da in der Vorstellung interessante Rechtsfragen unter Hinweis auf Entscheidungen der Höchstgerichte aufgeworfen worden waren, welche auch eine intensivere rechtliche Prüfung erforderlich machten.

## 2.6.11. Vorgeschriebener Kanalerschließungsbeitrag war bereits verjährt

Ein über 100 Jahre **altes Wohnhaus** mit Stall war bereits 1960 an den **Sammelkanal** der Gemeinde **angeschlossen** worden. Das Grundstück war im ersten Flächenwidmungsplan 1977 als **FS-Gärtnerei** gewidmet, 1981 wurde ein **Kanalanschlussbeitrag**, 1987 ein Nachtragsbeitrag **vorgeschrieben**.

Nach **Umwidmung** des Grundstückes in **Baufläche-Wohngebiet** im Zuge der Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes schrieb die Gemeinde Ende 2002 einen **Kanalerschließungsbeitrag** in Höhe von über € 1.500,-- vor. Nachdem die Eigentümer gegen diese Vorschrift **Berufung** erhoben hatten, erläuterte die **Gemeinde** schriftlich die Rechtslage, **betonte die Rechtmäßigkeit** der Vorschrift und ersuchte um Mitteilung, ob die Berufung zurück gezogen oder auf einer bescheidmäßigen Erledigung durch die Abgabenkommission bestanden wird. Dies veranlasste die Eigentümer, sich zur Beratung an den LVA zu wenden. (03 AuBe-138)

Der **LVA** kam bei Überprüfung des Sachverhaltes zu einem **anderen Ergebnis** als die Gemeinde. Gemäß Praxiskommentar zum Vorarlberger Abgabenrecht sind die in § 13 KanalG angeführten bebaubaren Sondergebiete als Sondergebiete nach § 18 Abs 4 RPG zu verstehen. Da die Liegenschaft bereits zu Beginn der 1980-iger Jahre als FS-Gärtnerei gewidmet und zu diesem Zeitpunkt schon an den Sammelkanal angeschlossen war, waren damals die **Voraussetzungen für die Einhebung des Erschließungsbeitrages**

bereits gegeben, sodass von einer **Verjährung des Abgabenspruches** auszugehen ist. Den Hauseigentümern wurde daher geraten, die **Berufung aufrecht zu erhalten**.

In weiterer Folge gab die **Abgabenkommission** der Berufung statt und bestätigte, dass auch auf Grund der vorher gehenden Widmung die Vorschreibung des Kanalerschließungsbeitrages möglich gewesen wäre. Da seither mehr als 5 Jahre verstrichen sind, war gemäß § 83 Abgabenverfahrensgesetz der Abgabenspruch **längst verjährt**.

#### 2.6.12. Geheimniskrämerei trotz Auskunftspflicht

Zur Beurteilung mietrechtlicher Fragen sowie der Anwendbarkeit des **Mietrechtsgesetzes** spielt oft das **Errichtungsjahr** des **Gebäudes** eine Rolle. Während Anfragen dazu in den meisten Gemeinden problemlos beantwortet werden, verlangte eine Stadtgemeinde die ausdrückliche **Zustimmung** des **Hauseigentümers**, sonst dürfe sie im Hinblick auf den **Datenschutz** und das **Amtsgeheimnis** keine Auskunft geben. (03 AuBe-192)

Im Beratungsgespräch wurde auf das **Auskunftsgesetz** hingewiesen, nach dem von einer **Auskunftspflicht** auszugehen ist. Auch unterliegt das **Errichtungsjahr** eines Gebäudes **nicht** dem **Amtsgeheimnis**. Die Auskunft ist ohne Aufschub, spätestens binnen 8 Wochen zu erteilen und bei Verweigerung ein bekämpfbarer Bescheid zu erlassen. Es wurde der **Rat** gegeben, die **Auskunft schriftlich zu verlangen** und bei Weigerung auf einem **Bescheid** zu bestehen unter Hinweis auf das Auskunftsgesetz. Bei Problemen wurde die Prüfung des LVA angeboten, welche offenbar nicht mehr erforderlich war.

Ein Bürger war beunruhigt über die Errichtung einer großen **Wohnanlage** 20 m von seinem Haus entfernt. Als er die **Pläne** im Gemeindeamt **anschauen** wollte, wurde dies **verweigert**, da er **keine Parteistellung** als Nachbar habe. (03 AuBe- 519)

Vom LVA wurde darauf hingewiesen, dass vermutlich mangels Parteistellung **kein Recht** auf **Akteneinsicht** besteht, dennoch aber ein **Recht auf Auskunft** gemäß Auskunftsgesetz. Dieses schließt zwar gemäß Rechtsprechung die Akteneinsicht nicht ein, dennoch **kann** die Baubehörde im Zuge des Auskunftersuchens die Pläne zeigen, da Gründe für die **Amtsverschwiegenheit nicht erkennbar** sind. Er könne diese Rechtsansicht den Mitarbeitern im Gemeindeamt mitteilen und sich bei Problemen wieder an den LVA wenden, was jedoch nicht erfolgte.

#### 2.6.13. Berufung landete unerledigt in der Aktenablage

Ein Bürger fühlte sich durch die beiden **Dobermänner** seines Nachbarn immer wieder bedroht und **belästigt**. Er wandte sich deswegen an die Gemeinde, welche nach seinen Angaben jedoch nichts oder zu wenig unternahm. (02 AuBe-022)

Zum Vorwurf der Untätigkeit teilte der **Bürgermeister** mit, dass mit **Bescheid** vom 11.03.2002 eine Reihe von **Maßnahmen** nach dem Gesetz über Lärmstörungen und das **Halten von Tieren vorgeschrieben** worden war, wie die Erhöhung der Einfriedung, Anbringung eines Sichtschutzes und Beschränkung des Auslaufes.

Als sich derselbe Bürger **1 ½ Jahre später** wieder an den LVA wandte (03 bMP-066), teilte die Gemeinde mit, der Bescheid sei noch **nicht in Rechtskraft** erwachsen, da der Akt samt Berufung durch ein Versehen in die **Aktenablage** anstatt zur **Berufungskommission** gelangt war. Der LVA werde verständigt, sobald die Berufungsentscheidung rechtskräftig ist.

Auf Nachfrage kündigte die Gemeinde 3 Monate später eine Entscheidung der Berufungskommission nach Durchführung des Parteienghört im Dezember 2003 an. Tatsächlich **vergingen** zwischen Erlassung des ersten Bescheides und des **Berufungsbescheides** (05.02.2004) nahezu **2 Jahre**. Auf Grund einer Vorstellung wurde der Berufungsbescheid mit der Begründung **behoben**, die Behörde habe es unterlassen, den maßgeblichen Sachverhalt ausreichend zu erheben und die Nichtaufnahme der angebotenen Beweise ausreichend zu begründen.

Mit Bescheid vom 14.09.2004 **hob** schließlich die Berufungskommission den **Bescheid** des Bürgermeisters vom 11.03.2002 **ersatzlos auf**. Inzwischen seien ausreichende Maßnahmen gesetzt worden, Belästigungen durch die Hunde zu verhindern, und somit keine Anordnungen mehr erforderlich.

#### 2.6.14. Mit 88 Jahren noch zum Frondienst verpflichtet

Eine **88-jährige Frau** lebte mit ihrem **geistig behinderten Enkel** allein im Haushalt. Die in dieser Gemeinde vorgeschriebenen **Hand- und Zugdienste** waren bisher **vom Enkel geleistet** worden, der bei der Gemeinde einen geschützten Arbeitsplatz hatte und damit praktisch unentgeltlich Überstunden leistete. Da dieser nach einem **Arbeitsplatzwechsel** den Frondienst nicht mehr leistete, forderte die Gemeinde die **Großmutter** als Haushaltsvorstand zur **Bezahlung des Ersatzbetrages** für zwei Tagschichten in Höhe von € 96,-- auf. Ihren **Antrag**, sie auf Grund ihres vorgerückten Alters von der Vorschreibung des Hand- und Zugdienstes zu **befreien**, **lehnte die Gemeinde** mit der Begründung **ab**, die Dienste könnten vom Haushaltsvorstand oder durch einen tauglichen Vertreter (wie ihren Enkel) wie schon in den vergangenen Jahren geleistet werden. Der Sachwalter des Enkels wandte sich darauf hin an den LVA. (03 bMP-129)

Kurz nach seiner Wahl war der LVA schon mit der Vorschreibung von Hand- und Zugdiensten in dieser Gemeinde an eine über 70-jährige Frau konfrontiert worden, welche mit ihrer noch älteren Schwester im Haushalt lebte (97 AuBe-385). Dies rechtfertigte der Bürgermeister damals damit, dass **ältere Frauen** üblicherweise für das **Jäten im Friedhof** oder ähnliche **leichte Arbeiten eingesetzt** werden.

In diesem Fall fand der **Bürgermeister** den **Einspruch** gegen den Frondienst **unverständlich**, da der Enkel diesen zuvor geleistet habe und weiterhin leisten könne. In der Gemeinde seien 141 Mehr- und 38 Einpersonenhaushalte mit Frondienst belastet und lediglich **12 Haushalte** davon **befreit**. Über **76%** davon würden den **Frondienst tatsächlich leisten** anstelle des Ersatzbetrages. Es sei nicht üblich, die einzelnen Haushalte mit Bescheid zur Leistung des Dienstes aufzufordern. Vielmehr würde allgemein **bekannt gegeben**, welche **Arbeiten** zu leisten sind, wie das Aufstellen von Wandertafeln, das Friedhofjäten, der Museumsdienst, das Einsammeln von Splitt und Sand nach der Wintersaison etc. Wer sich im Laufe des Jahres nicht zu einem Dienst melde, erhalte den **Ersatzbetrag** vorgeschrieben.

Da der Enkel zur Leistung des Frondienstes in der Lage sei, käme eine **Befreiung nicht in Frage** und bestehe auch kein Anlass für eine teilweise Befreiung. Früher habe der Frondienst 3 Tagschichten ausgemacht, jetzt mache er ohnehin nur mehr eine Tagschicht für Einpersonen- bzw 2 Tagschichten für Mehrpersonenhaushalte aus. Der Enkel habe die Frondienste auch für seine Großmutter geleistet.

Für den LVA war es überraschend, in welchem Ausmaß der Frondienst in dieser Gemeinde tatsächlich geleistet wird. In vielen anderen Gemeinden sind die **Hand- und Zugdienste** längst zu einer **Art Gemeindesteuer** verkommen, wo es nicht mehr um eine aktive persönliche Beteiligung der Bürger, sondern nur um deren finanziellen Beitrag geht. Grundsätzlich sieht der LVA die Regelung des **§ 91 Gemeindeordnung 1935** über die Verpflichtung zur Leistung von Frondiensten als **veraltet** an. Viele Gemeinden erreichen eine aktive **Beteiligung von Bürgern** für Gemeinschaftsaufgaben im Rahmen von **freiwilligen Aktionen** (Seeputzate, Waldräumung etc), oft zusammen mit Vereinen (Ehrenamt).

Absolut **unverständlich** ist es jedoch, eine **88-jährige Frau**, die mit einem behinderten Enkel im gemeinsamen Haushalt lebt, **vom Frondienst nicht zu befreien**. Ebenso ist es nicht nachvollziehbar, wenn der Enkel deshalb eine zweite Tagschicht leisten oder den doppelten Ersatzbetrag bezahlen soll, weil er

zusammen mit seiner 88-jährigen Großmutter im Haushalt lebt. Die **Unterscheidung** von Ein- und Mehrpersonenhaushalten ohne Berücksichtigung der Zusammensetzung erscheint **sachlich nicht gerechtfertigt**, wie neben dem Anlassfall das (hypothetische) Beispiel einer alleinstehenden Frau zeigt, welche nur eine Tagschicht zu leisten hat; wenn sie ein Kind bekommt oder gar als Alleinerzieherin einen Haushalt mit 2 kleinen Kindern führt, hätte sie 2 Tagschichten oder die doppelte Ersatzzahlung zu erbringen.

Der LVA **regte** daher **an**, die **Verordnung** entsprechend zu **ändern**, dass nicht generell auf Mehrpersonenhaushalte abgestellt wird, sondern auf Haushalte, in denen mehr als eine Person derartige Leistungen erbringen kann. Darüber hinaus sollte die **Regelung** zumindest dann, wenn sie zu einer krassen Unsachlichkeit führt (wie im Anlassfall) **flexibler gehandhabt** werden, etwa in Form einer zumindest teilweisen Befreiung.

Die Gemeinde erließ darauf hin zunächst einen mit 24.11.2003 datierten **Bescheid** an den **Enkel**, der nun offenbar anstelle seiner Großmutter als Haushaltsvorstand angesehen wurde. Ihm wurde **aufgetragen**, zwischen 01. und 06.12.2003 zwei Tagschichten zu je 8 Stunden mit **Durchforsten von Gemeindeforsten** zusammen mit dem Forstbetriebsorgan oder einen **Ersatzbetrag** von € 96,-- zu leisten.

Nach Rücksprache mit dem LVA erhob der Sachwalter des Verpflichteten (welcher ihn vor Behörden zu vertreten hat und trotzdem den Bescheid nicht zugestellt erhielt) **Berufung** gegen diesen Bescheid, der in weiterer Folge vom Bürgermeister selbst gemäß § 68 Abs 2 AVG **ersatzlos aufgehoben** wurde.

Aufgrund der Kritik des LVA wurde auch die **Verordnung geändert**. Die vom LVA vorgeschlagene allgemeine **Härteklausele** wurde allerdings **nicht aufgenommen** mit der Begründung, dass die Verordnung noch greifen müsse, damit sie nicht vor lauter Ausnahmen ihren Sinn verliere.

### **3. Anhang: Gesetzliche Grundlagen**

#### **3.1. Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug) <sup>1</sup>**

##### **Artikel 59**

##### **Bestellung eines Landesvolksanwaltes, Aufgaben**

(1) Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

(2) Jedermann kann beim Landesvolksanwalt Auskünfte in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes einholen und Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen.

(3) Jedermann kann sich beim Landesvolksanwalt wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und soweit ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede solche Beschwerde ist vom Landesvolksanwalt zu prüfen. Dem Beschwerdeführer ist das Ergebnis des Prüfungsverfahrens mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen.

(5) Der Landesvolksanwalt leitet die ihm vorgetragene Anregungen und jene Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die in Betracht kommenden Organe weiter. Er kann dieser Mitteilung eine Äußerung anfügen.

(6) Der Landesvolksanwalt erstattet dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht.

##### **Artikel 60**

##### **Empfehlungen des Landesvolksanwaltes, Unterstützung seiner Tätigkeit, Anrufung des Verfassungsgerichtshofes**

(1) Der Landesvolksanwalt kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des aus Anlass eines bestimmten Falles geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen erteilen. Dieses Organ hat den Empfehlungen binnen zwei Monaten zu entsprechen oder zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird.

(2) Auf Antrag des Landesvolksanwaltes erkennt der Verfassungsgerichtshof über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind.

(3) Entstehen zwischen dem Landesvolksanwalt und der Landesregierung Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit des Landesvolksanwaltes, so entscheidet hierüber der Verfassungsgerichtshof in nichtöffentlicher Verhandlung auf Antrag der Landesregierung oder des Landesvolksanwaltes.

(4) Alle Organe des Bundes, des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolksanwalt im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Amtshilfe zu unterstützen, ihm Akteneinsicht zu gewähren und ihm auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit besteht gegenüber dem Landesvolksanwalt nicht. Dieser unterliegt der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er herangetreten ist.

##### **Artikel 61**

##### **Wahl und Amtsperiode des Landesvolksanwaltes, Unvereinbarkeiten, Büro und Geschäftsführung**

(1) Der Landesvolksanwalt wird vom Landtag mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gewählt. Seine Amtsperiode beträgt sechs Jahre. Eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(2) Ist der Landesvolksanwalt länger als einen Monat verhindert, so wählt der Landtag für die Dauer der Verhinderung einen Stellvertreter. Dauert die Verhinderung länger als sechs Monate oder ist die Stelle dauernd erledigt, so findet unverzüglich eine Neuwahl statt.

(3) Der Landesvolksanwalt muss zum Landtag wählbar sein. Während der Amtsperiode darf der Landesvolksanwalt weder der Bundesregierung noch einer Landesregierung, noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören, noch Bürgermeister sein. Auch darf er keinen anderen Beruf ausüben.

(4) Das Land stellt dem Landesvolksanwalt für seine Tätigkeit und für den notwendigen Personal- und Sachaufwand die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

---

<sup>1</sup> LGBL.Nr.9/1999 idF 33/2001

## 3.2. Gesetz über den Landesvolksanwalt <sup>2</sup>

### § 1 Allgemeines

Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

### § 2 Aufgaben des Landesvolksanwaltes

(1) Der Landesvolksanwalt hat jeden, der dies verlangt, in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen. Er kann Ratschläge in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch an die Allgemeinheit richten.

(2) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden über behauptete Missstände in der Verwaltung des Landes zu prüfen, wenn der Beschwerdeführer von dem behaupteten Missstand betroffen ist und ihm ein Rechtsmittel dagegen nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht.

(3) Der Landesvolksanwalt kann von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen prüfen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes entgegenzunehmen.

(5) Zur Verwaltung des Landes im Sinne dieser Bestimmung zählen

- a) alle Verwaltungsangelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes einschließlich der Tätigkeit des Landes als Träger von Privatrechten, die von Organen des Landes selbst oder von anderen Rechtspersonen im Auftrag des Landes besorgt werden,
- b) die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden, soweit er Angelegenheiten aus dem Bereich der Landesvollziehung umfasst, und die Tätigkeit der Gemeinden als Träger von Privatrechten.

### § 3 Verfahren

(1) Das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt soll für die Ratsuchenden und die Beschwerdeführer möglichst einfach sein.

(2) Der Landesvolksanwalt kann aus Anlass eines Verfahrens zur Prüfung von Missständen dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte Missstand so weit als möglich beseitigt und künftig vermieden werden kann. Dieses Organ hat den Empfehlungen des Landesvolksanwaltes möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten, zu entsprechen und dies dem Landesvolksanwalt mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird. An Organe der Gemeinden gerichtete Empfehlungen sind der Landesregierung zur Kenntnis zu bringen.

(3) Im Verfahren zur Prüfung von Missständen, die auf Grund von Beschwerden eingeleitet wurden, hat der Landesvolksanwalt den Beschwerdeführern, soweit dem nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen, das Ergebnis des Prüfungsverfahrens und die für den bestimmten Fall getroffenen Maßnahmen mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die zuständigen gleichartigen Einrichtungen des Bundes oder der anderen Länder weiterzuleiten.

(5) Der Landesvolksanwalt hat die ihm vorgetragenen Anregungen betreffend die Gesetzgebung des Landes an den Landtag weiterzuleiten. Anregungen betreffend die Verwaltung sind in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. a an die Landesregierung, in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. b an den betreffenden Gemeindevorstand weiterzugeben.

(6) Die §§ 7, 10, 13, 14, 16, 18 Abs. 1 und 4, 21, 22, 45 Abs. 1 und 2 sowie die §§ 46 bis 55 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes sind auf das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt sinngemäß anzuwenden.

### § 4 Sprechtag

Der Landesvolksanwalt ist verpflichtet, bei Bedarf auch außerhalb seines Amtssitzes Sprechtag abzuhalten. Dabei hat er auf eine möglichst gleichmäßige Behandlung aller Landesteile Bedacht zu nehmen.

---

<sup>2</sup> LGBl.Nr. 29/1985 idF 14/1987, 7/1998, 44/2000, 23/2001, 58/2001



## **§ 5 Abgaben- und Gebührenfreiheit**

Für Amtshandlungen des Landesvolksanwaltes sind keine Landesverwaltungsabgaben zu entrichten. Eingaben an den Landesvolksanwalt und alle sonstigen Schriften, die zur Verwendung in einem Verfahren vor dem Landesvolksanwalt ausgestellt werden, sind von den Stempelgebühren befreit.

## **§ 6 Berichte des Landesvolksanwaltes<sup>3</sup>**

(1) Der Landesvolksanwalt hat dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht zu erstatten. Der Jahresbericht ist gleichzeitig mit der Vorlage an den Landtag der Landesregierung zu übermitteln.

(2) Der Landesvolksanwalt hat in Abständen von jeweils vier Monaten dem Volksanwaltsausschuss des Landtages über die an ihn herangetragenen Beschwerden und über die Ergebnisse der von ihm durchgeführten Prüfungsverfahren schriftlich oder mündlich zu berichten.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, an Sitzungen des Landtages und des Volksanwaltsausschusses, in denen Berichte des Landesvolksanwaltes behandelt werden, mit beratender Stimme teilzunehmen. Er hat dem Landtag und dem Volksanwaltsausschuss über Verlangen alle zur Behandlung seiner Berichte erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat den Jahresbericht und schriftliche Berichte nach Abs. 2 dem Präsidenten des Landtages zu übergeben. Dieser hat sie den Mitgliedern des Landtages unverzüglich zuzuleiten. Vorher dürfen diese Berichte – vorbehaltlich der Übermittlung des Jahresberichtes an die Landesregierung (Abs. 1) – anderen Personen nicht zugänglich gemacht werden.

## **§ 6a Öffentliche Ausschreibung, Anhörung der Bewerber<sup>4</sup>**

Der Wahl des Landesvolksanwaltes hat eine öffentliche Ausschreibung im Amtsblatt für das Land Vorarlberg und in den Tageszeitungen, deren Verlagsort in Vorarlberg liegt, voranzugehen. Ferner ist vor der Wahl im Volksanwaltsausschuss eine Anhörung der zur Wahl vorgeschlagenen Bewerber um das Amt des Landesvolksanwaltes durchzuführen.

## **§ 7 Büro des Landesvolksanwaltes**

(1) Der Landesvolksanwalt hat an seinem Amtssitz ein Büro einzurichten. Er hat das zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendige Personal zu bestellen und für die sachliche Ausstattung des Büros zu sorgen.

(2) Dem Landesvolksanwalt steht das Leitungs- und Weisungsrecht gegenüber dem Personal des Büros zu.

(3) Das Personal des Büros hat die ihm vom Landesvolksanwalt zugewiesenen vorbereitenden Arbeiten und sonstigen Hilfstätigkeiten zu erledigen. Der Landesvolksanwalt kann Angehörige des Büros damit betrauen, in seinem Namen Amtshandlungen von geringerer Bedeutung zu besorgen. Eine derartige Betrauung bedarf der Schriftform. Im Falle der Befangenheit hat der Leiter des Büros den Landesvolksanwalt zu vertreten.

## **§ 8 Haushalt**

(1) Den für die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes anfallenden Personal- und Sachaufwand hat das Land zu tragen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat jährlich einen auf seinen Bereich beschränkten Voranschlagsentwurf zu verfassen und der Landesregierung zur Berücksichtigung bei der Erstellung des Landesvoranschlagsentwurfes zu übermitteln. Desgleichen hat er der Landesregierung zur Aufnahme in den Rechnungsabschluss eine Abrechnung über die tatsächlichen Aufwendungen vorzulegen.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, über die im Landesvoranschlag für seinen Bereich vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben zu verfügen. Davon ausgenommen sind die im § 9 geregelten Angelegenheiten.

## **§ 9**

### **Bezüge<sup>5</sup>**

(1) Der Monatsbezug des Landesvolksanwaltes beträgt 8.850,39 Euro.

(2) Für den Landesvolksanwalt gelten die Bestimmungen des Bezügegesetzes 1998 für Mitglieder der Landesregierung. Soweit der 5. Abschnitt des Bezügegesetzes 1998 auf das Landes-Bezügegesetz verweist, ist in Verbindung mit diesem der § 9 des Gesetzes über den Landesvolksanwalt in der Fassung LGBL.Nr. 29/1985 heranzuziehen. Ein Ruhebezug fällt jedoch frühestens mit der Vollendung von 61 Lebensjahren und sechs Monaten an.

---

<sup>3</sup> idF LGBL.Nr. 44/2000

<sup>4</sup> idF LGBL.Nr. 14/1987

<sup>5</sup> idF LGBL.Nr. 7/1998, 23/2001, 58/2001